

FORM NO. 51-61A
NOV 1948

CLASSIFICATION FREE

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

INFORMATION REPORT

REPORT

50X1-HUM

COUNTRY Germany

DATE DISTR. 26 April 1949

SUBJECT Summary of German Radio and Press Reports

NO. OF PAGES

PLACE ACQUIRED

NO. OF ENCLS. (LISTED BELOW)

DATE OF INFO ACQUIRED

SUPPLEMENT TO REPORT NO.

50X1-HUM

[Redacted area]

THIS DOCUMENT CONTAINS INFORMATION AFFECTING THE NATIONAL DEFENSE OF THE UNITED STATES WITHIN THE MEANING OF THE ESPIONAGE ACT 50 U. S. C. 31 AND 32, AS AMENDED. ITS TRANSMISSION OR THE REVELATION OF ITS CONTENTS IN ANY MANNER TO AN UNAUTHORIZED PERSON IS PROHIBITED BY LAW. REPRODUCTION OF THIS FORM IS PROHIBITED. HOWEVER INFORMATION CONTAINED IN BODY OF THE FORM MAY BE UTILIZED AS DEEMED NECESSARY BY THE RECEIVING AGENCY.

THIS IS UNEVALUATED INFORMATION FOR THE RESEARCH USE OF TRAINED INTELLIGENCE ANALYSTS

50X1-HUM

The attached summaries of German radio and press reports are being sent to you for retention in the belief that they may be of interest.

CLASSIFICATION

FREE

| | | | | | | | | | | |
|-------|------|------|--------------|--|--|--|--|--|--|--|
| STATE | NAVY | NSRB | DISTRIBUTION | | | | | | | |
| ARMY | AIR | ORE | X | | | | | | | |

FREE



13

No. 70

Auszüge aus Kundfunkberichten

Sender Leipzig vom 30. März 1949

Berlin: Der Volkswirtschaftsplan 1949 der Ostzone war der Hauptberührungspunkt der zweiten Vollversammlung der erweiterten Deutschen Wirtschaftskommission. Vor Beginn der Versammlung dankte Heinrich Rau Marschall SOKOLOWSKI, der von seiner Regierung mit größeren Aufgaben betraut worden ist, für die Hilfe beim Wiederaufbau der Ostzone. Rau betonte, daß der Zweijahresplan wahrscheinlich der Ausgangspunkt zu einem Fünfjahresplan sei. Er führte weiter aus, daß auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung im vergangenen Jahr die Aufgaben der Industrie etwas höher angesetzt werden können, als ursprünglich vorgesehen worden war. Dieses höhere Ergebnis werde trotz der von den Alliierten verhängten Blockade erreicht werden. Rau sagte, daß der Plan der besseren Versorgung der Bevölkerung diene, und deshalb alle demokratischen Kräfte an seiner Erfüllung mitarbeiten müßten. Er versicherte die Bereitwilligkeit der DWK, den Interzonenhandel wieder aufzunehmen, damit die augenblicklich über Westdeutschland herabwühlende Krise noch verhindert werden kann. Gleichzeitig erneuerte er das Angebot, ganz Berlin mit Lebensmitteln zu versorgen und an der Wiederherstellung des Westberliner Verkehrs mitzuhelfen. Über den Wirtschaftsplan referierte Bruno LEUSCHNER ausführlich. Er stellte fest, daß der Volkswirtschaftsplan in ganz Deutschland verwirklicht werden könne, wenn die politischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

Frankfurt a.O.: Zwei weitere Transporte mit zusammen 2 830 Heimkehrern trafen aus der SU im Lager Cronenfelde ein. Dort traf bereits am Abend ein Transport mit 1 390 ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen ein. Die Heimkehrer wurden schon wenige Stunden nach ihrer Ankunft in ihre Heimatorte entlassen.

Ein vierter Transport Lastkraftwagen vom Typ SIS 150 traf aus der SU in Frankfurt ein; ein weiterer wird noch im Laufe des Tages erwartet. Die ersten Transporte werden nach Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg weitergeleitet.

Berlin: Die Frage der Rückkehr angesiedelter deutscher Bevölkerungsteile in die Tschechoslowakei ist eine offensichtliche Provokation an Neubürger, sagte Walter ULBRICHT auf eine Anfrage des Vertreters der tschechoslowakischen Mission. Diese Anfrage nahm bezug auf die in der westdeutschen Presse veröffentlichten Meldungen, daß ca. 400 000 sudetendeutsche wieder in die Tschechei zurückgeführt werden sollen. ULBRICHT erklärte, die Umsiedlung sei von den vier Großmächten in Prag vereinbart worden, jedoch nicht, um die Familien nach kurzer Zeit aus ihrer neuen Heimat zu vertreiben. Die Sudetendeutschen hätten die Möglichkeit, sich ein wirkliches Heim in der Ostzone aufzubauen. Er versicherte, daß die Störungsversuche gewisser Kreise die bestehende Freundschaft zwischen der CSR und der Ostzone nicht zu erschüttern vermögen.

Berlin: Das Präsidium des Deutschen Volksrates unter Wilhelm Pieck traf Vorbereitungen zu den Delegiertenwahlen zum dritten Deutschen Volkskongreß. Für die Ostzone sind 1 500 Delegierte und für die westlichen Besatzungszonen 500 Delegierte zu wählen.

Kommentar des Senders Leipzig von Heinz ZOEGGER:

Allen Deutschen in der Ostzone und weit darüber hinaus allen friedliebenden Menschen ist der Name des Marschall SOKOLOWSKI bekannt und vertraut. Der Name des Marschalls ist eng verknüpft mit der Entwicklung der Ostzone und damit sogleich mit der gesamtdeutschen Entwicklung. Durch ihn ist die Ostzone zu dem gewaltigen Vorsprung gekommen, den sie vor dem Westen hat. Auf Grund einer Verfügung seiner Regierung wird er von den Pflichten in der Ostzone entbunden und zum 1. Stellvertreter des Ministers für die Streitkräfte ernannt. Mit dieser Berufung wird ihm eine außerordentliche Ehre zuteil. Im Verlauf seiner Laufbahn hat er seine Fähigkeiten mehr als einmal unter Beweis gestellt. 1918 kam er freiwillig zur Armee. Nach Beendigung des Bürgerkrieges blieb er beim Militär als stellvertr. Chef des Gen.Stabs. Im 2. Weltkrieg wurde er zum Nachfolger Shukows ernannt und erhielt bald darauf den Titel Marschall der SU. Jeder weiß, welche Politik er in Deutschland verfolgte. Eine Politik im Interesse der Einheit Deutschlands.

REGISTRY COPY

No. 70

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 30. März 1949

Berlin: Der Volkswirtschaftsplan 1949 der Ostzone war der Hauptbera-
tungspunkt der zweiten Vollversammlung der erweiterten Deutschen Wirt-
schaftskommission. Vor Beginn der Versammlung dankte Heinrich RAU
Marschall SOKOLOWSKI, der von seiner Regierung mit größeren Ausgaben
betraut worden ist, für die Hilfe beim Wiederaufbau der Ostzone.
Rau betonte, daß der Zweijahresplan wahrscheinlich der Ausgangspunkt
zu einem Fünfjahresplan sei. Er führte weiter aus, daß auf Grund der
wirtschaftlichen Entwicklung im vergangenen Jahr die Aufgaben der In-
dustrie etwas höher angesetzt werden können, als ursprünglich gese-
hen worden war. Dieses höhere Ergebnis werde trotz der von den west-
Alliierten verhängten Blockade erreicht werden. Rau sagte, daß der
Plan der besseren Versorgung der Bevölkerung diene, und deshalb alle
demokratischen Kräfte an seiner Erfüllung mitarbeiten müßten. Er
versicherte die Bereitwilligkeit der DWK, den Interzonenhandel wieder
aufzunehmen, damit die augenblicklich über Westdeutschland herabwira-
chende Krise noch verhindert werden kann. Gleichzeitig erneuerte er
das Angebot, ganz Berlin mit Lebensmitteln zu versorgen und an der
Wiederherstellung des Westberliner Verkehrs mitzuhelfen.
Über den Wirtschaftsplan referierte Bruno LEUSCHNER ausführlich. Er
stellte fest, daß der Volkswirtschaftsplan in ganz Deutschland bewirkt
werden könne, wenn die politischen Voraussetzungen dafür geschaffen
werden.

Frankfurt a.O.: Zwei weitere Transporte mit zusammen 2 830 Heimkehrern
trafen aus der SU im Lager Cronenfelde ein. Dort traf bereits gestern
abend ein Transport mit 1 390 ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen
ein. Die Heimkehrer wurden schon wenige Stunden nach ihrer Ankunft
in ihre Heimatorte entlassen.

Ein vierter Transport Lastkraftwagen vom Typ SIS 150 traf aus der SU
in Frankfurt ein; ein weiterer wird noch im Laufe des Tages erwartet.
Die ersten Transporte werden nach Thüringen, Sachsen-Anhalt und Meck-
lenburg weitergeleitet.

Berlin: Die Frage der Rückkehr angesiedelter deutscher Bevölkerung aus
die in die Tschechoslowakei ist eine offensichtliche Provokation an die
Neubürger, sagte Walter ULBRICHT auf eine Anfrage des Vertreters der
tschechoslowakischen Mission. Diese Anfrage nahm bezug auf die in der
westdeutschen Presse veröffentlichten Meldungen, daß ca. 400 000 aus
Sudtendutsche wieder in die Tschechei zurückgeführt werden sollen.
Ulbricht erklärte, die Umsiedlung sei von den vier Großmächten in Po-
dam vereinbart worden, jedoch nicht, um die Familien nach kurzer Zeit
aus ihrer neuen Heimat zu vertreiben. Die Sudetendutschen hätten die
Möglichkeit, sich ein wirkliches Heim in der Ostzone aufzubauen. Er
versicherte, daß die Störungsversuche gewisser Kreise die bestehende
Freundschaft zwischen der CSR und der Ostzone nicht zu erschüttern ver-
mögen.

Berlin: Das Präsidium des Deutschen Volksrates unter Wilhelm Pieck
traf Vorbereitungen zu den Delegiertenwahlen zum dritten Deutschen
Volkskongreß. Für die Ostzone sind 1 500 Delegierte und für die west-
lichen Besatzungszonen 500 Delegierte zu wählen.

Kommentar des Senders Leipzig von Heinz ZOEGER:

Allen Deutschen in der Ostzone und weit darüber hinaus allen fried-
liebenden Menschen ist der Name des Marschall SOKOLOWSKI bekannt und
vertraut. Der Name des Marschalls ist eng verknüpft mit der Entwick-
lung der Ostzone und damit sogleich mit der gesamtdeutschen Entwick-
lung. Durch ihn ist die Ostzone zu dem gewaltigen Vorsprung gekom-
men, den sie vor dem Westen hat. Auf Grund einer Verfügung seiner Regierung
wird er von den Pflichten in der Ostzone entbunden und zum 1. Stell-
vertreter des Ministers für die Streitkräfte ernannt. Mit dieser Be-
rufung wird ihm eine außerordentliche Ehre zuteil. Im Verlauf seiner
Laufbahn hat er seine Fähigkeiten mehr als einmal unter Beweis gestellt.
1918 kam er freiwillig zur Armee. Nach Beendigung des Bürgerkrieges
blieb er beim Militär als stellvertr. Chef des Gen.Stabs. Im 2. Welt-
krieg befehligte er die große Offensive an der Mittelfront. - April
wurde er zum Nachfolger Shukows ernannt und erhielt bald darauf den
titel Marschall der SU. Jeder weiß, welche Politik er in Deutschland
Eine Politik im Interesse der Einheit Deutschlands.

No. 70

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 30. März 1949

Berlin: Der Volkswirtschaftsplan 1949 der Ostzone war der Hauptgegenstandspunkt der zweiten Vollversammlung der erweiterten Deutschen Volkswirtschaftskommission. Vor Beginn der Versammlung dankte Heinrich Rau, Marschall SOKOLOWSKI, der von seiner Regierung mit größeren Aufgaben betraut worden ist, für die Hilfe beim Wiederaufbau der Ostzone. Rau betonte, daß der Zweijahresplan wahrscheinlich der Ausgangspunkt zu einem Fünfjahresplan sei. Er führte weiter aus, daß auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung im vergangenen Jahr die Aufgaben der Industrie etwas höher angesetzt werden können, als ursprünglich vorgesehen worden war. Dieses höhere Ergebnis werde trotz der von den West-Alliierten verhängten Blockade erreicht werden. Rau sagte, daß der Plan der besseren Versorgung der Bevölkerung diene, und deshalb alle demokratischen Kräfte an seiner Erfüllung mitarbeiten müßten. Er versicherte die Bereitwilligkeit der DWK, den Interzonenhandel wieder aufzunehmen, damit die augenblicklich über Westdeutschland herobrechende Krise noch verhindert werden kann. Gleichzeitig erneuerte er das Angebot, ganz Berlin mit Lebensmitteln zu versorgen und an der Wiederherstellung des Westberliner Verkehrs mitzuhelfen.

Über den Wirtschaftsplan referierte Bruno LEUSCHNER ausführlich. Er stellte fest, daß der Volkswirtschaftsplan in ganz Deutschland bewältigt werden könne, wenn die politischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

Frankfurt a.O.: Zwei weitere Transporte mit zusammen 2 830 Heimkehrern trafen aus der SU im Lager Cronenfelde ein. Dort traf bereits am Abend ein Transport mit 1 390 ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen ein. Die Heimkehrer wurden schon wenige Stunden nach ihrer Ankunft in ihre Heimatorte entlassen.

Ein vierter Transport Lastkraftwagen vom Typ SIS 150 traf aus der SU in Frankfurt ein; ein weiterer wird noch im Laufe des Tages erwartet. Die ersten Transporte werden nach Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg weitergeleitet.

Berlin: Die Frage der Rückkehr angesiedelter deutscher Bevölkerung in die Tschechoslowakei ist eine offensichtliche Provokation der Neubürger, sagte Walter ULBRICHT auf eine Anfrage des Vertreters der tschechoslowakischen Mission. Diese Anfrage nahm bezug auf die in der westdeutschen Presse veröffentlichten Meldungen, daß ca. 400 000 Sudetendeutsche wieder in die Tschechei zurückgeführt werden sollen. Ulbricht erklärte, die Umsiedlung sei von den vier Großmächten zu jener Zeit vereinbart worden, jedoch nicht, um die Familien nach kurzer Zeit aus ihrer neuen Heimat zu vertreiben. Die Sudetendeutschen hätten die Möglichkeit, sich ein wirkliches Heim in der Ostzone aufzubauen. Er versicherte, daß die Störungsversuche gewisser Kreise die bestehende Freundschaft zwischen der CSR und der Ostzone nicht zu erschüttern vermögen.

Berlin: Das Präsidium des Deutschen Volksrates unter Wilhelm Pieck traf Vorbereitungen zu den Delegiertenwahlen zum dritten Deutschen Volkskongreß. Für die Ostzone sind 1 500 Delegierte und für die westlichen Besatzungszonen 500 Delegierte zu wählen.

Kommentar des Senders Leipzig von Heinz ZOEGER:

Allen Deutschen in der Ostzone und weit darüber hinaus allen freudeliebenden Menschen ist der Name des Marschall SOKOLOWSKI bekannt und vertraut. Der Name des Marschalls ist eng verknüpft mit der Entwicklung der Ostzone und damit sogleich mit der gesamtdeutschen Entwicklung. Durch ihn ist die Ostzone zu dem gewaltigen Vorsprung gekommen, den sie vor dem Westen hat. Auf Grund einer Verfügung seiner Regierung wird er von den Pflichten in der Ostzone entbunden und zum 1. Stellvertreter des Ministers für die Streitkräfte ernannt. Mit dieser Berufung wird ihm eine außerordentliche Ehre zuteil. Im Verlauf seiner Laufbahn hat er seine Fähigkeiten mehr als einmal unter Beweis gestellt. 1918 kam er freiwillig zur Armee. Nach Beendigung des Bürgerkriegs blieb er beim Militär als stellvertr. Chef des Gen.Stabs. Im 2. Weltkrieg befehligte er die große Offensive an der Mittelfront. - April 1945 wurde er zum Nachfolger Shukows ernannt und erhielt bald darauf den Titel Marschall der SU. Jeder weiß, welche Politik er in Deutschland verfolgte. Eine Politik im Interesse der Einheit Deutschlands.

No. 70

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 30. März 1949

Berlin: Der Volkswirtschaftsplan 1949 der Ostzone war der Hauptbera-
tungspunkt der zweiten Vollversammlung der erweiterten Deutschen Wirt-
schaftskommission. Vor Beginn der Versammlung dankte Heinrich RAU
Marschall SOKOLOWSKI, der von seiner Regierung mit größeren Aufgaben
betraut worden ist, für die Hilfe beim Wiederaufbau der Ostzone.
RAU betonte, daß der Zweijahresplan wahrscheinlich der Ausgangspunkt
zu einem Fünfjahresplan sei. Er führte weiter aus, daß auf Grund der
wirtschaftlichen Entwicklung im vergangenen Jahr die Aufgaben der In-
dustrie etwas höher angesetzt werden können, als ursprünglich vor-
gesehen worden war. Dieses höhere Ergebnis werde trotz der von den
Alliierten verhängten Blockade erreicht werden. RAU sagte, daß der
Plan der besseren Versorgung der Bevölkerung diene, und deshalb alle
demokratischen Kräfte an seiner Erfüllung mitarbeiten müßten. Er
versicherte die Bereitwilligkeit der DWK, den Interzonenhandel wieder
aufzunehmen, damit die augenblicklich über Westdeutschland herantro-
chende Krise noch verhindert werden kann. Gleichzeitig erneuerte er
das Angebot, ganz Berlin mit Lebensmitteln zu versorgen und an der
Wiederherstellung des Westberliner Verkehrs mitzuhelfen.
Über den Wirtschaftsplan referierte Bruno LEUSCHNER ausführlich. Er
stellte fest, daß der Volkswirtschaftsplan in ganz Deutschland bewäl-
tigt werden könne, wenn die politischen Voraussetzungen dafür geschaf-
fen werden.

Frankfurt a.O.: Zwei weitere Transporte mit zusammen 2 830 Heimkehr-
ern trafen aus der SU im Lager Gronenfelde ein. Dort traf bereits am
abend ein Transport mit 1 390 ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen
ein. Die Heimkehrer wurden schon wenige Stunden nach ihrer Ankunft
in ihre Heimatorte entlassen.

Ein vierter Transport Lastkraftwagen vom Typ SIS 150 traf aus der SU
in Frankfurt ein; ein weiterer wird noch im Laufe des Tages erwartet.
Die ersten Transporte werden nach Thüringen, Sachsen-Anhalt und Wachsen-
burg weitergeleitet.

Berlin: Die Frage der Rückkehr angesiedelter deutscher Bevölkerung nach
in die Tschechoslowakei ist eine offensichtliche Provokation an die
Neubürger, sagte Walter ULBRICHT auf eine Anfrage des Vertreters der
tschechoslowakischen Mission. Diese Anfrage nahm bezug auf die in der
westdeutschen Presse veröffentlichten Meldungen, daß ca. 400 000
Sudetendeutsche wieder in die Tschechei zurückgeführt werden sollen.
Ulbricht erklärte, die Umsiedlung sei von den vier Großmächten im Vor-
dam vereinbart worden, jedoch nicht, um die Familien nach kurzer Zeit
aus ihrer neuen Heimat zu vertreiben. Die Sudetendeutschen hätten die
Möglichkeit, sich ein wirkliches Heim in der Ostzone aufzubauen. Er
versicherte, daß die Störungsversuche gewisser Kreise die bestehende
Freundschaft zwischen der CSR und der Ostzone nicht zu erschüttern ver-
mögen.

Berlin: Das Präsidium des Deutschen Volksrates unter Wilhelm Pieck
traf Vorbereitungen zu den Delegiertenwahlen zum dritten Deutschen
Volkskongreß. Für die Ostzone sind 1 500 Delegierte und für die west-
lichen Besatzungszonen 500 Delegierte zu wählen.

Kommentar des Senders Leipzig von Heinz ZÖGGER:

Allen Deutschen in der Ostzone und weit darüber hinaus allen fried-
liebenden Menschen ist der Name des Marschall SOKOLOWSKI bekannt und
vertraut. Der Name des Marschalls ist eng verknüpft mit der Entwick-
lung der Ostzone und damit sogleich mit der gesamtdeutschen Entwick-
lung. Durch ihn ist die Ostzone zu dem gewaltigen Vorsprung gekom-
men den sie vor dem Westen hat. Auf Grund einer Verfügung seiner Regierung
wird er von den Pflichten in der Ostzone entbunden und zum 1. Stell-
vertreter des Ministers für die Streitkräfte ernannt. Mit dieser Er-
nennung wird ihm eine außerordentliche Ehre zuteil. Im Verlauf seiner
Laufbahn hat er seine Fähigkeiten mehr als einmal unter Beweis gestellt.
1918 kam er freiwillig zur Armee. Nach Beendigung des Bürgerkriegs
blieb er beim Militär als stellvertr. Chef des Gen.Stabs. Im 2. Weltkrieg
krieg befehligte er die große Offensive an der Mittelfront. - April 1945
wurde er zum Nachfolger Shukows ernannt und erhielt bald darauf den
titel Marschall der SU. Jeder weiß, welche Politik er in Deutschland
betreibt. Eine Politik im Interesse der Einheit Deutschlands.

No. 70

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 30. März 1949

Berlin: Der Volkswirtschaftsplan 1949 der Ostzone war der Hauptbera-
 tungspunkt der zweiten Vollversammlung der erweiterten Deutschen Wirt-
 schaftskommission. Vor Beginn der Versammlung dankte Heinrich AU-
 Marschall SOKOLOWSKI, der von seiner Regierung mit größeren Ausgaben
 betraut worden ist, für die Hilfe beim Wiederaufbau der Ostzone.
 Rau betonte, daß der Zweijahresplan wahrscheinlich der Ausgangspunkt
 zu einem Fünfjahresplan sei. Er führte weiter aus, daß auf Grund der
 wirtschaftlichen Entwicklung im vergangenen Jahr die Aufgaben der In-
 dustrie etwas höher angesetzt werden können, als ursprünglich vorher-
 gesehen worden war. Dieses höhere Ergebnis werde trotz der von den west-
 Alliierten verhängten Blockade erreicht werden. Rau sagte, daß der
 Plan der besseren Versorgung der Bevölkerung diene, um deshalb alle
 demokratischen Kräfte an seiner Erfüllung mitarbeiten müßten. Er
 versicherte die Bereitwilligkeit der DWK, den Interzonenhandel wieder
 aufzunehmen, damit die augenblicklich über Westdeutschland herüber-
 schende Krise noch verhindert werden kann. Gleichzeitig erneuerte er
 das Angebot, ganz Berlin mit Lebensmitteln zu versorgen und an der
 Wiederherstellung des Westberliner Verkehrs mitzuhelfen.
 Über den Wirtschaftsplan referierte Bruno LEUSCHNER ausführlich. Er
 stellte fest, daß der Volkswirtschaftsplan in ganz Deutschland durchge-
 führt werden könne, wenn die politischen Voraussetzungen dafür gescha-
 fen werden.

Frankfurt a.O.: Zwei weitere Transporte mit zusammen 2 830 Heimkehrern
 trafen aus der SU im Lager Gronenfelde ein. Dort traf bereits gestern
 abend ein Transport mit 1 390 ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen
 ein. Die Heimkehrer wurden schon wenige Stunden nach ihrer Ankunft
 in ihre Heimatorte entlassen.

Ein vierter Transport Lastkraftwagen vom Typ SIS 150 traf aus der SU
 in Frankfurt ein; ein weiterer wird noch im Laufe des Tages erwartet.
 Die ersten Transporte werden nach Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sach-
 sen weitergeleitet.

Berlin: Die Frage der Rückkehr angesiedelter deutscher Bevölkerung aus
 der Tschechoslowakei ist eine offensichtliche Provokation der west-
 Alliierten, sagte Walter ULBRICHT auf eine Anfrage des Vertreters der
 tschechoslowakischen Mission. Diese Anfrage nahm bezug auf die in der
 westdeutschen Presse veröffentlichten Meldungen, daß ca. 400 000
 Sudetendeutsche wieder in die Tschechei zurückgeführt werden sollten.
 Ulbricht erklärte, die Umsiedlung sei von den vier Großmächten in
 Potsdam vereinbart worden, jedoch nicht, um die Familien nach kurzer Zeit
 aus ihrer neuen Heimat zu vertreiben. Die Sudetendeutschen hätten die
 Möglichkeit, sich ein wirkliches Heim in der Ostzone aufzubauen. Er
 versicherte, daß die Störungsversuche gewisser Kreise die bestehende
 Freundschaft zwischen der CSR und der Ostzone nicht zu erschüttern ver-
 mögen.

Berlin: Das Präsidium des Deutschen Volksrates unter Wilhelm Pieck
 traf Vorbereitungen zu den Delegiertenwahlen zum dritten Deutschen
 Volkskongreß. Für die Ostzone sind 1 500 Delegierte und für die west-
 lichen Besatzungszonen 500 Delegierte zu wählen.

Kommentar des Senders Leipzig von Heinz ZOEGER:

Allen Deutschen in der Ostzone und weit darüber hinaus allen fried-
 liebenden Menschen ist der Name des Marschall SOKOLOWSKI bekannt und
 vertraut. Der Name des Marschalls ist eng verknüpft mit der Entwick-
 lung der Ostzone und damit sogleich mit der gesamtdeutschen Entwick-
 lung. Durch ihn ist die Ostzone zu dem gewaltigen Vorsprung gekom-
 men den sie vor dem Westen hat. Auf Grund einer Verfügung seiner Regierung
 wird er von den Pflichten in der Ostzone entbunden und zum 1. Stell-
 vertreter des Ministers für die Streitkräfte ernannt. Mit dieser Be-
 rufung wird ihm eine außerordentliche Ehrung zuteil. Im Verlauf seiner
 Laufbahn hat er seine Fähigkeiten mehr als einmal unter Beweis gestellt.
 1918 kam er freiwillig zur Armee. Nach Beendigung des Bürgerkrieges
 blieb er beim Militär als stellvertr. Chef des Gen.Stabs. Im 2. Welt-
 krieg befehligte er die große Offensive an der Mittelfront. - April 1945
 wurde er zum Nachfolger Shukows ernannt und erhielt bald darauf den
 Titel Marschall der SU. Jeder weiß, welche Politik er in Deutschland
 Eine Politik im Interesse der Einheit Deutschlands.

No. 71

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 31. März 1949

Berlin: Die in der Ostzone befindlichen 10 und 5 Pfennig-Stücke werden morgen und übermorgen gegen neue Münzen der Deutschen Notenbank im gleichen Wert umgetauscht. Die Einpfennigstücke bleiben weiterhin als gesetzliches Zahlungsmittel in Kraft. Sämtliche Kreditinstitute haben zwecks Umwechslung auch am kommenden Sonntag auf.

Berlin: Im Namen des Parteivorstandes der SED richteten Pieck und Crotzowohl ein Telegramm folgenden Inhalts an Warschall Sokolowski: Im Namen des Parteivorstandes der SED gratulieren wir Ihnen sehr herzlich zu der ehrenvollen Berufung zum ersten Stellvertreter des Ministers für die Streitkräfte durch die Sowjetregierung. Wir bedauern es sehr, daß wir auf Ihre so wertvolle ideologische, politische und wirtschaftliche Unterstützung bei der Durchführung unserer Aufgaben verzichten müssen. Wir sind Ihnen zu großem Dank verpflichtet, daß wir für den Aufbau unserer Wirtschaft und die Verbesserung unseres Lebensstandards bei Ihnen stets vollstes Verständnis und weitgehende Hilfe fanden. Wir sprechen Ihnen im Namen der SED die besten Wünsche für die Durchführung der von Ihnen übernommenen neuen Aufgaben aus.

Frankfurt a.O.: Heute morgen trafen zwei weitere Transporte mit 89 Lastkraftwagen aus der SU in Frankfurt ein. Damit sind bisher 312 Lastkraftwagen von der SU geliefert worden. Ihre Weiterbeförderung in die einzelnen Länder vollzieht sich schnell und reibungslos. Die Bevölkerung der Oderstadt äußert sich immer wieder anerkennend über die Bereitschaft der SU. - Wie aus Greifswald gemeldet wird, dankten die VdgB-Funktionäre im Namen aller Bauern und Bäuerinnen dieses Kreises in einer Erklärung der SU für die großzügige Hilfe.

Unterwellenborn: Die Werktätigen der Faxhütte haben morgen mit der Einweihung der Wasserleitung ihren großen Tag. Im Anschluß an die offizielle Einweihung wird Fritz SELBMAN von der DWK den zweiten Wettbewerb der Vesta-Stahlwerke eröffnen.

Frankfurt a.O.: Zwischen dem 20. und 30. März d.J. trafen im Lager Cronfelde rund 30 000 ehemalige deutsche Kriegsgefangene aus der SU ein. Die Abwicklung der Formalitäten vollzieht sich ohne Schwierigkeiten.

Berlin: In der heutigen Nachmittagssitzung kündigte Heinrich LAU die alljährliche Verleihung von 48 Nationalpreisen in der Ostzone an. 30 Preise sind für hervorragende wissenschaftliche Arbeiten, bedeutende technische Erfindungen usw. vorgesehen, während 18 Preise für die besten Werke der Literatur, Musik, Film, Bühne, Kunst usw. ausgeschrieben werden. Die Preise sind in drei Klassen eingeteilt, und zwar zu 100 000,-, 50 000,- und 25 000,- DM. Mit der Preisverleihung ist die Auszeichnung mit goldenen Ehrennadeln resp. goldenen Ringen verbunden. Die Verleihung wird durch die DWK vorgenommen.

Berlin: In der heute fortgeführten Diskussion der DWK über den Volkswirtschaftsplan 1949 legte Herbert WARNKE einleitend die Stellungnahme der Gewerkschaften dar. Er forderte die Gewerkschaften auf, ihre ganze Kraft für die Verwirklichung des Planes einzusetzen. Die Gewerkschaften betrachten es als ihre Aufgabe, die werktätige Bevölkerung weitgehend über die Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes aufzuklären.

HANTKE nahm zu dem neuen Handelsabkommen mit Polen Stellung, das für das Jahr 1949 einen Warenaustausch in Höhe von 152 Mill. Dollar vorsieht. Dieses neue Abkommen unterstreiche das sich immer mehr herausbildende freundschaftliche Verhältnis. Durch diesen neuen Vertrag würden die ausfallenden Lieferungen aus Westdeutschland weitgehend gehoben. Das bedeute jedoch nicht, daß die Ostzone nicht jederzeit wieder bereit wäre, ihre Kohlen in Westdeutschland einzukaufen. Es sei zum Schaden der Wirtschaft in der Ostzone Westdeutschland, den natürlichen Handel mit der Ostzone zurückzuweisen. Wir haben uns zu helfen gewußt, schloß er, aber das darf kein Dauerzustand sein. -

Der Volkswirtschaftsplan für 1949 der Ostzone wurde von der Vollversammlung der DWK durch einen einstimmig angenommenen Beschluß bestätigt. LEUSCHNER gab abschließend der Überzeugung Ausdruck, daß der Plan nicht nur die Wirtschaft fördern, sondern darüberhinaus auch die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands begünstigen und den Frieden festigen werde.

REGISTRY COPY

Page Denied

No. 71

Auszüge aus Kundfunkberichten

Sender Leipzig vom 31. März 1949

Berlin: Die in der Ostzone befindlichen 10 und 5 Pfennig-Stücke werden morgen und übermorgen gegen neue Münzen der Deutschen Notenbank im gleichen Wert umgetauscht. Die Einpfennigstücke bleiben weiterhin als gesetzliches Zahlungsmittel in Kraft. Sämtliche Kreditinstitute haben zwecks Umwechslung auch am kommenden Sonntag auf.

Berlin: Im Namen des Parteivorstandes der SED richteten Pieck und Crotzwohl ein Telegramm folgenden Inhalts an Warschnall Sokolowski: Im Namen des Parteivorstandes der SED gratulieren wir Ihnen sehr herzlich zu der ehrenvollen Berufung zum ersten Stellvertreter des Ministers für die Streitkräfte durch die Sowjetregierung. Wir bedauern es sehr, daß wir auf Ihre so wertvolle ideologische, politische und wirtschaftliche Unterstützung bei der Durchführung unserer Aufgaben verzichten müssen. Wir sind Ihnen zu großem Dank verpflichtet, daß wir für den Aufbau unserer Wirtschaft und die Verbesserung unseres Lebensstandards bei Ihnen stets vollstes Verständnis und weitgehende Hilfe fanden. Wir sprechen Ihnen im Namen der SED die besten Wünsche für die Durchführung der von Ihnen übernommenen neuen Aufgaben aus.

Frankfurt a.O.: Heute morgen trafen zwei weitere Transporte mit 89 Lastkraftwagen aus der SU in Frankfurt ein. Damit sind bisher 312 Lastkraftwagen von der SU geliefert worden. Ihre Weiterbeförderung in die einzelnen Länder vollzieht sich schnell und reibungslos. Die Bevölkerung der Oderstadt äußert sich immer wieder anerkennend über die Bereitschaft der SU. - Wie aus Greifswald gemeldet wird, dankten die VdgB-Funktionäre im Namen aller Bauern und Bäuerinnen dieses Kreises in einer Erklärung der SU für die großzügige Hilfe.

Unterwellenborn: Die Werkstätigen der Waghütte haben morgen mit der Einweihung der Wasserleitung ihren großen Tag. Im Anschluß an die offizielle Einweihung wird Fritz SELBMAN von der DWK den zweiten Wettbewerb der Vesta-Stahlwerke eröffnen.

Frankfurt a.O.: Zwischen dem 20. und 30. März d.J. trafen im Lager Cronenfelde rund 30 000 ehemalige deutsche Kriegsgefangene aus der SU ein. Die Abwicklung der Formalitäten vollzieht sich ohne Schwierigkeiten.

Berlin: In der heutigen Nachmittagsitzung kündigte Heinrich RAU die alljährliche Verleihung von 48 Nationalpreisen in der Ostzone an. 30 Preise sind für hervorragende wissenschaftliche Arbeiten, bedeutende technische Erfindungen usw. vorgesehen, während 18 Preise für die besten Werke der Literatur, Musik, Film, Bühne, Kunst usw. ausgeschrieben werden. Die Preise sind in drei Klassen eingeteilt, und zwar zu 100 000,-, 50 000,- und 25 000,- OM. Mit der Preisverleihung ist die Auszeichnung mit goldenen Ehrennadeln resp. goldenen Ringen verbunden. Die Verleihung wird durch die DWK vorgenommen.

Berlin: In der heute fortgeführten Diskussion der DWK über den Volkswirtschaftsplan 1949 legte Herbert WARNEKE einleitend die Stellungnahme der Gewerkschaften dar. Er forderte die Gewerkschaften auf, ihre ganze Kraft für die Verwirklichung des Planes einzusetzen. Die Gewerkschaften betrachten es als ihre Aufgabe, die werktätige Bevölkerung weitgehend über die Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes aufzuklären. HANTKE nahm zu dem neuen Handelsabkommen mit Polen Stellung, das für das Jahr 1949 einen Warenaustausch in Höhe von 152 Mill. Dollar vorsieht. Dieses neue Abkommen unterstreiche das sich immer mehr herausbildende freundschaftliche Verhältnis. Durch diesen neuen Vertrag würden die ausfallenden Lieferungen aus Westdeutschland weitgehend gehoben. Das bedeute jedoch nicht, daß die Ostzone nicht jederzeit wieder bereit wäre, ihre Kohlen in Westdeutschland einzukaufen. Es sei zum Schaden der Wirtschaft in ~~der~~ Westdeutschland, den natürlichen Handel mit der Ostzone zurückzuweisen. Wir haben uns zu helfen gewußt, schloß er, aber das darf kein Dauerzustand sein. -

Der Volkswirtschaftsplan für 1949 der Ostzone wurde von der Vollversammlung der DWK durch einen einstimmig angenommenen Beschluß bestätigt. LEUSCHNER gab abschließend der Überzeugung Ausdruck, daß der Plan nicht nur die Wirtschaft fördern, sondern darüberhinaus auch die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands begünstigen und den Frieden festigen werde.

No. 71

Auszüge aus Kundfunkberichten

50X1-HUM

Sender Leipzig vom 31. März 1949

Berlin: Die in der Ostzone befindlichen 10 und 5 Pfennig-Stücke werden morgen und übermorgen gegen neue Münzen der Deutschen Notenbank im gleichen Wert umgetauscht. Die Einpfennigstücke bleiben weiterhin als gesetzliches Zahlungsmittel in Kraft. Sämtliche Kreditinstitute haben zwecks Umwechslung auch am kommenden Sonntag auf.

Berlin: Im Namen des Parteivorstandes der SED richteten Pieck und Grothwohl ein Telegramm folgenden Inhalts an Marschall Sokolowski: Im Namen des Parteivorstandes der SED gratulieren wir Ihnen sehr herzlich zu der ehrenvollen Berufung zum ersten Stellvertreter des Ministers für die Streitkräfte durch die Sowjetregierung. Wir bedauern es sehr, daß wir auf Ihre so wertvolle ideologische, politische und wirtschaftliche Unterstützung bei der Durchführung unserer Aufgaben verzichten müssen. Wir sind Ihnen zu großem Dank verpflichtet, daß wir für den Aufbau unserer Wirtschaft und die Verbesserung unseres Lebensstandards bei Ihnen stets vollstes Verständnis und weitgehende Hilfe fanden. Wir sprechen Ihnen im Namen der SED die besten Wünsche für die Durchführung der von Ihnen übernommenen neuen Aufgaben aus.

Frankfurt a.O.: Heute morgen trafen zwei weitere Transporte mit 89 Lastkraftwagen aus der SU in Frankfurt ein. Damit sind bisher 312 Lastkraftwagen von der SU geliefert worden. Ihre Weiterbeförderung in die einzelnen Länder vollzieht sich schnell und reibungslos. Die Bevölkerung der Oderstadt äußert sich immer wieder anerkennend über die Bereitschaft der SU. - Wie aus Greifswald gemeldet wird, dankten die VdgB-Funktionäre im Namen aller Bauern und Bäuerinnen dieses Kreises in einer Erklärung der SU für die großzügige Hilfe.

Unterwellenborn: Die Werktätigen der Maxhütte haben morgen mit der Einweihung der Wasserleitung ihren großen Tag. Im Anschluß an die offizielle Einweihung wird Fritz SELBMAN von der DWK den zweiten Wettbewerb der Vesta-Stahlwerke eröffnen.

Frankfurt a.O.: Zwischen dem 20. und 30. März d.J. trafen im Lager Großenfelde rund 30 000 ehemalige deutsche Kriegsgefangene aus der SU ein. Die Abwicklung der Formalitäten vollzieht sich ohne Schwierigkeiten.

Berlin: In der heutigen Nachmittagssitzung kündigte Heinrich RAU die alljährliche Verleihung von 48 Nationalpreisen in der Ostzone an. 30 Preise sind für hervorragende wissenschaftliche Arbeiten, bedeutende technische Erfindungen usw. vorgesehen, während 18 Preise für die besten Werke der Literatur, Musik, Film, Bühne, Kunst usw. ausgeschrieben werden. Die Preise sind in drei Klassen eingeteilt, und zwar zu 100 000,-, 50 000,- und 25 000,- OM. Mit der Preisverleihung ist die Auszeichnung mit goldenen Ehrennadeln resp. goldenen Ringen verbunden. Die Verleihung wird durch die DWK vorgenommen.

Berlin: In der heute fortgeführten Diskussion der DWK über den Volkswirtschaftsplan 1949 legte Herbert WARNEKE einleitend die Stellungnahme der Gewerkschaften dar. Er forderte die Gewerkschaften auf, ihre ganze Kraft für die Verwirklichung des Planes einzusetzen. Die Gewerkschaften betrachten es als ihre Aufgabe, die werktätige Bevölkerung weitgehend über die Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes aufzuklären. HANTKE nahm zu dem neuen Handelsabkommen mit Polen Stellung, das für das Jahr 1949 einen Warenaustausch im Höhe von 152 Mill. Dollar vorsieht. Dieses neue Abkommen unterstreiche das sich immer mehr herausbildende freundschaftliche Verhältnis. Durch diesen neuen Vertrag würden die ausfallenden Lieferungen aus Westdeutschland weitgehend gehoben. Das bedeute jedoch nicht, daß die Ostzone nicht jederzeit wieder bereit wäre, ihre Kohlen in Westdeutschland einzukaufen. Es sei zum Schaden der Wirtschaft in ~~der Ost~~ Westdeutschland, den natürlichen Handel mit der Ostzone zurückzuweisen. Wir haben uns zu helfen gewußt, schloß er, aber das darf kein Dauerzustand sein.

Der Volkswirtschaftsplan für 1949 der Ostzone wurde von der Vollversammlung der DWK durch einen einstimmig angenommenen Beschluß bestätigt. LEUSCHNER gab abschließend der Überzeugung Ausdruck, daß der Plan nicht nur die Wirtschaft fördern, sondern darüberhinaus auch die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands begünstigen und den Frieden festigen werde.

No. 71

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 31. März 1949

Berlin: Die in der Ostzone befindlichen 10 und 5 Pfennig-Stücke werden morgen und übermorgen gegen neue Münzen der Deutschen Notenbank im gleichen Wert umgetauscht. Die Einpfennigstücke bleiben weiterhin als gesetzliches Zahlungsmittel in Kraft. Sämtliche Kreditinstitute haben zwecks Umwechslung auch am kommenden Sonntag auf.

Berlin: Im Namen des Parteivorstandes der SED richteten Pieck und Crotzowohl ein Telegramm folgenden Inhalts an Marschall Sokolowski: Im Namen des Parteivorstandes der SED gratulieren wir Ihnen sehr herzlich zu der ehrenvollen Berufung zum ersten Stellvertreter des Ministers für die Streitkräfte durch die Sowjetregierung. Wir bedauern es sehr, daß wir auf Ihre so wertvolle ideologische, politische und wirtschaftliche Unterstützung bei der Durchführung unserer Aufgaben verzichten müssen. Wir sind Ihnen zu großem Dank verpflichtet, daß wir für den Aufbau unserer Wirtschaft und die Verbesserung unseres Lebensstandards bei Ihnen stets vollstes Verständnis und weitgehende Hilfe fanden. Wir sprechen Ihnen im Namen der SED die besten Wünsche für die Durchführung der von Ihnen übernommenen neuen Aufgaben aus.

Frankfurt a.O.: Heute morgen trafen zwei weitere Transporte mit 89 Lastkraftwagen aus der SU in Frankfurt ein. Damit sind bisher 312 Lastkraftwagen von der SU geliefert worden. Ihre Weiterbeförderung in die einzelnen Länder vollzieht sich schnell und reibungslos. Die Bevölkerung der Oderstadt äußert sich immer wieder anerkennend über die Bereitschaft der SU. - Wie aus Greifswald gemeldet wird, dankten die VdgB-Funktionäre im Namen aller Bauern und Bäuerinnen dieses Kreises in einer Erklärung der SU für die großzügige Hilfe.

Unterwellenborn: Die Werktätigen der Maxhütte haben morgen mit der Einweihung der Wasserleitung ihren großen Tag. Im Anschluß an die offizielle Einweihung wird Fritz SELBMANN von der DWK den zweiten Wettbewerb der Vesta-Stahlwerke eröffnen.

Frankfurt a.O.: Zwischen dem 20. und 30. März d.J. trafen im Lager Cronenfelde rund 30 000 ehemalige deutsche Kriegsgefangene aus der SU ein. Die Abwicklung der Formalitäten vollzieht sich ohne Schwierigkeiten.

Berlin: In der heutigen Nachmittagsitzung kündigte Heinrich RAU die alljährliche Verleihung von 48 Nationalpreisen in der Ostzone an. 30 Preise sind für hervorragende wissenschaftliche Arbeiten, bedeutende technische Erfindungen usw. vorgesehen, während 18 Preise für die besten Werke der Literatur, Musik, Film, Bühne, Kunst usw. ausgeschrieben werden. Die Preise sind in drei Klassen eingeteilt, und zwar zu 100 000,-, 50 000,- und 25 000,- DM. Mit der Preisverleihung ist die Auszeichnung mit goldenen Ehrennadeln resp. goldenen Ringen verbunden. Die Verleihung wird durch die DWK vorgenommen.

Berlin: In der heute fortgeführten Diskussion der DWK über den Volkswirtschaftsplan 1949 legte Herbert WARNEKE einleitend die Stellungnahme der Gewerkschaften dar. Er forderte die Gewerkschaften auf, ihre ganze Kraft für die Verwirklichung des Planes einzusetzen. Die Gewerkschaften betrachten es als ihre Aufgabe, die werktätige Bevölkerung weitgehend über die Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes aufzuklären. HANTKE nahm zu dem neuen Handelsabkommen mit Polen Stellung, das für das Jahr 1949 einen Warenaustausch in Höhe von 152 Mill. Dollar vorsieht. Dieses neue Abkommen unterstreiche das sich immer mehr herausbildende freundschaftliche Verhältnis. Durch diesen neuen Vertrag würden die ausfallenden Lieferungen aus Westdeutschland weitgehend behoben. Das bedeute jedoch nicht, daß die Ostzone nicht jederzeit wieder bereit wäre, ihre Kohlen in Westdeutschland einzukaufen. Es sei zum Schaden der Wirtschaft in ~~der~~ Westdeutschland, den natürlichen Handel mit der Ostzone zurückzuweisen. Wir haben uns zu helfen gewußt, schloß er, aber das darf kein Dauerzustand sein.

Der Volkswirtschaftsplan für 1949 der Ostzone wurde von der Vollversammlung der DWK durch einen einstimmig angenommenen Beschluß bestätigt. LEUSCHNER gab abschließend der Überzeugung Ausdruck, daß der Plan nicht nur die Wirtschaft fördern, sondern darüberhinaus auch die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands begünstigen und den Frieden festigen werde.

No. 72

Auszüge aus Rundfunkberichten
=====

50X1-HUM

Sender Leipzig vom 1. April 1949

Berlin: Der Bundesvorstand des FDGB spricht in einem Telegramm, das von Herbert Warnke und Bernhard Göring unterzeichnet ist, Marschall SOKOLOWSKI seine herzlichsten Glückwünsche zu der Ernennung zum ersten stellvertretenden Minister für die bewaffneten Streitkräfte der SU aus. "Wir verbinden diesen Glückwunsch mit dem aufrichtigen Dank für die großzügige Hilfe und das weitgehende Verständnis, mit dem Sie alle Bestrebungen des FDGB kräftig unterstützt haben. Wir denken besonders an den Befehl Nr. 234, der für die Werktätigen wesentliche Verbesserungen in der Versorgung, in der ärztlichen Betreuung usw. brachte. Unter Ihrer Tätigkeit konnten die schöpferischen Kräfte der Werktätigen beginnen, sich zu entfalten, und dafür gilt Ihnen unser besonderer Dank."

Das gestern unter Arnold ZWEIG gegründete deutsche Organisationskomitee für den Weltfriedenskongress fordert in einem Aufruf alle Deutschen auf, die Friedensbewegung zu unterstützen und zu verbreiten. "Wir sind der Überzeugung, daß es keine Frage in der Welt gibt, die nicht durch die friedliche Verständigung der Großmächte geklärt werden kann. Wir wissen, daß der Krieg verhindert werden kann, und wir wissen zugleich, daß die Einheit Deutschlands und der Abschluß eines Friedensvertrages eine Garantie für den Frieden sind! Das deutsche Organisationskomitee ruft deshalb alle Deutschen guten Willens auf, sich in der großen deutschen Friedensbewegung genau so zusammenzuschließen, wie es die anderen Länder auch tun."

Dresden: Zum sächsischen Minister für Handel und Verkehr wurde Ministerialrat ZILLER ernannt.

Berlin: Die Anordnungen der DWK zur Förderung der Wissenschaften und kulturellen Einrichtungen finden überall lebhaftes Echo. Die Zeitung Neues Deutschland hebt die Tatsache hervor, daß im vergangenen Jahr pro Kopf dreimal soviel für das Bildungswesen ausgegeben worden ist als vor dem Krieg. "Der Morgen" spricht von einer weitgehenden Förderung der Geistesarbeit. "Die Berliner Ztg." schreibt: Zum ersten Mal wird die Bedeutung der Geistes-schaffenden voll anerkannt.

Berlin: Über 20 000 Frauen des FDGB haben in 250 Resolutionen gegen das Ruhrstatut protestiert und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gefordert.

Berlin: Der Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Chemie begrüßt die Verordnung der DWK betreffend Förderung der Wissenschaften und Kult. Einrichtungen und bemerkt hierzu, daß die Gewerkschaft selbst stets für ein gutes Verhältnis zwischen Intellektuellen und Arbeitern eingetreten sei. Der Zentralvorstand versicherte, die großzügige Maßnahme würde ein Ansporn sein, das Bündnis zwischen Wissenschaftler und Gewerkschaften zu festigen.

Sender Moskau vom 1. April 1949

Das Soll im sächsischen Steinkohlenbergbau für das erste Quartal 1949 konnte mit 1,5 % erfüllt werden.

Die rund 250 bestehenden sächsischen Komitees zur Ausgestaltung der Feiern zum 1. Mai haben ihre Arbeit aufgenommen.

Rostock: Rund 10 000 Werktätige nahmen an der Übergabe der 21 von der SU gelieferten LKWs an Vertreter der MAS teil.

Sender Leipzig vom 3. April 1949

Halle: Das Auflagesoll für das erste Quartal 1949 ist in Zement mit 118 und in Kalk mit 124 % erfüllt worden.

Frankfurt a.O.: Der 8. Transport mit 57 Lastkraftwagen des Typs SIS 150 traf in Frankfurt ein. Die Lastwagen werden nach Sachsen weitergeleitet. Seit 28. März sind bereits 379 LKWs von der SU angeliefert worden. - Wie weiter gemeldet wird, trafen zwei Heimkehrertransporte mit insgesamt 2 792 Personen ein. Die Heimkehrer wurden sofort in ihre Heimatorte entlassen.

Erfurt: Der zweite Tag des Jungaktivistenkongresses stand im Zeichen des Erfahrungsaustausches. An die einzelnen Länderdelegierten wurden Ehrenurkunden verliehen. Die Teilnehmer legten die nächsten Aufgaben für die Erfüllung und Übererfüllung des Zweijahresplanes fest.

REGISTRY COPY

No. 72

Auszüge aus Rundfunkberichten
=====

50X1-HUM

Sender Leipzig vom 1. April 1949

Berlin: Der Bundesvorstand des FDGB spricht in einem Telegramm, das von Herbert Warnke und Bernhard Göring unterzeichnet ist, Marschall SOKOLOWSKI seine herzlichsten Glückwünsche zu der Ernennung zum ersten stellvertretenden Minister für die bewaffneten Streitkräfte der SU aus. "Wir verbinden diesen Glückwunsch mit dem aufrichtigen Dank für die großzügige Hilfe und das weitgehende Verständnis, mit dem Sie alle Bestrebungen des FDGB kräftig unterstützt haben. Wir denken besonders an den Befehl Nr. 234, der für die Werktätigen wesentliche Verbesserungen in der Versorgung, in der ärztlichen Betreuung usw. brachte. Unter Ihrer Tätigkeit konnten die schöpferischen Kräfte der Werktätigen beginnen, sich zu entfalten, und dafür gilt Ihnen unser besonderer Dank." Das gestern unter Arnold ZWEIG gegründete deutsche Organisationskomitee für den Weltfriedenskongress fordert in einem Aufruf alle Deutschen auf, die Friedensbewegung zu unterstützen und zu verbreiten. "Wir sind der Überzeugung, daß es keine Frage in der Welt gibt, die nicht durch die friedliche Verständigung der Großmächte geklärt werden kann. Wir wissen, daß der Krieg verhindert werden kann, und wir wissen zugleich, daß die Einheit Deutschlands und der Abschluß eines Friedensvertrages eine Garantie für den Frieden sind! Das deutsche Organisationskomitee ruft deshalb alle Deutschen guten Willens auf, sich in der großen deutschen Friedensbewegung genau so zusammenzuschließen, wie es die anderen Länder auch tun."

Dresden: Zum sächsischen Minister für Handel und Verkehr wurde Ministerialrat ZILLER ernannt.

Berlin: Die Anordnungen der DWK zur Förderung der Wissenschaften und kulturellen Einrichtungen finden überall lebhaftes Echo. Die Zeitung Neues Deutschland hebt die Tatsache hervor, daß im vergangenen Jahr pro Kopf dreimal soviel für das Bildungswesen ausgegeben worden ist als vor dem Krieg. "Der Morgen" spricht von einer weitgehenden Förderung der Geistesarbeit. "Die Berliner Ztg." schreibt: Zum ersten Mal wird die Bedeutung der Geistesarbeit voll anerkannt.

Berlin: Über 20 000 Frauen des DFB haben in 250 Resolutionen gegen das Ruhrstatut protestiert und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gefordert.

Berlin: Der Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Chemie begrüßt die Verordnung der DWK betreffend Förderung der Wissenschaften und kult. Einrichtungen und bemerkt hierzu, daß die Gewerkschaft selbst stets für ein gutes Verhältnis zwischen Intellektuellen und Arbeitern eingetreten sei. Der Zentralvorstand versicherte, die großzügige Maßnahme würde ein Ansporn sein, das Bündnis zwischen Wissenschaftler und Gewerkschaften zu festigen.

Sender Moskau vom 1. April 1949

Das Soll im sächsischen Steinkohlenbergbau für das erste Quartal 1949 konnte mit 1,5 % erfüllt werden.

Die rund 250 bestehenden sächsischen Komitees zur Ausgestaltung der Feiern zum 1. Mai haben ihre Arbeit aufgenommen.

Rostock: Rund 10 000 Werktätige nahmen an der Übergabe der 21 von der SU gelieferten LKWs an Vertreter der MAS teil.

Sender Leipzig vom 3. April 1949

Halle: Das Auftragsoll für das erste Quartal 1949 ist in Zement mit 118 und in Kalk mit 124 % erfüllt worden.

Frankfurt a.O.: Der 8. Transport mit 57 Lastkraftwagen des Typs SIS 150 traf in Frankfurt ein. Die Lastwagen werden nach Sachsen weitergeleitet. Seit 28. März sind bereits 379 LKWs von der SU angeliefert worden. - Wie weiter gemeldet wird, trafen zwei Heimkehrertransporte mit insgesamt 2 792 Personen ein. Die Heimkehrer wurden sofort in ihre Heimatorte entlassen.

Erfurt: Der zweite Tag des Jungaktivistenkongresses stand im Zeichen des Erfahrungsaustausches. An die einzelnen Länderdelegierten wurden Ehrenurkunden verliehen. Die Teilnehmer legten die nächsten Aufgaben für die Erfüllung und Übererfüllung des Zweijahresplanes fest.

No. 72

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 1. April 1949

Berlin: Der Bundesvorstand des FDGB spricht in einem Telegramm, das von Herbert Warneke und Bernhard Göring unterzeichnet ist, Marschall SOKOLOWSKI seine herzlichsten Glückwünsche zu der Ernennung zum ersten stellvertretenden Minister für die bewaffneten Streitkräfte der SU aus. "Wir verbinden diesen Glückwunsch mit dem aufrichtigen Dank für die großzügige Hilfe und das weitgehende Verständnis, mit dem Sie alle Bestrebungen des FDGB kräftig unterstützt haben. Wir denken besonders an den Befehl Nr. 234, der für die Werktätigen wesentliche Verbesserungen in der Versorgung, in der ärztlichen Betreuung usw. brachte. Unter Ihrer Tätigkeit konnten die schöpferischen Kräfte der Werktätigen beginnen, sich zu entfalten, und dafür gilt Ihnen unser besonderer Dank." Das gestern unter Arnold ZWEIF gegründete deutsche Organisationskomitee für den Weltfriedenskongreß fordert in einem Aufruf alle Deutschen auf, die Friedensbewegung zu unterstützen und zu verbreiten. "Wir sind der Überzeugung, daß es keine Frage in der Welt gibt, die nicht durch die friedliche Verständigung der Großmächte geklärt werden kann. Wir wissen, daß der Krieg verhindert werden kann, und wir wissen zugleich, daß die Einheit Deutschlands und der Abschluß eines Friedensvertrages eine Garantie für den Frieden sind." Das deutsche Organisationskomitee ruft deshalb alle Deutschen guten Willens auf, sich in der großen deutschen Friedensbewegung genau so zusammenzuschließen, wie es die anderen Länder auch tun.

Dresden: Zum sächsischen Minister für Handel und Verkehr wurde Ministerialrat ZILLER ernannt.

Berlin: Die Anordnungen der DWK zur Förderung der Wissenschaften und kulturellen Einrichtungen finden überall lebhaftes Echo. Die Zeitung Neues Deutschland hebt die Tatsache hervor, daß im vergangenen Jahr pro Kopf dreimal sovjet für das Bildungswesen ausgegeben worden ist als vor dem Krieg. "Der Morgen" spricht von einer weitgehenden Förderung der Geistesarbeit. "Die Berliner Ztg." schreibt: Zum ersten Mal wird die Bedeutung der Geistesarbeit voll anerkannt.

Berlin: Über 20 000 Frauen des DFB haben in 250 Resolutionen gegen das Ruhrstatut protestiert und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gefordert.

Berlin: Der Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Chemie begrüßt die Verordnung der DWK betreffend Förderung der Wissenschaften und kult. Einrichtungen und bemerkt hierzu, daß die Gewerkschaft selbst stets für ein gutes Verhältnis zwischen Intellektuellen und Arbeitern eingetreten sei. Der Zentralvorstand versicherte, die großzügige Maßnahme würde ein Ansporn sein, das Bündnis zwischen Wissenschaftler und Gewerkschaften zu festigen.

Sender Moskau vom 1. April 1949

Das Soll im sächsischen Steinkohlenbergbau für das erste Quartal 1949 konnte mit 1,5 % erfüllt werden.

Die rund 250 bestehenden sächsischen Komitees zur Ausgestaltung der Feiern zum 1. Mai haben ihre Arbeit aufgenommen.

Rostock: Rund 10 000 Werktätige nahmen an der Übergabe der 21 von der SU gelieferten LKWs an Vertreter der MAS teil.

Sender Leipzig vom 3. April 1949

Halle: Das Auftragsoll für das erste Quartal 1949 ist in Zement mit 118 und in Kalk mit 124 % erfüllt worden.

Frankfurt a.O.: Der 8. Transport mit 57 Lastkraftwagen des Typs SIS 150 traf in Frankfurt ein. Die Lastwagen werden nach Sachsen weitergeleitet. Seit 28. März sind bereits 379 LKWs von der SU angeliefert worden. - Wie weiter gemeldet wird, trafen zwei Heimkehrertransporte mit insgesamt 2 792 Personen ein. Die Heimkehrer wurden sofort in ihre Heimatorte entlassen.

Erfurt: Der zweite Tag des Jungaktivistenkongresses stand im Zeichen des Erfahrungsaustausches. An die einzelnen Länderdelegierten wurden Ehrenurkunden verliehen. Die Teilnehmer lesen die nächsten Ausgaben für die Erfüllung und Übererfüllung des Zweijahresplanes rest.

No. 72

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 1. April 1949

Berlin: Der Bundesvorstand des FDGB spricht in einem Telegramm, das von Herbert Warnke und Bernhard Göring unterzeichnet ist, Marschall SOKOLOWSKI seine herzlichsten Glückwünsche zu der Ernennung zum ersten stellvertretenden Minister für die bewaffneten Streitkräfte der SU aus. "Wir verbinden diesen Glückwunsch mit dem aufrichtigen Dank für die großzügige Hilfe und das weitgehende Verständnis, mit dem Sie alle Bestrebungen des FDGB kräftig unterstützt haben. Wir denken besonders an den Befehl Nr. 234, der für die Werktätigen wesentliche Verbesserungen in der Versorgung, in der ärztlichen Betreuung usw. brachte. Unter Ihrer Tätigkeit konnten die schöpferischen Kräfte der Werktätigen beginnen, sich zu entfalten, und dafür gilt Ihnen unser besonderer Dank." Das gestern unter Arnold ZWEIG gegründete deutsche Organisationskomitee für den Weltfriedenskongreß fordert in einem Aufruf alle Deutschen auf, die Friedensbewegung zu unterstützen und zu verbreiten. "Wir sind der Überzeugung, daß es keine Frage in der Welt gibt, die nicht durch die friedliche Verständigung der Großmächte geklärt werden kann. Wir wissen, daß der Krieg verhindert werden kann, und wir wissen zugleich, daß die Einheit Deutschlands und der Abschluß eines Friedensvertrages eine Garantie für den Frieden sind!" Das deutsche Organisationskomitee ruft deshalb alle Deutschen guten Willens auf, sich in der großen deutschen Friedensbewegung genau so zusammenzuschließen, wie es die anderen Länder auch tun.

Dresden: Zum sächsischen Minister für Handel und Verkehr wurde Ministerialrat ZILLER ernannt.

Berlin: Die Anordnungen der DWK zur Förderung der Wissenschaften und kulturellen Einrichtungen finden überall lebhaftes Echo. Die Zeitung Neues Deutschland hebt die Tatsache hervor, daß im vergangenen Jahr pro Kopf dreimal soviel für das Bildungswesen ausgegeben worden ist als vor dem Krieg. "Der Morgen" spricht von einer weitgehenden Förderung der Geistesarbeit. "Die Berliner Ztg." schreibt: Zum ersten Mal wird die Bedeutung der Geistes-schaffenden voll anerkannt.

Berlin: Über 20 000 Frauen des FDGB haben in 250 Resolutionen gegen das Ruhrstatut protestiert und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gefordert.

Berlin: Der Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Chemie begrüßt die Verordnung der DWK betreffend Förderung der Wissenschaften und Kult. Einrichtungen und bemerkt hierzu, daß die Gewerkschaft selbst stets für ein gutes Verhältnis zwischen Intellektuellen und Arbeitern eingetreten sei. Der Zentralvorstand versicherte, die großzügige Maßnahme würde ein Ansporn sein, das Bündnis zwischen Wissenschaftler und Gewerkschaften zu festigen.

Sender Moskau vom 1. April 1949

Das Soll im sächsischen Steinkohlenbergbau für das erste Quartal 1949 konnte mit 1,5 % erfüllt werden.

Die rund 250 bestehenden sächsischen Komitees zur Ausgestaltung der Feiern zum 1. Mai haben ihre Arbeit aufgenommen.

Rostock: Rund 10 000 Werktätige nahmen an der Übergabe der 21 von der SU gelieferten LKWs an Vertreter der MAS teil.

Sender Leipzig vom 3. April 1949

Halle: Das Auflagesoll für das erste Quartal 1949 ist in Zement mit 118 und in Kalk mit 124 % erfüllt worden.

Frankfurt a.O.: Der 8. Transport mit 67 Lastkraftwagen des Typs SIS 150 traf in Frankfurt ein. Die Lastwagen werden nach Sachsen weitergeleitet. Seit 28. März sind bereits 379 LKWs von der SU angeliefert worden. - Wie weiter gemeldet wird, trafen zwei Heimkehrertransporte mit insgesamt 2 792 Personen ein. Die Heimkehrer wurden sofort in ihre Heimorte entlassen.

Erfurt: Der zweite Tag des Jungaktivistenkongresses stand im Zeichen des Erfahrungsaustausches. An die einzelnen Ländertelegierten wurden Ehrenurkunden verliehen. Die Teilnehmer legten die nächsten Aufgaben für die Erfüllung und Übererfüllung des Zweijahresplanes fest.

No. 72 Auszüge aus Rundfunkberichten
=====

Sender Leipzig vom 1. April 1949

Berlin: Der Bundesvorstand des FDGB spricht in einem Telegramm, das von Herbert Warnke und Bernhard Göring unterzeichnet ist, Marschall SOKOLOWSKI seine herzlichsten Glückwünsche zu der Ernennung zum ersten stellvertretenden Minister für die bewaffneten Streitkräfte der SU aus. "Wir verbinden diesen Glückwunsch mit dem aufrichtigen Dank für die großzügige Hilfe und das weitgehende Verständnis, mit dem Sie alle Bestrebungen des FDGB kräftig unterstützt haben. Wir denken besonders an den Befehl Nr. 234, der für die Werktätigen wesentliche Verbesserungen in der Versorgung, in der ärztlichen Betreuung usw. brachte. Unter Ihrer Tätigkeit konnten die schöpferischen Kräfte der Werktätigen beginnen, sich zu entfalten, und dafür gilt Ihnen unser besonderer Dank." Das gestern unter Arnold ZWEIG gegründete deutsche Organisationskomitee für den Weltfriedenskongress fordert in einem Aufruf alle Deutschen auf, die Friedensbewegung zu unterstützen und zu verbreiten. "Wir sind der Überzeugung, daß es keine Frage in der Welt gibt, die nicht durch die friedliche Verständigung der Großmächte geklärt werden kann. Wir wissen, daß der Krieg verhindert werden kann, und wir wissen zugleich, daß die Einheit Deutschlands und der Abschluß eines Friedensvertrages eine Garantie für den Frieden sind! Das deutsche Organisationskomitee ruft deshalb alle Deutschen guten Willens auf, sich in der großen deutschen Friedensbewegung genau so zusammenzuschließen, wie es die anderen Länder auch tun."

Dresden: Zum sächsischen Minister für Handel und Verkehr wurde Ministerialrat ZILLER ernannt.

Berlin: Die Anordnungen der DWK zur Förderung der Wissenschaften und kulturellen Einrichtungen finden überall lebhaftes Echo. Die Zeitung Neues Deutschland hebt die Tatsache hervor, daß im vergangenen Jahr pro Kopf dreimal soviel für das Bildungswesen ausgegeben worden ist als vor dem Krieg. "Der Morgen" spricht von einer weitgehenden Förderung der Geistesarbeit. "Die Berliner Ztg." schreibt: Zum ersten Mal wird die Bedeutung der Geisteswissenschaften voll anerkannt.

Berlin: Über 20 000 Frauen des DFB haben in 250 Resolutionen gegen das Ruhrstatut protestiert und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gefordert.

Berlin: Der Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Chemie begrüßt die Verordnung der DWK betreffend Förderung der Wissenschaften und kulturellen Einrichtungen und bemerkt hierzu, daß die Gewerkschaft selbst stets für ein gutes Verhältnis zwischen Intellektuellen und Arbeitern eingetreten sei. Der Zentralvorstand versicherte, die großzügige Maßnahme würde ein Ansporn sein, das Bündnis zwischen Wissenschaftler und Gewerkschaften zu festigen.

Sender Moskau vom 1. April 1949

Das Soll im sächsischen Steinkohlenbergbau für das erste Quartal 1949 konnte mit 1,5 % erfüllt werden.

Die rund 250 bestehenden sächsischen Komitees zur Ausgestaltung der Feiern zum 1. Mai haben ihre Arbeit aufgenommen.

Rostock: Rund 10 000 Werktätige nahmen an der Übergabe der 21 von der SU gelieferten LKWs an Vertreter der MAS teil.

Sender Leipzig vom 3. April 1949

Halle: Das Auflagesoll für das erste Quartal 1949 ist in Zement mit 118 und in Kalk mit 124 % erfüllt worden.

Frankfurt a.O.: Der 8. Transport mit 57 Lastkraftwagen des Typs SIS 150 traf in Frankfurt ein. Die Lastwagen werden nach Sachsen weitergeleitet. Seit 28. März sind bereits 379 LKWs von der SU angeliefert worden. - Wie weiter gemeldet wird, trafen zwei Heimkehrertransporte mit insgesamt 2 792 Personen ein. Die Heimkehrer wurden sofort in ihre Heimatorte entlassen.

Erfurt: Der zweite Tag des Jungaktivistenkongresses stand im Zeichen des Erfahrungsaustausches. An die einzelnen Länderelegierten wurden Ehrenurkunden verliehen. Die Teilnehmer legten die nächsten Aufgaben für die Erfüllung und Übererfüllung des Zweijahresplanes fest.

REGISTRY COPY

No. 73

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 4. April 1949

Berlin: Auf einer öffentlichen Sitzung des Berliner Magistrats gab Oberbürgermeister Friedrich EBERT eine Erklärung zur Weltfriedenskonferenz ab. Er forderte die Bevölkerung auf, sich mit Mut und Entschlossenheit am Kampf für den Frieden zu beteiligen. Ebert äußerte, es werde noch zu wenig getan, um gegen die Kriegshetzer anzugehen. Er urteilte mit scharfen Worten die Netze gegen die SU und wies darauf hin, daß die Amerikaner kürzlich Panzer nach Deutschland geliefert haben, während die SU Traktoren und LKW's sende.

Moskau: Erich Honnecker, der augenblicklich zum 11. Komsomol-Kongreß in Moskau weilt, erklärte, daß seit 1947 sich die Versorgung der werktätigen Bevölkerung wesentlich gebessert habe. Während bei seinem ersten Besuch 1947 noch die Spuren des vergangenen Krieges zu bemerken gewesen seien, sehe man heute, daß die Abschaffung des Kartensystems und die damit verbundene Währungsreform sich zu Gunsten der Werktätigen ausgewirkt haben.

Potsdam: 33 160 ehemalige deutsche Kriegsgefangene trafen während des vergangenen Monats im Lager Gronenfelde ein. Durchschnittlich konnten 1 500 Heimkehrer täglich das Lager nach Erledigung der Formalitäten verlassen und in ihre Wohnorte weitergeleitet werden. Heute vormittag traf ein neuer Transport mit 1 639 Heimkehrern ein, die sofort in ihre Heimatorte entlassen wurden. Weitere Transporte sind angemeldet.

Chemnitz: Den Aufbau einer wirklichen Demokratie, in der kein Platz für Kriegsverbrecher ist, bezeichnete Georg BERTINGER auf einer Kundgebung der CDU als Aufgabe des deutschen Volkes. "Der Kampf um die Einheit Deutschlands, den Abschluß eines gerechten Friedens und Abzug der Besatzungstruppen muß von allen fortschrittlichen Kräften in Deutschland verstärkt werden."

Frankfurt a.O.: Der 10. Transport mit 61 LKW's ist aus der SU eingetroffen. Es handelt sich um den Typ SIS 150 mit einer Ladefähigkeit von 4 t. Ersatzteile und Spezialwerkzeuge wurden mitgeliefert. Von diesen Lastkraftwagen erhält Sachsen 44, Sachsen-Anhalt 9 und Thüringen 8. Mit diesem Transport sind 497 LKW's innerhalb einer Woche von den 540 zu liefernden eingetroffen. Ein weiterer Transport mit 60 schweren Traktoren traf in Frankfurt ein. Die Raupenschlepper wurden der brandenburgischen MAS Neuenhagen übergeben.

Berlin: Trotz der Leistung der Luftbrücke dürften die Westberliner ihre Notlage nicht verkennen, erklärte Dr. FRIEDENSBURG auf dem Parteitag der Berliner West-CDU. 1936 habe man täglich 25 000 t nach Berlin eingeführt, während es heute nur noch einen Bruchteil erhalte.

Halle: Ein Friedenskomitee für das Land Sachsen-Anhalt, dem Persönlichkeiten aller Parteien und Massenorganisationen sowie des öffentlichen Lebens angehören, wurde heute in Halle gebildet. Präsident ist Professor HOPP von der Kunstschule Halle.

Kommentar von Heinz Zöger:

Seit Tagen treffen lange Güterzüge aus der SU kommend in Frankfurt ein. Sie enthalten Traktoren und LKW's. Auch heute trafen wieder 60 schwere Traktoren ein. Die MAS verfügten bisher über ca. 7 000 Traktoren. Diese sind jedoch ganz unterschiedlich in ihrer Qualität und Leistungsfähigkeit. So gibt es unter ihnen ca. 86 verschiedene Typen. Die Traktoren sind alle stark verbraucht und müssen dringend erneuert werden. Die Hilfe der SU kommt daher gerade zur rechten Zeit. Das sowjetische Volk sandte die modernsten Traktoren. Es ist nicht zu viel behauptet, daß jeder neue dasselbe wie 2 bis 4 alte leisten wird. Aus der SU kommen 500 Raupen- und 500 Radschlepper, darunter sind die Raupenschlepper besonders leistungsfähig. - Auch die LKW's, die momentan geliefert werden, sind solche Wagen, wie sie bei uns in der Landwirtschaft gebraucht werden. Durch dick und dünn bannen sie sich den Weg. Ihre Motorleistung ist zuverlässig. Sie können noch für die laufende Frühjahrsbestellung eingesetzt werden.

Sender Moskau übertrug mehrmals am Tage die Rede Erich Honneckers, die dieser anlässlich des 11. Komsomol-Kongresses in Moskau hielt.

No. 73

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 4. April 1949

Berlin: Auf einer öffentlichen Sitzung des Berliner Magistrats gab Oberbürgermeister Friedrich EBERT eine Erklärung zur Weltfriedenskonferenz ab. Er forderte die Bevölkerung auf, sich mit Mut und Entschlossenheit am Kampf für den Frieden zu beteiligen. Ebert äußerte, es werde noch zu wenig getan, um gegen die Kriegshetzer anzugehen. Er verurteilte mit scharfen Worten die Hetze gegen die SU und wies darauf hin, daß die Amerikaner kürzlich Panzer nach Deutschland geliefert haben, während die SU Traktoren und LKW's sende.

Moskau: Erich Honnecker, der augenblicklich zum 11. Komsomol-Kongreß in Moskau weilt, erklärte, daß seit 1947 sich die Versorgung der werktätigen Bevölkerung wesentlich gebessert habe. Während bei seinem ersten Besuch 1947 noch die Spuren des vergangenen Krieges zu bemerken gewesen seien, sehe man heute, daß die Abschaffung des Kartensystems und die damit verbundene Währungsreform sich zu Gunsten der Werktätigen ausgewirkt haben.

Potsdam: 33 160 ehemalige deutsche Kriegsgefangene trafen während des vergangenen Monats im Lager Gronenfelde ein. Durchschnittlich konnten 1 500 Heimkehrer täglich das Lager nach Erledigung der Formalitäten verlassen und in ihre Wohnorte weitergeleitet werden. Heute vormittag traf ein neuer Transport mit 1 639 Heimkehrern ein, die sofort in ihre Heimatorte entlassen wurden. Weitere Transporte sind angemeldet.

Chemnitz: Den Aufbau einer wirklichen Demokratie, in der kein Platz für Verbrechen ist, bezeichnete Georg BERTINGER auf einer Kundgebung der CDU als Aufgabe des deutschen Volkes. "Der Kampf um die Einheit Deutschlands, den Abschluß eines gerechten Friedens und Abzug der Besatzungstruppen muß von allen fortschrittlichen Kräften in Deutschland verstärkt werden."

Frankfurt a.O.: Der 10. Transport mit 61 LKW's ist aus der SU eingetroffen. Es handelt sich um den Typ SIS 150 mit einer Ladefähigkeit von 4 t. Ersatzteile und Spezialwerkzeuge wurden mitgeliefert. Von diesen Lastkraftwagen erhält Sachsen 44, Sachsen-Anhalt 9 und Thüringen 8. Mit diesem Transport sind 497 LKW's innerhalb einer Woche von den 540 zu liefernden eingetroffen. Ein weiterer Transport mit 60 schweren Traktoren traf in Frankfurt ein. Die Raupenschlepper wurden der brandenburgischen MAS Neuenhagen übergeben.

Berlin: Trotz der Leistung der Luftbrücke dürften die Westberliner ihre Notlage nicht verkennen, erklärte Dr. FRIEDENSBURG auf dem Parteitag der Berliner West-CDU. 1938 habe man täglich 25 000 t nach Berlin eingeführt, während es heute nur noch einen Bruchteil erhalte.

Halle: Ein Friedenskomitee für das Land Sachsen-Anhalt, dem Persönlichkeiten aller Parteien und Massenorganisationen sowie des öffentlichen Lebens angehören, wurde heute in Halle gebildet. Präsident ist Professor HOPP von der Kunstschule Halle.

Kommentar von Heinz Zöger:

Seit Tagen treffen lange Güterzüge aus der SU kommend in Frankfurt ein. Sie enthalten Traktoren und LKW's. Auch heute trafen wieder 60 schwere Traktoren ein. Die MAS verfügte bisher über ca. 7 000 Traktoren. Diese sind jedoch ganz unterschiedlich in ihrer Qualität und Leistungsfähigkeit. So gibt es unter ihnen ca. 86 verschiedene Typen. Die Traktoren sind alle stark verbraucht und müssen dringend erneuert werden. Die Hilfe der SU kommt daher gerade zur rechten Zeit. Das sowjetische Volk sandte die modernsten Traktoren. Es ist nicht zu viel behauptet, daß jeder neue dasselbe wie 2 bis 4 alte leisten wird. Aus der SU kommen 500 Raupen- und 500 Radschlepper, darunter sind die Raupenschlepper besonders leistungsfähig. - Auch die LKW's, die momentan geliefert werden, sind solche Wagen, wie sie bei uns in der Landwirtschaft gebraucht werden. Durch dick und dünn bannen sie sich den Weg. Ihre Motorleistung ist zuverlässig. Sie können noch für die laufende Frühjahrsbestellung eingesetzt werden.

Sender Moskau übertrug mehrmals am Tage die Rede Erich Honneckers, die dieser anlässlich des 11. Komsomol-Kongresses in Moskau hielt.

No. 73

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 4. April 1949

Berlin: Auf einer öffentlichen Sitzung des Berliner Magistrats gab Oberbürgermeister Friedrich EBERT eine Erklärung zur Weltfriedenskonferenz ab. Er forderte die Bevölkerung auf, sich mit Mut und Entschlossenheit am Kampf für den Frieden zu beteiligen. Ebert äußerte, es werde noch zu wenig getan, um gegen die Kriegshetzer anzugehen. Er verurteilte mit scharfen Worten die Hetze gegen die SU und wies darauf hin, daß die Amerikaner kürzlich Panzer nach Deutschland geliefert haben, während die SU Traktoren und LKW's sende.

Moskau: Erich Honnecker, der augenblicklich zum 11. Komsomol-Kongreß in Moskau weilte, erklärte, daß seit 1947 sich die Versorgung der werktätigen Bevölkerung wesentlich gebessert habe. Während bei seinem ersten Besuch 1947 noch die Spuren des vergangenen Krieges zu bemerken gewesen seien, sehe man heute, daß die Abschaffung des Kartensystems und die damit verbundene Währungsreform sich zu Gunsten der Werktätigen ausgewirkt haben.

Potsdam: 33 160 ehemalige deutsche Kriegsgefangene trafen während des vergangenen Monats im Lager Gronenfelde ein. Durchschnittlich konnten 1 500 Heimkehrer täglich das Lager nach Erledigung der Formalitäten verlassen und in ihre Wohnorte weitergeleitet werden. Heute vormittag traf ein neuer Transport mit 1 639 Heimkehrern ein, die sofort in ihre Heimatorte entlassen wurden. Weitere Transporte sind angemeldet.

Chemnitz: Den Aufbau einer wirklichen Demokratie, in der kein Platz für Kriegsverbrecher ist, bezeichnete Georg DERTINGER auf einer Kundgebung der CDU als Aufgabe des deutschen Volkes. "Der Kampf um die Einheit Deutschlands, den Abschluß eines gerechten Friedens und Abzug der Besatzungstruppen muß von allen fortschrittlichen Kräften in Deutschland verstärkt werden."

Frankfurt a.O.: Der 10. Transport mit 61 LKW's ist aus der SU eingetroffen. Es handelt sich um den Typ SIS 150 mit einer Ladefähigkeit von 4 t. Ersatzteile und Spezialwerkzeuge wurden mitgeliefert. Von diesen Lastkraftwagen erhält Sachsen 44, Sachsen-Anhalt 9 und Thüringen 8. Mit diesem Transport sind 497 LKW's innerhalb einer Woche von den 540 zu liefernden eingetroffen. Ein weiterer Transport mit 60 schweren Traktoren traf in Frankfurt ein. Die Raupenschlepper wurden der brandenburgischen MAS Neuenhagen übergeben.

Berlin: Trotz der Leistung der Luftbrücke dürften die Westberliner ihre Notlage nicht verkennen, erklärte Dr. FRIEDENSBURG auf dem Parteitag der Berliner West-CDU. 1938 habe man täglich 25 000 t nach Berlin eingeführt, während es heute nur noch einen Bruchteil erhalte.

Halle: Ein Friedenskomitee für das Land Sachsen-Anhalt, dem Persönlichkeiten aller Parteien und Massenorganisationen sowie des öffentlichen Lebens angehören, wurde heute in Halle gebildet. Präsident ist Professor HOPP von der Kunstschule Halle.

Kommentar von Heinz Zöger:

Seit Tagen treffen lange Güterzüge aus der SU kommend in Frankfurt ein. Sie enthalten Traktoren und LKW's. Auch heute trafen wieder 60 schwere Traktoren ein. Die MAS verfügten bisher über ca. 7 000 Traktoren. Diese sind jedoch ganz unterschiedlich in ihrer Qualität und Leistungsfähigkeit. So gibt es unter ihnen ca. 86 verschiedene Typen. Die Traktoren sind alle stark verbraucht und müssen dringend erneuert werden. Die Hilfe der SU kommt daher gerade zur rechten Zeit. Das sowjetische Volk sandte die modernsten Traktoren. Es ist nicht zu viel behauptet, daß jeder neue dasselbe wie 2 bis 4 alte leisten wird. Aus der SU kommen 500 Raupen- und 500 Radschlepper, darunter sind die Raupenschlepper besonders leistungsfähig. - Auch die LKW's, die momentan geliefert werden, sind solche Wagen, wie sie bei uns in der Landwirtschaft gebraucht werden. Durch dick und dünn bannen sie sich den Weg. Ihre Motorleistung ist zuverlässig. Sie können noch für die laufende Frühjahrsaussaat eingesetzt werden.

Sender Moskau übertrug mehrmals am Tage die Rede Erich Honneckers, die dieser anlässlich des 11. Komsomol-Kongresses in Moskau hielt.

No. 74

Auszüge aus Rundfunkberichten

50X1-HUM

Sender Leipzig vom 5. April 1949

Potsdam: In dem neuen Traktorenwerk in Brandenburg an der Havel wird die serienmäßige Traktorenherstellung noch vor dem ursprünglich angesetzten Zeitpunkt (Mitte des Jahres) beginnen. Das Werk gilt als wichtigster Schwerpunktbetrieb des Landes Brandenburg.

Berlin: 110 nicht reichsbahneigene Eisenbahnen und zwei Ausbesserungswerke sind auf Anordnung der DWK in die Verwaltung der Reichsbahn übergegangen. Diese Maßnahme hat sich als notwendig erwiesen. Private Anschlußbahnen verbleiben weiterhin in Privatesitz. Es handelt sich um keine weiteren Enteignungsmaßnahmen.

Schwerin: Die Beendigung der Frühjahrsaussaat in Getreide und Hülsenfrüchten meldeten zwei Kreise in Mecklenburg.

Frankfurt a.O.: Ein weiterer Transport mit 1 555 Heimkehrern traf heute im Lager Tronsfelde ein. Die Heimkehrer werden sofort entlassen.

Schwerin: Von drei MAS in Kreise Malchin werden die Traktoren Universal II heute zum ersten Mal eingesetzt.

Leipzig: Auf der heute eröffneten dritten Kreisdelegiertenkonferenz des DFB äußerte eine Sprecherin, das deutsche Volk stehe heute nicht mehr allein da, das beweise am besten die Aufnahme des DFB in den internationalen Frauenbund. Mit der ganzen Kraft werde der DFB den Friedenskongreß in Paris unterstützen.

Schwerin: Der Mecklenburgische Landtag ist zu einer außerordentlichen Vollsitzung auf Montag einberufen worden. Im Mittelpunkt wird die Beratung des Volkswirtschaftsplanes stehen, über den Ministerpräsident BOECKER Bericht erstatten wird.

Sender Moskau vom 5. April 1949Kommentar über aktuelle politische Tagesfragen:

Mehr als 500 Millionen einfache Menschen haben sich schon für die Einberufung des Weltfriedenskongresses in Paris ausgesprochen. In den Reihen der Friedenskämpfer stehen auch unzählige Deutsche. Der einmütige Wille des deutschen Volkes ist, gemeinsam mit der SU und anderen friedliebenden Ländern den Frieden gegen die Anschläge der Kriegshetzer zu sichern. Den Bemühungen der deutschen Demokratie, die die Verwendung Westdeutschlands als Kriegsarsenal usw. durch die Anglo-Amerikaner verhindern wollen, stellen sich die reaktionären Politiker Westdeutschlands in den Weg, die jedoch auf immer stärker werdenden Widerstand stoßen. Der Kampf um die nationale Selbsthilfe ist von der Bevölkerung ganz Deutschlands aufgegriffen worden, denn es geht nicht nur um die Einheit Deutschlands, sondern auch um die Erhaltung des Friedens. Als Reimann dieser Tage sprach und die Bonner Spalter brandmarkte, wurden seine Worte mit stürmischem Beifall begrüßt. Das deutsche Volk lehnt die anglo-amerikanische Aggressorenpolitik ab, weil sie neues Leid und Verwüstung bedeutet. Es fordert, daß in allen Städten, Gemeinden und Betrieben Friedenskomitees gegründet werden. Diese Vorschläge zeugen davon, daß die Friedensbewegung ganz Deutschland erfaßt hat. Sie hat besonders in der Ostzone einen großen Umfang angenommen. Energisch tritt die deutsche Frau für den Frieden ein. Ebenso nachdrücklich sprechen sich Wissenschaftler und andere Geistes schaffende für den Frieden aus. Alle verurteilen den Atlantikpakt. Die demokratischen Parteien erklären laut, daß sie den Weltfriedenskongreß befürworten. Das Memorandum der SU ist ein neuer Beweis für ihre friedliebende Politik. Während Amerikaner Panzer nach Deutschland senden, treffen aus der SU laufend Traktoren und Lastkraftwagen für die deutsche Wirtschaft ein.

Sender Leipzig vom 6. April 1949

Leipzig: Zu einer machtvollen Kundgebung für den Frieden gestaltete sich heute eine Belegschaftsversammlung des Kombinats Espenheim. Das Referat hielt Otto CROTEWOHL. Er äußerte, während noch immer nicht die Trümmer des faschistischen Krieges beseitigt seien, träfen die int. Kriegshetzer schon wieder Vorbereitungen zu einem dritten Krieg. Der Atlantikpakt hätte nicht den Politikern, sondern den Werktätigen der betr. Länder vorgelegt werden sollen, da diese nicht gewillt seien, in den Krieg gegen die SU und die Volksdemokratien zu ziehen. Auch die deutsche Arbeiterschaft würde im Falle eines Krieges nur auf der Seite der SU stehen. Er erinnerte jedoch daran, daß die SU nicht an Krieg denke und keine Zeit zu irgendwelchen Vorbereitungen hierfür habe.

REGISTRY COPY

No. 74

Auszüge aus RundfunkberichtenSender Leipzig vom 5. April 1949

Potsdam: In dem neuen Traktorenwerk in Brandenburg an der Havel wird die serienmäßige Traktorenherstellung noch vor dem ursprünglich angesetzten Zeitpunkt (Mitte des Jahres) beginnen. Das Werk gilt als wichtigster Schwerpunktbetrieb des Landes Brandenburg.

Berlin: 110 nicht reichsbahneigene Eisenbahnen und zwei Ausbesserungswerke sind auf Anordnung der DWK in die Verwaltung der Reichsbahn übergegangen. Diese Maßnahme hat sich als notwendig erwiesen. Private Anschlußbahnen verbleiben weiterhin in Privatesitz. Es handelt sich um keine weiteren Enteignungsmaßnahmen.

Schwerin: Die Beendigung der Frühjahrssaussaat in Getreide und Hülsenfrüchten meldeten zwei Kreise in Mecklenburg.

Frankfurt a.O.: Ein weiterer Transport mit 1.555 Heimkehrern traf heute im Lager Trönsfelde ein. Die Heimkehrer werden sofort entlassen.

Schwerin: Von drei MAS im Kreis Malchin werden die Traktoren Universal II heute zum ersten Mal eingesetzt.

Leipzig: Auf der heute eröffneten dritten Kreisdelegiertenkonferenz des DFB äußerte eine Sprecherin, das deutsche Volk stehe heute nicht mehr allein da, das beweise am besten die Aufnahme des DFB in den internationalen Frauenbund. Mit der ganzen Kraft werde der DFB den Friedenskongress in Paris unterstützen.

Schwerin: Der Mecklenburgische Landtag ist zu einer außerordentlichen Vollsitzung auf Montag einberufen worden. Im Mittelpunkt wird die Beratung des Volkswirtschaftsplanes stehen, über den Ministerpräsident WOLCKE Bericht erstatten wird.

Sender Moskau vom 5. April 1949Kommentar über aktuelle politische Tagesfragen:

Mehr als 500 Millionen einfache Menschen haben sich schon für die Einberufung des Weltfriedenskongresses in Paris ausgesprochen. In den Reihen der Friedenskämpfer stehen auch unzählige Deutsche. Der einmütige Wille des deutschen Volkes ist, gemeinsam mit der SU und anderen friedliebenden Ländern den Frieden gegen die Anschläge der Kriegshetzer zu sichern. Den Bemühungen der deutschen Demokratie, die die Verwendung Westdeutschlands als Kriegsarsenal usw. durch die Anglo-Amerikaner verhindern wollen, stellen sich die reaktionären Politiker Westdeutschlands in den Weg, die jedoch auf immer stärker werdenden Widerstand stoßen. Der Kampf um die nationale Selbsthilfe ist von der Bevölkerung ganz Deutschlands aufgegriffen worden, denn es geht nicht nur um die Einheit Deutschlands, sondern auch um die Erhaltung des Friedens. Als Reimann dieser Tage sprach und die Bonner Spalter brandmarkte, wurden seine Worte mit stürmischem Beifall begrüßt. Das deutsche Volk lehnt die anglo-amerikanische Aggressionspolitik ab, weil sie neues Leid und Verwüstung bedeutet. Es fordert, daß in allen Städten, Gemeinden und Betrieben Friedenskomitees gegründet werden. Diese Vorschläge zeugen davon, daß die Friedensbewegung ganz Deutschland erfaßt hat. Sie hat besonders in der Ostzone einen großen Umfang angenommen. Energisch tritt die deutsche Frau für den Frieden ein. Ebenso nachdrücklich sprechen sich Wissenschaftler und andere Geistesgeschaffende für den Frieden aus. Alle verurteilen den Atlantikpakt. Die demokratischen Parteien erklären laut, daß sie den Weltfriedenskongress befürworten. Das Memorandum der SU ist ein neuer Beweis für ihre friedliebende Politik. Während Amerikaner Panzer nach Deutschland senden, treffen aus der SU laufend Traktoren und Lastkraftwagen für die deutsche Wirtschaft ein.

Sender Leipzig vom 6. April 1949

Leipzig: Zu einer machtvollen Kundgebung für den Frieden gestaltete sich heute eine Belegschaftsversammlung des Kombinats Espenheim. Das Referat hielt Otto GROTEWOHL. Er äußerte, während noch immer nicht die Trümmer des faschistischen Krieges beseitigt seien, träfen die int. Kriegshetzer schon wieder Vorbereitungen zu einem dritten Krieg. Der Atlantikpakt hätte nicht den Politikern, sondern den Werktätigen der betr. Länder vorgelegt werden sollen, da diese nicht gewillt seien, in den Krieg gegen die SU und die Volksdemokratien zu ziehen. Auch die deutsche Arbeiterschaft würde im Falle eines Krieges nur auf der Seite der SU stehen. Er erinnerte jedoch daran, daß die SU nicht an Krieg denke und keine Zeit zu irgendwelchen Vorbereitungen hierfür habe.

No. 75

Auszüge aus Rundfunkberichten

50X1-HUM

Sender Leipzig vom 7. April 1949

Weimar: Der thüringische Justizminister LOCH sandte an Theodor Heuß einen offenen Brief, in dem es unter anderem hieß: Glauben Sie, daß die westlichen Siegerstaaten es gewagt hätten, den Raub von Ruhr und Saar sowie das Besatzungsstatut usw. zu verwirklichen, wenn ihnen ein geschlossener Block entgegengestanden hätte? Nein, nur mit einem zer-rissenen Volk könne nach Belieben verfahren werden. Der Brief schließt: Wir haben das gleiche Ziel: Einheit Deutschlands und gerechten Frieden. Dies müsse im deutschen Sinne verwirklicht werden.

Leipzig: Am 5. Tage des Leistungswettbewerbs der Vesta-Betriebe liegt in der Gruppe Rohstahl die Maxhütte mit drei Tagen voraus. In der Gruppe Bleche ist Auerhammer wieder um eine halbe Tageslänge im Vorsprung.

Moskau: Wie ADN meldet, wandte sich der Vorstand des deutschen Friedenskomitees an die Bevölkerung der westlichen Besatzungszonen mit der Bitte, die Bewegung für den allgemeinen Frieden zu unterstützen, und zwar sollen sie in Kundgebungen ihre Einstellung zum Weltfriedenskongress geben und Delegierte für diesen Kongress wählen. In einer Einschließung heißt es: Die deutsche Arbeiterschaft stehe heute vor der großen Entscheidung; Krieg oder Frieden. Die Entscheidung könne nicht schwer fallen, denn die Arbeiterschaft gehöre auf die Seite der friedliebenden Völker. Doch dürfe der Krieg nicht nur vernahnt, sondern müsse energisch bekämpft werden. Wir sind bereit, den Kampf zur Sicherung des Friedens aufzunehmen. Der überwiegende Teil will den Frieden und haßt den Krieg. Deshalb fordern wir die Einheit Deutschlands, den Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen.

Weimar: Die 12 000 Angehörigen des dortigen Kaliwerkes appellierten an alle thüringischen volkseigenen Betriebe, die innerbetrieblichen Wettbewerbe bis zum 1. Mai zu steigern.

Potsdam: In 11 Landkreisen wurden bereits die von der SU gelieferten Traktoren eingesetzt.

Sender Leipzig vom 8. April 1949

Berlin: Der Vorsitzende der DWK, Heinrich RAU, nahm in einem Interview Stellung zu der Frage: Wie werden sich in Zukunft die wirtschaftlichen Beziehungen der Ostzone zu den Westzonen gestalten, nachdem die Außenminister des Bonner Parlamentarischen Rat befohlen haben, auf schnellstem Wege einen Separatstaat zu bilden? Er sagte u.a.: Je drohender die Gefahr für die Einheit Deutschlands ist, desto mehr sind wir interessiert, die wirtschaftlichen Beziehungen aufzunehmen und zu festigen. Nach wie vor sind die Zonengrenzen von uns aus weit offen.

Dresden: Im sächsischen Landtag würdigte Otto Buchwitz die Verdienste des verstorbenen Oberbürgermeisters Zeigner um den demokratischen Wiederaufbau Deutschlands.

Leipzig: Otto NUSPOCK erklärte auf einer CDU-Versammlung in Guben: Mit allen uns zur Verfügung stehenden moralischen Kräften wenden wir uns gegen die Zerstückelung Deutschlands.

Sender Moskau vom 8. April 1949

Der Kommentator behandelte das kürzlich in Köln veröffentlichte Memorandum des Naheimer Kreises. So hieß es u.a.: Allen Deutschen liegt das Schicksal ihrer Heimat am Herzen. Sie fordern die Aufhebung der Spaltung Deutschlands und Umwandlung in einen friedliebenden Staat, Abschluß eines Friedensvertrages und Abzug der Besatzungstruppen ein Jahr danach. Deutschland kann nur dann ein stabiles System haben, wenn der Aufbau mit anderen Ländern gewährt werden kann. Prof. Noack ist der Ansicht, daß Wirtschaft und Handel mit der SU und den Volksdemokratien von entscheidender Bedeutung sind. - Die Politik der Westmächte wird gegenwärtig nur von einer kleinen Gruppe unterstützt, einer Gruppe vom Schlage Schumacher, Adenauer usw., die die Interessen ihres Volkes restlos vertreten haben. Breite Kreise beginnen zu verstehen, worauf Besatzungsstatut usw. abzielen. Schließlich zeugt das Memorandum auch davon, daß die Politik der SU an der Deutschlandfrage auch in Westdeutschland immer mehr Unterstützung findet. Eben die SU kämpft konsequent gegen die anglo-amerikanische Politik, die Westdeutschland als aufmarschgebiet zum Ziele hat. Die SU setzt sich dafür ein, daß Deutschland einen Handelsverkehr und normale wirtschaftliche Beziehungen sowohl mit dem Westen als auch mit dem Osten ausübt. Das Memorandum bestätigt das ein weiteres Mal.

REGISTRY COPY

No. 75

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 7. April 1949

Weimar: Der thüringische Justizminister LOCH sandte an Theodor Heuß einen offenen Brief, in dem es unter anderem hieß: Glauben Sie, daß die westlichen Siegerstaaten es gewagt hätten, den Raub von Ruhr und Saar sowie das Besatzungsstatut usw. zu verwirklichen, wenn ihnen ein geschlossener Block entgegengestanden hätte? Nein, nur mit einem zerrissenen Volk könne nach Belieben verfahren werden. Der Brief schließt: Wir haben das gleiche Ziel: Einheit Deutschlands und gerechten Frieden. Dies müsse im deutschen Sinne verwirklicht werden.

Leipzig: Am 5. Tage des Leistungswettbewerbs der Vesta-Betriebe liegt in der Gruppe Kohstahl die Laxhütte mit drei Tagen voraus. In der Gruppe Bleche ist Auerhammer wieder um eine halbe Tageslänge im Voreprung.

Moskau: Wie AWM meldet, wandte sich der Vorstand des deutschen Friedenskomitees an die Bevölkerung der westlichen Besatzungszonen mit der Bitte, die Bewegung für den allgemeinen Frieden zu unterstützen, und zwar sollen sie in Kundgebungen ihre Einstellung zum Weltfriedenskongreß offen und Delegierte für diesen Kongreß wählen. In einer Entschließung heißt es: Die deutsche Arbeiterschaft stehe heute vor der großen Entscheidung; Krieg oder Frieden, die Entscheidung könne nicht schwer fallen, denn die Arbeiterschaft gehöre auf die Seite der friedliebenden Völker. Doch dürfe der Krieg nicht nur verweigert, sondern müsse energisch bekämpft werden. Wir sind bereit, den Kampf zur Sicherung des Friedens aufzunehmen. Der Überwiesende will den Frieden und haßt den Krieg. Deshalb fordern wir die Einheit Deutschlands, den Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen.

Weimar: Die 12 000 Angehörigen des dortigen Kaliwerkes appellierten an alle thüringischen volkswirtschaftlichen Betriebe, die innerbetrieblichen Wettbewerbe bis zum 1. Mai zu steigern.

Potsdam: In 11 Landkreisen wurden bereits die von der SU gelieferten Traktoren eingesetzt.

Sender Leipzig vom 8. April 1949

Berlin: Der Vorsitzende der DDK, Heinrich RAU, nahm in einem Interview Stellung zu der Frage: Wie werden sich in Zukunft die wirtschaftlichen Beziehungen der Ostzone zu den Westzonen gestalten, nachdem die Außenminister des Bonner Parlamentarischen Rat befohlen haben, auf schnellstem Wege einen Separatstaat zu bilden? Er sagte u.a.: Je drohender die Gefahr für die Einheit Deutschlands ist, desto mehr sind wir interessiert, die wirtschaftlichen Beziehungen aufzunehmen und zu festigen. Nach wie vor sind die Zonengrenzen von uns aus weit offen.

Dresden: Im sächsischen Landtag würdigte Otto Buchwitz die Verdienste des verstorbenen Oberbürgermeisters Zeigner um den demokratischen Wiederaufbau Deutschlands.

Leipzig: Otto NUSOUBE erklärte auf einer CDU-Versammlung in Guben: Mit allen uns zur Verfügung stehenden moralischen Kräften wenden wir uns gegen die Zerstückelung Deutschlands.

Sender Moskau vom 8. April 1949

Der Kommentar behandelte das kürzlich in Köln veröffentlichte Memorandum des Rauheimer Kreisses. So hieß es u.a.: Allen Deutschen liegt das Schicksal ihrer Heimat am Herzen. Sie fordern die Aufhebung der Spaltung Deutschlands und Umwandlung in einen friedliebenden Staat, Abschluß eines Friedensvertrages und Abzug der Besatzungstruppen ein Jahr danach. Deutschland kann nur dann ein stabiles System haben, wenn der Ausbau mit anderen Ländern gewährt werden kann. Prof. Noack ist der Ansicht, daß Wirtschaft und Wandel mit der SU und den Volksdemokratien von entscheidender Bedeutung sind, - Die Politik der westmächte wird gegenwärtig nur von einer kleinen Gruppe unterstützt, einer Gruppe vom Schlage Schumacher, Adenauer usw., die die Interessen ihres Volkes restlos vertreten haben. Breite Kreise beginnen zu verstehen, worauf Besatzungsstatut usw. abzielen. Schließlich zeugt das Memorandum auch davon, daß die Politik der SU an der Deutschlandfrage auch in Westdeutschland immer mehr Unterstützung findet. Wenn die SU kämpft konsequent gegen die anglo-amerikanische Politik, die Westdeutschland als aufmarschgebiet zum Ziele hat. Die SU setzt sich dafür ein, daß Deutschland einen Handelsverkehr und normale wirtschaftliche Beziehungen sowohl mit dem Westen als auch mit dem Osten ausübt. Das Memorandum bestätigt das ein weiteres Mal.

No. 103

Auszüge aus Presseberichten

Privatwirtschaft der Ostzone. Die einseitige Kontingentierung von Rohstoffen und Materialien zugunsten der volkseigenen Betriebe und Konsumgenossenschaften ist bereits zu einer scharfen Waffe des Klassenkampfes gegen die Reste der privaten Wirtschaft und des Handels geworden. Neuerdings wurde eine weitere Beschränkung der Privatinitiative in Aussicht gestellt. Künftig werden nur noch die volkseigenen Betriebe sogen. Produktionsaufträge im Zuge des Zweijahresplanes erhalten, so daß "im privatkapitalistischen Teil der Wirtschaft der Unternehmerinitiative Spielraum gewährt" ist. Die Privatbetriebe unterstehen also nicht mehr direkt den Planungsbehörden, sondern schließen Verträge mit volkseigenen oder SAG-Betrieben usw. ab. Die Unternehmer sollen sich also selbst um die Herbeiholung von Aufträgen bemühen. Allerdings hat die Privatwirtschaft bereits Erfahrungen sammeln können. Betriebe, die Reparationsaufträge zu erfüllen hatten, sind nicht in der Lage gewesen, sich die erforderlichen Materialien zu beschaffen, weil diese Anforderungen "nicht eingeplant" waren, und haben schließlich darlegen müssen, daß sie zur Ausführung der Aufträge nicht in der Lage waren.

Die Rohstoffdecke wird von Monat zu Monat knapper, nicht zuletzt unter dem Druck der Berliner Blockade, volkseigene Betriebe leiden unter Zahlungs- und Materialschwierigkeiten, und der zonale Suchdienst fahndet in den Privatbetrieben nach Rohstoffen, Altmaterial und Pulverklappen, während FDGB und FDJ das Sammeln von Schrauben und Abfällen aller Art organisiert hat. Es ist also notwendig, nicht von Wünschen, sondern von den Realitäten auszugehen und mit dem vorhandenen Material das Bestmögliche zu produzieren; und da das vorhandene Material zur Versorgung der volkseigenen Betriebe ausreicht, sollten eben die privaten Unternehmer "Privatinitiative entfalten" und selbst Produktionsaufträge zu erhalten suchen.

WFZ vom 25. März 1949

Die SMA hat die Erhöhung der Stahlproduktion in der Ostzone zur Abwehr der alliierten Gegenblockade befohlen.

Allgem. Ztg. vom 30. März 1949

Oder-Neiße-Linie. Am Flußufer haben die Polen auf breitem Raum alle Bäume niedergeschlagen und nach je 500 Metern einen Soldaten mit dem braunen Viereckmitze aufgestellt. Im ganzen ehemals deutschen Gebiet befinden sich breite Holztafeln mit der Aufschrift: Dies ist polnische Erde. - Wie berichtet wird, ist der erste, ungefähr 25 km breite Grenzstreifen noch völlig unbesiedelt. Sprengelartig tauchen dann zwischen den distelüberwucherten Feldern die bebauten Flächen um die Dörfer auf. Die Polen haben mit der Besiedlung der ehemals deutschen Gebiete im Innern des gewonnenen Zuwachses im letzten Jahr bedeutende Erfolge erzielt. Viele gut bewirtschaftete Höfe sind entstanden. Deutsche sind in dem ganzen Gebiet nur noch ganz wenige zu finden. Mit dem Herzen zieht es die meisten Polen nach dem Westen, aber das nüchterne Denken sagt ihnen, daß sie sich an die Russen halten müssen, um die Grenze an der Oder und Neiße zu behaupten. Die Deutschen haben sie.

Angesichts der ungeheuren Zerstörungen, die Polen bei der Übernahme der Westgebiete vorgefunden hat, ergaben sich große Schwierigkeiten bei der Wiederbesiedlung und der Dringlichkeitsfolge des Wiederaufbaus. Die größten Industriestädte standen an der Spitze. Der Wiederaufbau des Verkehrswesens, das 1945 vollkommen lahmgelegt war, ist im wesentlichen abgeschlossen.

Süddt. Ztg. vom 29. März 1949

Sommerzeit auch in der Ostzone. Ab 10. April wird auch in der Ostzone die Sommerzeit eingeführt. Gleichzeitig werden Erleichterungen für den Strombezug angekündigt, die eine fühlbare Besserung für alle Verbraucher bedeuten.

Die Welt vom 29. März 1949

Kürzlich wurde unter dem Protektorat Kardinal FRINGS der "Bund katholischer Unternehmer" mit Sitz in Köln gegründet. Als Grundlage des Bundes sollen die päpstlichen Sozialenzykliken gelten.

Süddt. Ztg. vom 29. März 1949

REGISTRY COPY

No. 103

Auszüge aus Presseberichten

Privatwirtschaft der Ostzone. Die einseitige Kontingentierung von Rohstoffen und Materialien zugunsten der volkseigenen Betriebe und Konsumgenossenschaften ist bereits zu einer scharfen Waffe des Klassenkampfes gegen die Reste der privaten Wirtschaft und des Handels geworden. Neuerdings wurde eine weitere Beschränkung der Privatinitiative in Aussicht gestellt. Künftig werden nur noch die volkseigenen Betriebe sogen. Produktionsaufträge im Zuge des Zweijahresplanes erhalten, so daß "im privatkapitalistischen Teil der Wirtschaft der Unternehmerinitiative Spielraum gewährt" ist. Die Privatbetriebe unterstehen also nicht mehr direkt den Planungsbehörden, sondern schließen Verträge mit volkseigenen oder SAG-Betrieben usw. ab. Die Unternehmer sollen sich also selbst um die Herbeiholung von Aufträgen bemühen. Allerdings hat die Privatwirtschaft bereits Erfahrungen sammeln können. Betriebe, die Reparationsaufträge zu erfüllen hatten, sind nicht in der Lage gewesen, sich die erforderlichen Materialien zu beschaffen, weil diese Anforderungen "nicht eingeplant" waren, und haben schließlich darlegen müssen, daß sie zur Ausführung der Aufträge nicht in der Lage waren.

Die Rohstoffdecke wird von Monat zu Monat knapper, nicht zuletzt unter dem Druck der Berliner Blockade, volkseigene Betriebe leiden unter Zahlungs- und Materialschwierigkeiten, und der zonale Suchdienst fahndet in den Privatbetrieben nach Rohstoffen, Altmaterial und Pulverklappen, während FDGB und FDJ das Sammeln von Schrauben und Abfällen aller Art organisiert hat. Es ist also notwendig, nicht von Wünschen, sondern von den Realitäten auszugehen und mit dem vorhandenen Material das Bestmögliche zu produzieren; und da das vorhandene Material zur Versorgung der volkseigenen Betriebe ausreicht, sollten eben die privaten Unternehmer "Privatinitiative entfalten" und selbst Produktionsaufträge zu erhalten suchen.

WFZ vom 25. März 1949

Die SMA hat die Erhöhung der Stahlproduktion in der Ostzone zur Abwehr der alliierten Gegenblockade befohlen.

Allgem. Ztg. vom 30. März 1949

Oder-Neiße-Linie. Am Flußufer haben die Polen auf breitem Raum alle Bäume niedergeschlagen und nach je 500 Metern einen Soldaten mit dem braunen Vierecksmütze aufgestellt. Im ganzen ehemals deutschen Gebiet befinden sich breite Holztafeln mit der Aufschrift: Dies ist polnische Erde. -- Wie berichtet wird, ist der erste, ungefähr 25 km breite Grenzstreifen noch völlig unbesiedelt. Sprengelartig tauchen dann zwischen den distelüberwucherten Feldern die bebauten Flächen um die Dörfer auf. Die Polen haben mit der Besiedlung der ehemals deutschen Gebiete im Innern des gewonnenen Zuwachses im letzten Jahr bedeutende Erfolge erzielt. Viele gut bewirtschaftete Höfe sind entstanden. Deutsche sind in dem ganzen Gebiet nur noch ganz wenige zu finden. Mit dem Herzen zieht es die meisten Polen nach dem Westen, aber das nüchterne Denken sagt ihnen, daß sie sich an die Russen halten müssen, um die Grenze an der Oder und Neiße zu behaupten. Die Deutschen haben sie.

Angesichts der ungeheuren Zerstörungen, die Polen bei der Übernahme der Westgebiete vorgefunden hat, ergaben sich große Schwierigkeiten bei der Wiederbesiedlung und der Dringlichkeitsfolge des Wiederaufbaus. Die größten Industriestädte standen an der Spitze. Der Wiederaufbau des Verkehrswesens, das 1945 vollkommen lahmgelegt war, ist im wesentlichen abgeschlossen.

Süddt. Ztg. vom 29. März 1949

Sommerzeit auch in der Ostzone. Ab 10. April wird auch in der Ostzone die Sommerzeit eingeführt. Gleichzeitig werden Erleichterungen für den Strombezug angekündigt, die eine fühlbare Besserung für alle Verbraucher bedeuten.

Die Welt vom 29. März 1949

Kürzlich wurde unter dem Protektorat Kardinal PRINGS der "Bund katholischer Unternehmer" mit Sitz in Köln gegründet. Als Grundlage des Bundes sollen die päpstlichen Sozialenzykliken gelten.

Süddt. Ztg. vom 29. März 1949

No. 103

Auszüge aus Presseberichten

Privatwirtschaft der Ostzone. Die einseitige Kontingentierung von Rohstoffen und Materialien zugunsten der volkseigenen Betriebe und Konsumgenossenschaften ist bereits zu einer scharfen Waffe des Klassenkampfes gegen die Reste der privaten Wirtschaft und des Handels geworden. Neuerdings wurde eine weitere Beschränkung der Privatinitiative in Aussicht gestellt. Künftig werden nur noch die volkseigenen Betriebe sogen. Produktionsaufträge im Zuge des Zweijahresplanes erhalten, so daß "im privatkapitalistischen Teil der Wirtschaft der Unternehmerinitiative Spielraum gewährt" ist. Die Privatbetriebe unterstehen also nicht mehr direkt den Planungsbehörden, sondern schließen Verträge mit volkseigenen oder SAG-Betrieben usw. ab. Die Unternehmer sollen sich also selbst um die Herbeiholung von Aufträgen bemühen. Allerdings hat die Privatwirtschaft bereits Erfahrungen sammeln können. Betriebe, die Reparationsaufträge zu erfüllen hatten, sind nicht in der Lage gewesen, sich die erforderlichen Materialien zu beschaffen, weil diese Anforderungen "nicht eingeplant" waren, und haben schließlich darlegen müssen, daß sie zur Ausführung der Aufträge nicht in der Lage waren.

Die Rohstoffdecke wird von Monat zu Monat knapper, nicht zuletzt unter dem Druck der Berliner Blockade, volkseigene Betriebe leiden unter Zahlungs- und Materialschwierigkeiten, und der zonale Suchdienst fahndet in den Privatbetrieben nach Rohstoffen, Altmaterial und Pappschrappe, während FDGB und FDJ das Sammeln von Schrauben und Abfällen aller Art organisiert hat. Es ist also notwendig, nicht von Wünschen, sondern von den Realitäten auszugehen und mit dem vorhandenen Material das Bestmögliche zu produzieren; und da das vorhandene Material kaum zur Versorgung der volkseigenen Betriebe ausreicht, sollten eben die privaten Unternehmer "Privatinitiative entfalten" und selbst Produktionsaufträge zu erhalten suchen.

WFZ vom 25. März 1949

Die SMA hat die Erhöhung der Stahlproduktion in der Ostzone zur Abwehr der alliierten Gegenblockade befohlen.

Allgem. Ztg. vom 30. März 1949

Oder-Neiße-Linie. Am Flußufer haben die Polen auf breitem Raum alle Bäume niedergeschlagen und nach je 500 Metern einen Soldaten mit der braunen Viereckmütze aufgestellt. Im ganzen ehemals deutschen Gebiet befinden sich breite Holztafeln mit der Aufschrift: Dies ist polnische Erde. - Wie berichtet wird, ist der erste, ungefähr 25 km breite Grenzstreifen noch völlig unbesiedelt. Sprengelartig tauchen dann zwischen den distelüberwucherten Feldern die bebauten Flächen um die Dörfer auf. Die Polen haben mit der Besiedlung der ehemals deutschen Gebiete im Innern des gewonnenen Zuwachses im letzten Jahr bedeutende Erfolge erzielt. Viele gut bewirtschaftete Höfe sind entstanden. Deutsche sind in dem ganzen Gebiet nur noch ganz wenige zu finden. Mit dem Herzen zieht es die meisten Polen nach dem Westen, aber das nüchterne Denken sagt ihnen, daß sie sich an die Russen halten müssen, um die Grenze an der Oder und Neiße zu behaupten. Die Deutschen haben sie.

Angesichts der ungeheuren Zerstörungen, die Polen bei der Übernahme der Westgebiete vorgefunden hat, ergaben sich große Schwierigkeiten bei der Wiederbesiedlung und der Dringlichkeitsfolge des Wiederaufbaus. Die größten Industriestädte standen an der Spitze. Der Wiederaufbau des Verkehrswesens, das 1945 vollkommen lahmgelegt war, ist im wesentlichen abgeschlossen.

Süddt. Ztg. vom 29. März 1949

Sommerzeit auch in der Ostzone. Ab 10. April wird auch in der Ostzone die Sommerzeit eingeführt. Gleichzeitig werden Erleichterungen für den Strombezug angekündigt, die eine fühlbare Besserung für alle Verbraucher bedeuten.

Die Welt vom 29. März 1949

Kürzlich wurde unter dem Protektorat Kardinal FRINGS der "Bund katholischer Unternehmer" mit Sitz in Köln gegründet. Als Grundlage des Bundes sollen die päpstlichen Sozialenzykliken gelten.

Süddt. Ztg. vom 29. März 1949

No. 104

Auszüge aus Pressenberichten

50X1-HUM

Not der Ostzonen-Gummiindustrie. Die Ostzone sieht sich bei Ausdehnung der westlichen Gegenblockade von Tag zu Tag wachsenden Schwierigkeiten gegenüber. Der Rohstoff Gummi ist für viele Industriezweige unentbehrlich und wird außer im Maschinenbau und anderen lebensnotwendigen Betrieben zur Herstellung von Schläuchen und Reifen dringend benötigt. Der Gummimangel wirkt sich in erster Linie im Transport- und Verkehrswesen aus.

Im Jahre 1948 lagen 12,5 % des vorhandenen Kraftfahrtonnageraumes brach, da über 200 000 Reifen fehlten. Die in den Autofabriken neu produzierten Kraftfahrzeuge, die vor der Blockade teilweise aus Westdeutschland mit Bereifung versorgt wurden, müssen größtenteils ohne Reifen abgeliefert werden. Auch für die unzureichend vorhandenen Traktoren und die vorgesehenen Neubauten in dieser Sparte können keine Gummidecken beschafft werden.

Das einzige Gummi erzeugende Werk der Ostzone, der heutige SAG-Betrieb Buna-Werke, die größte Kunstgummi fertigende Fabrik Deutschlands, ist an sich in der Lage, den Bedarf der Ostzone an Buna zu decken. Die Schkopauer Werkstätten erhalten auch ausreichend Steinkohlen und Koks aus Polen und der Tschechoslowakei, müssen aber einen Großteil ihrer Fabrikation für Reparationsleistungen und als Gegenlieferung für Koks und Kohlen an die Ostblockstaaten abgeben. An Gummi verarbeitenden Werken sind in der Ostzone SAG-Betriebe in Waltershausen, Gotha und Blankenburg/Thür. tätig. Weitere bedeutende Gummifabriken der Ostzone, die volkseigen wurden, sind das Deka-Reifenwerk in Ketschendorf bei Fürstenwalde, das früher zum Konzern der Deutschen Kabelwerke gehörte und Mitte 1947 nach restloser Demontage neu erstand, die noch im Aufbau befindlichen Fabriken in Riesa und Heidenau, sowie in Pausa und Polenz in Sachsen. Die Gummiwerke Flügel & Polter, Weiß & Bäßler, Ziegler & Wiegand, sämtlich in Leipzig, arbeiten ebenfalls.

Die Reifen erzeugenden Fabriken der Ostzone sind das größte Sorgenkind der DMK. In den Buna-Werken werden zwar Reifen hergestellt, doch nur ein kleiner Teil wird für zivile Belange der Ostzone freigegeben. Für den Eigenverbrauch der Ostzonenwirtschaft arbeiten nur die Deka-Reifenwerke in Ketschendorf sowie nach Fabrikationsumstellung die Betriebe in Riesa und Heidenau, die aber erst Mitte 1949 nach Ausbau ihrer Werkanlagen voll einsetzbar sind. - Außer den SAG-Betrieben verfügen sämtliche Unternehmen nur über unzureichende maschinelle Ausrüstungen. Zwar wurde Rohkautschuk durch Überseetransporte von der SMA herangeführt, doch können mit Buna und Kautschuk allein noch keine Fertigwaren hergestellt werden. Die Ostzone verfügt zwar über Kreide, Kaolin und Kalk sowie durch Einfuhren auch über Koks, doch gibt es dagegen auch zahlreiche Rohstoffengpässe. So fehlen Stearinsäuren, Kollophonium sowie Vulkanisierbeschleuniger und Weichmacher. Ferner mangelt es an Benzol, Zinkstearat, Talkum, Paraffin, Gummifarben usw. Ein großes Mangelprodukt ist auch aktiver Ruß. Die Ostzone hat nur zwei Fabriken, die volkseigenen Stickstoffwerke Piesteritz und das volkseigene Oranienburger Rußwerk. Letzteres steckt aber noch im Wiederaufbau. - Alle Bemühungen, die fehlenden Hilfsstoffe durch Ersatzfabrikate zu ersetzen, haben bisher wenig Erfolg gezeitigt und haben vielfach zu Fabrikationschäden geführt.

Die Gegenblockade wirkt sich auch bei der Fahrradindustrie aus. Die Eigenproduktion der Ostzone kann den Bedarf nur zu wenigen Prozent decken. Ein ernstes Problem stellt auch die Beschaffung von Transportbändern für den Bergbau und die Bauwirtschaft dar, die aus dem Westen bezogen wurden und deren Eigenherstellung man erst nach der Blockade in Angriff nahm. Lediglich die Fertigung von chirurgischen und sanitären Gummiwaren sowie Gummisohlen und Gummiringen ist keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten unterworfen. Facharbeitermangel ist aber hier wie in allen Zweigen der Gummiwarenindustrie der Ostzone ein starker Hemmschuh.

Wirtschaftsrevue vom 1. April 1949

Nach einer Veröffentlichung der Eisenbahnverwaltung der Ostzone sind in der Ostzone bisher 51 Haupt- und Nebenstrecken demontiert worden, deren Wiederaufbau nicht vor 1952 in Angriff genommen werden kann.

Allgem. Ztg. vom 1. April 1949.

REGISTRY COPY

No. 104

Auszüge aus Presseberichten

Not der Ostzonen-Gummiindustrie. Die Ostzone sieht sich bei Ausdehnung der westlichen Gegenblockade von Tag zu Tag wachsenden Schwierigkeiten gegenüber. Der Rohstoff Gummi ist für viele Industriezweige unentbehrlich und wird außer im Maschinenbau und anderen lebensnotwendigen Betrieben zur Herstellung von Schläuchen und Reifen dringend benötigt. Der Gummimangel wirkt sich in erster Linie im Transport- und Verkehrswesen aus.

Im Jahre 1948 lagen 12,5 % des vorhandenen Kraftfahrtonnageraumes brach, da über 200 000 Reifen fehlten. Die in den Autofabriken neu produzierten Kraftfahrzeuge, die vor der Blockade teilweise aus Westdeutschland mit Bereifung versorgt wurden, müssen größtenteils ohne Reifen abgeliefert werden. Auch für die unzureichend vorhandenen Traktoren und die vorgesehenen Neubauten in dieser Sparte können keine Gummidecken beschafft werden.

Das einzige Gummi erzeugende Werk der Ostzone, der heutige SAG-Betrieb Buna-Werke, die größte Kunstgummi fertigende Fabrik Deutschlands, ist an sich in der Lage, den Bedarf der Ostzone an Buna zu decken. Die Schkopauer Werkstätten erhalten auch ausreichend Steinkohlen und Koks aus Polen und der Tschechoslowakei, müssen aber einen Großteil ihrer Fabrikation für Reparationsleistungen und als Gegenlieferung für Koks und Kohlen an die Ostblockstaaten abgeben. An Gummi verarbeitenden Werken sind in der Ostzone SAG-Betriebe in Waltershausen, Gotha und Blankenburg/Thür. tätig. Weitere bedeutende Gummifabriken der Ostzone, die volkseigen wurden, sind das Deka-Reifenwerk in Ketschendorf bei Fürstenwalde, das früher zum Konzern der Deutschen Kabelwerke gehörte und Mitte 1947 nach restloser Demontage neu erstand, die noch im Aufbau befindlichen Fabriken in Riesa und Meidenau, sowie in Pausa und Polenz in Sachsen. Die Gummiwerke Flügel & Polter, Weiß & Bäßler, Ziegler & Wiegand, sämtlich in Leipzig, arbeiten ebenfalls. Die Reifen erzeugenden Fabriken der Ostzone sind das größte Sorgenkind der DWK. In den Buna-Werken werden zwar Reifen hergestellt, doch nur ein kleiner Teil wird für zivile Belange der Ostzone freigegeben. Für den Eigenverbrauch der Ostzonenwirtschaft arbeiten nur die Deka-Reifenwerke in Ketschendorf sowie nach Fabrikationsumstellung die Betriebe in Riesa und Meidenau, die aber erst Mitte 1949 nach Ausbau ihrer Werkanlagen voll einsatzfähig sind. - Außer den SAG-Betrieben verfügen sämtliche Unternehmen nur über unzureichende maschinelle Ausrüstungen. Zwar wurde Rohkautschuk durch Überseetransporte von der SWA herangeführt, doch können mit Buna und Kautschuk allein noch keine Fertigwaren hergestellt werden. Die Ostzone verfügt zwar über Kreide, Kaolin und Kalk sowie durch Einfuhren auch über Koks, doch gibt es dagegen auch zahlreiche Rohstoffengpässe. So fehlen Stearinsäuren, Kollophonium sowie Vulkanisierbeschleuniger und Weichmacher. Ferner mangelt es an Benzol, Zinkstearat, Talkum, Parafin, Gummifarben usw. Ein großes Mangelprodukt ist auch aktiver Ruß. Die Ostzone hat nur zwei Fabriken, die volkseigenen Stickstoffwerke Piesteritz und das volkseigene Oranienburger Rußwerk. Letzteres steckt aber noch im Wiederaufbau. - Alle Bemühungen, die fehlenden Hilfsstoffe durch Ersatzfabrikate zu ersetzen, haben bisher wenig Erfolg gezeitigt und haben vielfach zu Fabrikationschäden geführt.

Die Gegenblockade wirkt sich auch bei der Fahrradindustrie aus. Die Eigenproduktion der Ostzone kann den Bedarf nur zu wenigen Prozent decken. Ein ernstes Problem stellt auch die Beschaffung von Transportbändern für den Bergbau und die Bauwirtschaft dar, die aus dem Westen bezogen wurden und deren Eigenherstellung man erst nach der Blockade in Angriff nahm. Lediglich die Fertigung von chirurgischen und sanitären Gummiwaren sowie Gummisohlen und Gummiringen ist keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten unterworfen. Facharbeitermangel ist aber hier wie in allen Zweigen der Gummiwarenindustrie der Ostzone ein starker Hemmschuh.

Wirtschaftsrevue vom 1. April 1949

Nach einer Veröffentlichung der Eisenbahnverwaltung der Ostzone sind in der Ostzone bisher 51 Haupt- und Nebenstrecken demontiert worden, deren Wiederaufbau nicht vor 1952 in Angriff genommen werden kann.

Allgem. Ztg. vom 1. April 1949

No. 104

Auszüge aus Presseberichten

Not der Ostzonen-Gummiindustrie. Die Ostzone sieht sich bei Ausdehnung der westlichen Gegenblockade von Tag zu Tag wachsenden Schwierigkeiten gegenüber. Der Rohstoff Gummi ist für viele Industriezweige unentbehrlich und wird außer im Maschinenbau und anderen lebensnotwendigen Betrieben zur Herstellung von Schläuchen und Reifen dringend benötigt. Der Gummimangel wirkt sich in erster Linie im Transport- und Verkehrswesen aus.

Im Jahre 1948 lagen 12,5 % des vorhandenen Kraftfahrtonnageraumes brach, da über 200 000 Reifen fehlten. Die in den Autofabriken neu produzierten Kraftfahrzeuge, die vor der Blockade teilweise aus Westdeutschland mit Bereifung versorgt wurden, müssen größtenteils ohne Reifen abgeliefert werden. Auch für die unzureichend vorhandenen Traktoren und die vorgesehenen Neubauten in dieser Sparte können keine Gummidecken beschafft werden.

Das einzige Gummi erzeugende Werk der Ostzone, der heutige SAG-Betrieb Buna-Werke, die größte Kunstgummi fertigende Fabrik Deutschlands, ist an sich in der Lage, den Bedarf der Ostzone an Buna zu decken. Die Schkopauer Werkstätten erhalten auch ausreichend Steinkohlen und Koks aus Polen und der Tschechoslowakei, müssen aber einen Großteil ihrer Fabrikation für Reparationsleistungen und als Gegenlieferung für Koks und Kohlen an die Ostblockstaaten abgeben. An Gummi verarbeitenden Werken sind in der Ostzone SAG-Betriebe in Waltershausen, Gotha und Blankenburg/Thür. tätig. Weitere bedeutende Gummifabriken der Ostzone, die volkseigen wurden, sind das Deka-Reifenwerk in Ketschendorf bei Fürstenwalde, das früher zum Konzern der Deutschen Kabelwerke gehörte und Mitte 1947 nach restloser Demontage neu erstand, die noch im Aufbau befindlichen Fabriken in Riesa und Heidenau, sowie in Pausa und Polenz in Sachsen. Die Gummiwerke Flügel & Polter, Weiß & Bäßler, Ziegler & Wiegand, sämtlich in Leipzig, arbeiten ebenfalls.

Die Reifen erzeugenden Fabriken der Ostzone sind das größte Sorgenkind der DWK. In den Buna-Werken werden zwar Reifen hergestellt, doch nur ein kleiner Teil wird für zivile Belange der Ostzone freigegeben. Für den Eigenverbrauch der Ostzonenwirtschaft arbeiten nur die Deka-Reifenwerke in Ketschendorf sowie nach Fabrikationsumstellung die Betriebe in Riesa und Heidenau, die aber erst Mitte 1949 nach Ausbau ihrer Werkanlagen voll einsatzfähig sind. - Außer den SAG-Betrieben verfügen sämtliche Unternehmen nur über unzureichende maschinelle Ausrüstungen. Zwar wurde Rohkautschuk durch Überseetransporte von der SMA herangeführt, doch können mit Buna und Kautschuk allein noch keine Fertigwaren hergestellt werden. Die Ostzone verfügt zwar über Kreide, Kaolin und Kalk sowie durch Einfuhren auch über Koks, doch gibt es dagegen auch zahlreiche Rohstoffengpässe. So fehlen Stearinsäuren, Kollophonium sowie Vulkanisierbeschleuniger und Weichmacher. Ferner mangelt es an Benzol, Zinkstearat, Talkum, Paraffin, Gummifarben usw. Ein großes Mangelprodukt ist auch aktiver Ruß. Die Ostzone hat nur zwei Fabriken, die volkseigenen Stickstoffwerke Piesteritz und das volkseigene Oranienburger Rußwerk. Letzteres steckt aber noch im Wiederaufbau. - Alle Bemühungen, die fehlenden Hilfsstoffe durch Ersatzfabrikate zu ersetzen, haben bisher wenig Erfolg gezeitigt und haben vielfach zu Fabrikations-schäden geführt.

Die Gegenblockade wirkt sich auch bei der Fahrradindustrie aus. Die Eigenproduktion der Ostzone kann den Bedarf nur zu wenigen Prozent decken. Ein ernstes Problem stellt auch die Beschaffung von Transportbändern für den Bergbau und die Bauwirtschaft dar, die aus dem Westen bezogen wurden und deren Eigenherstellung man erst nach der Blockade in Angriff nahm. Lediglich die Fertigung von chirurgischen und sanitären Gummiwaren sowie Gummisohlen und Gummiringen ist keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten unterworfen. Facharbeitermangel ist aber hier wie in allen Zweigen der Gummiwarenindustrie der Ostzone ein starker Hemmschuh.

Wirtschaftsrevue vom 1. April 1949

Nach einer Veröffentlichung der Eisenbahnverwaltung der Ostzone sind in der Ostzone bisher 51 Haupt- und Nebenstrecken demontiert worden, deren Wiederaufbau nicht vor 1952 in Angriff genommen werden kann. Allgem. Ztg. vom 1. April 1949

No. 104

Auszüge aus Presseberichten

Not der Ostzonen-Gummiindustrie. Die Ostzone sieht sich bei Ausdehnung der westlichen Gegenblockade von Tag zu Tag wachsenden Schwierigkeiten gegenüber. Der Rohstoff Gummi ist für viele Industriezweige unentbehrlich und wird außer im Maschinenbau und anderen lebensnotwendigen Betrieben zur Herstellung von Schläuchen und Reifen dringend benötigt. Der Gummimangel wirkt sich in erster Linie im Transport- und Verkehrswesen aus.

Im Jahre 1948 lagen 12,5 % des vorhandenen Kraftfahrtonnage-raumes brach, da über 200 000 Reifen fehlten. Die in den Autofabriken neu produzierten Kraftfahrzeuge, die vor der Blockade teilweise aus Westdeutschland mit Bereifung versorgt wurden, müssen größtenteils ohne Reifen abgeliefert werden. Auch für die unzureichend vorhandenen Traktoren und die vorgesehenen Neubauten in dieser Sparte können keine Gummidecken beschafft werden.

Das einzige Gummi erzeugende Werk der Ostzone, der heutige SAG-Betrieb Buna-Werke, die größte Kunstgummi fertige Fabrik Deutschlands, ist an sich in der Lage, den Bedarf der Ostzone an Buna zu decken. Die Schkopauer Werkstätten erhalten auch ausreichend Steinkohlen und Koks aus Polen und der Tschechoslowakei, müssen aber einen Großteil ihrer Fabrikation für Reparationsleistungen und als Gegenlieferung für Koks und Kohlen an die Ostblockstaaten abgeben. An Gummi verarbeitenden Werken sind in der Ostzone SAG-Betriebe in Waltershausen, Gotha und Blankenburg/Thür. tätig. Weitere bedeutende Gummifabriken der Ostzone, die volkseigen wurden, sind das Deka-Reifenwerk in Ketschendorf bei Fürstenwalde, das früher zum Konzern der Deutschen Kabelaerwerke gehörte und Mitte 1947 nach restloser Demontage neu erstand, die noch im Aufbau befindlichen Fabriken in Riesa und Meidenau, sowie in Pausa und Polenz in Sachsen. Die Gummiwerke Flügel & Polter, Weiß & Bäbler, Ziegler & Wiegand, sämtlich in Leipzig, arbeiten ebenfalls.

Die Reifen erzeugenden Fabriken der Ostzone sind das größte Sorgenkind der DWK. In den Buna-Werken werden zwar Reifen hergestellt, doch nur ein kleiner Teil wird für zivile Belange der Ostzone freigegeben. Für den Eigenverbrauch der Ostzonenwirtschaft arbeiten nur die Deka-Reifenwerke in Ketschendorf sowie nach Fabrikationsumstellung die Betriebe in Riesa und Meidenau, die aber erst Mitte 1949 nach Ausbau ihrer Werkanlagen voll einsetzbar sind. - Außer den SAG-Betrieben verfügen sämtliche Unternehmen nur über unzureichende maschinelle Ausrüstungen. Zwar wurde Rohkautschuk durch Überseetransporte von der SMA herangeführt, doch können mit Buna und Kautschuk allein noch keine Fertigwaren hergestellt werden. Die Ostzone verfügt zwar über Kreide, Kaolin und Kalk sowie durch Einfuhren auch über Koks, doch gibt es dagegen auch zahlreiche Rohstoffengpässe. So fehlen Stearinsäuren, Kollophonium sowie Vulkanisierbeschleuniger und Weichmacher. Ferner mangelt es an Benzol, Zinkstearat, Talkum, Paraffin, Gummifarben usw. Ein großes Mangelprodukt ist auch aktiver Ruß. Die Ostzone hat nur zwei Fabriken, die volkseigenen Stickstoffwerke Piesteritz und das volkseigene Granlenourger Rußwerk. Letzteres steckt aber noch im Wiederaufbau. - Alle Bemühungen, die fehlenden Hilfsstoffe durch Ersatzfabrikate zu ersetzen, haben bisher wenig Erfolg gezeitigt und haben vielfach zu Fabrikations-schäden geführt.

Die Gegenblockade wirkt sich auch bei der Fahrradindustrie aus. Die Eigenproduktion der Ostzone kann den Bedarf nur zu wenigen Prozent decken. Ein ernstes Problem stellt auch die Beschaffung von Transportbändern für den Bergbau und die Bauwirtschaft dar, die aus dem Westen bezogen wurden und deren Eigenherstellung man erst nach der Blockade in Angriff nahm. Lediglich die Fertigung von chirurgischen und sanitären Gummivarzen sowie Gummischalen und Gummiringen ist keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten unterworfen. Facharbeitermangel ist aber hier wie in allen Zweigen der Gummiwarenindustrie der Ostzone ein starker Hemmschuh.

Wirtschaftsrevue vom 1. April 1949

Nach einer Veröffentlichung der Eisenbahnverwaltung der Ostzone sind in der Ostzone bisher 51 Haupt- und Nebenstrecken demontiert worden, deren Wiederaufbau nicht vor 1952 in Angriff genommen werden kann.
Allgem. Ztg. vom 1. April 1949

FREE

No. 105

Auszüge aus Presseberichten

50X1-HUM

Volkswirtschaftsplan. Bruno LEUSCHNER, stellvertretender Vorsitzender der DWA, erklärte, der Plan sei in Anlehnung an den Zweijahresplan ausgearbeitet worden. Der Plan sehe eine Steigerung der industriellen Bruttoproduktion um sechzehn Prozent im Vergleich zum Vorjahre vor. Zur Finanzpolitik der Ostzone sagte Leuschner, der Haushalt habe mit einem Überschuss abgeschlossen. - Der stellvertretende Vorsitzende der SED, UBRICH, bezeichnete als besonders bedeutsam die Ankündigungen, daß die sowjetische Besatzungsmacht 1949 keine Reparationslieferungen von Konsumgütern beanspruchen wolle. Während im vergangenen Jahr für Reparationen und Besatzungskosten 14,6 % einschließlich der Produktion der SAC's hätten aufgebracht werden müssen, betrage in diesem Jahr der Prozentsatz nur 12,4 %.

Allgem. Ztg. vom 1. April 1949

Frühjahrsmanöver. Die sowjetischen Frühjahrsmanöver in der Ostzone sollen dazu benützt werden, bedeutende Kaffetransporte und eine Verstärkung der militärischen Position in der Ostzone zu tarnen. Geschlossene Güter- und Kesselwagen durchfahren als "Manövertransporte" die Zone. Verschiedene alte Munitionsanstalten aus Hitlers Zeit sind wieder instandgesetzt worden und werden zur Munitionslagerung benützt. In Jüterbog und Fürsteneiche sollen deutsche Arbeitskräfte mit dem Putzen von Granaten beschäftigt sein. In der Rüstungsfabrik Waldesruh, einer ehemaligen Zweigstelle des Kupfer-Aessingwerkes Pinow, soll die Munitionsherstellung mit 1 200 deutschen Arbeitern wieder aufgenommen worden sein. 40 Km vor Berlin, bei Templin, wird seit Wochen an einer militärischen Anlage gebaut, die ursprünglich als Feldflugplatz deklariert war. In Wahrheit soll es sich um einen Teilausschnitt einer militärischen Verteidigungslinie handeln, die nach Behauptung deser-tierter sowj. Offiziere im Raum zwischen Stralsund und Boerswalde errichtet wird.

Süddt. Ztg. vom 31. März 1949

Gegen kommunistische Propaganda. In den Westsektoren werden Maßnahmen vorbereitet, um die kommunistische Propaganda unmöglich zu machen. Die Berliner Reklamegesellschaft ist angewiesen worden, Aufträge der vom Stadtsowjet anerkannten Bühnen, des sowjetischen Exportfilms, des Kulturbandes und ähnlicher Einrichtungen abzulehnen. Auch von Ostberliner Instituten, die der DWA, der SMA usw. untergeordnet sind, dürfen Reklameaufträge für die Westsektoren nicht mehr angenommen werden.

Allgem. Ztg. vom 31. März 1949

Polizeidienstpflicht? Nach einem Gesetzentwurf der "Verwaltung des Innern" in der Ostzone soll für jüngere Jahrgänge die Polizeidienstpflicht eingeführt werden. Grund für diese Gesetzesvorlage sei der Mangel an Bewerbern für die von der SMA geforderten Polizeibataillone.

Die Welt vom 31. März 1949

KdT. Eine Berliner Organisation der Kammer der Technik (KdT) soll in Kürze gebildet werden. Vorbereitende Maßnahmen dazu wurden bereits von den Bezirksverwaltungen durch den Aufbau von Bezirksgruppen der KdT geleistet. Der Berliner Organisation sollen im Rahmen des Aufbaus der Friedenswirtschaft bedeutende Aufgaben zufallen.

Neues Deutschland vom 23. März 1949

Aufbauanleihe überzeichnet. Die erste 4 %ige Aufbauanleihe Sachsen-Anhalts in Höhe von 50 Mill. DM, die zur Zeichnung freigegeben wurde, ist bis zum 14. März schon um 8 Mill. DM überzeichnet worden. Aus diesem Grunde wurde ab sofort eine weitere Auflage in Höhe von 25 Mill. DM zur Zeichnung freigegeben.

Tel. Rundschau vom 18. März 1949

SMA verlagert. Die Verwaltungsstellen der SMA in Deutschland, die bisher zentralisiert in Karlshorst untergebracht waren, sollen auf verschiedene Orte östlich Berlins verteilt werden. In Wald-Sieversdorf bei Buckow-Mark sind kürzlich Villen beschlagnahmt worden. In ihnen werden die Archive der SMA, die bereits auf mehreren Güterwagen eingetroffen sind, untergebracht.

Telegraf vom 22. März 1949

REGISTRY COPY

No. 105

Auszüge aus Presseberichten

Volkswirtschaftsplan. Bruno LEUSCHNER, stellvertretender Vorsitzender der DWK, erklärte, der Plan sei in Anlehnung an den Zweijahresplan ausgearbeitet worden. Der Plan sehe eine Steigerung der industriellen Bruttoproduktion um sechzehn Prozent im Vergleich zum Vorjahre vor. Zur Finanzpolitik der Ostzone sagte Leuschner, der Haushalt habe mit einem Überschuss abgeschlossen. - Der stellvertretende Vorsitzende der SED, ULBRICH, bezeichnete als besonders bedeutsam die Ankündigungen, daß die sowjetische Besatzungsmacht 1949 keine Reparationslieferungen von Konsumgütern beanspruchen wolle. Während im vergangenen Jahr für Reparationen und Besatzungskosten 14,6 % einschließlich der Produktion der SAC's hätten aufgebracht werden müssen, betrage in diesem Jahr der Prozentsatz nur 12,4 %.

Allgem. Ztg. vom 1. April 1949

Frühjahrsmanöver. Die sowjetischen Frühjahrsmanöver in der Ostzone sollen dazu benützt werden, bedeutende Kaffeetransporte und eine Verstärkung der militärischen Position in der Ostzone zu tarnen. Geschlossene Güter- und Kesselwagen durchfahren als "Manövertransporte" die Zone. Verschiedene alte Munitionsanstalten aus Hitlers Zeit sind wieder instandgesetzt worden und werden zur Munitionslagerung benützt. In Jüterbog und Mirstenwalde sollen deutsche Arbeitskräfte mit dem Putzen von Granaten beschäftigt sein. In der Rüstungsfabrik Waldesruh, einer ehemaligen Zweigstelle des Kupfer-Messingwerkes Finow, soll die Munitionsherstellung mit 1 200 deutschen Arbeitern wieder aufgenommen worden sein. 40 Km vor Berlin, bei Templin, wird seit Wochen an einer militärischen Anlage gebaut, die ursprünglich als Feldflugplatz deklariert war. In Wahrheit soll es sich um einen Teilausschnitt einer militärischen Verteidigungslinie handeln, die nach Behauptung deser-tierter sowj. Offiziere im Raum zwischen Stralsund und Eberswalde errichtet wird.

Städt. Ztg. vom 31. März 1949

Gegen kommunistische Propaganda. In den Westsektoren werden Maßnahmen vorbereitet, um die kommunistische Propaganda unmöglich zu machen. Die Berliner Reklamegesellschaft ist angewiesen worden, Aufträge der vom Stadtsowjet anerkannten Bühnen, des sowjetischen Exportfilms, des Kulturbundes und ähnlicher Einrichtungen abzulehnen. Auch von Ostberliner Instituten, die der DWK, der SMA usw. untergeordnet sind, dürfen Reklameaufträge für die Westsektoren nicht mehr angenommen werden.

Allgem. Ztg. vom 31. März 1949

Polizeidienstpflicht? Nach einem Gesetzentwurf der "Verwaltung des Innern" in der Ostzone soll für jüngere Jahrgänge die Polizeidienstpflicht eingeführt werden. Grund für diese Gesetzesvorlage sei der Mangel an Bewerbern für die von der SMA geforderten Polizeibataillone.

Die Welt vom 31. März 1949

KdF. Eine Berliner Organisation der Kammer der Technik (KdF) soll in Kürze gebildet werden. Vorbereitende Maßnahmen dazu wurden bereits von den Bezirksverwaltungen durch den Aufbau von Bezirksgruppen der KdF geleistet. Der Berliner Organisation sollen im Rahmen des Aufbaus der Friedenswirtschaft bedeutende Aufgaben zufallen.

Neues Deutschland vom 23. März 1949

Aufbauanleihe überzeichnet. Die erste 4 %ige Aufbauanleihe Sachsen-Anhalts in Höhe von 50 Mill. DM, die zur Zeichnung freigegeben wurde, ist bis zum 14. März schon um 8 Mill. DM überzeichnet worden. Aus diesem Grunde wurde ab sofort eine weitere Auflage in Höhe von 25 Mill. DM zur Zeichnung freigegeben.

Tgl. Rundschau vom 18. März 1949

SMA verlagert. Die Verwaltungsstellen der SMA in Deutschland, die bisher zentralisiert in Karlshorst untergebracht waren, sollen auf verschiedene Orte östlich Berlins verteilt werden. In Wald-Sieversdorf bei Buckow-Mark sind kürzlich Villen beschlagnahmt worden. In ihnen werden die Archive der SMA, die bereits auf mehreren Güterwagen eingetroffen sind, untergebracht.

Telegraf vom 22. März 1949

No. 105

Auszüge aus Presseberichten

Volkswirtschaftsplan. Bruno LEUSCHNER, stellvertretender Vorsitzender der DMK, erklärte, der Plan sei in Anlehnung an den Zweijahresplan ausgearbeitet worden. Der Plan sehe eine Steigerung der industriellen Bruttoproduktion um sechzehn Prozent im Vergleich zum Vorjahre vor. Zur Finanzpolitik der Ostzone sagte Leuschner, der Haushalt habe mit einem Überschuss abgeschlossen. - Der stellvertretende Vorsitzende der SED, ULBRICH, bezeichnete als besonders bedeutsam die Ankündigungen, daß die sowjetische Besatzungsmacht 1949 keine Reparationslieferungen von Konsumgütern beanspruchen wolle. Während im vergangenen Jahr für Reparationen und Besatzungskosten 14,5 % einschließlich der Produktion der SAC's hätten aufgebracht werden müssen, betrage in diesem Jahr der Prozentsatz nur 12,4 %.

Allgem. Ztg. vom 1. April 1949

Frühjahrsmanöver. Die sowjetischen Frühjahrsmanöver in der Ostzone sollen dazu benützt werden, bedeutende Waffentransporte und eine Verstärkung der militärischen Position in der Ostzone zu tarnen. Geschlossene Güter- und Kesselwagen durchfahren als "Manövertransporte" die Zone. Verschiedene alte Munitionsanstalten aus Hitlers Zeit sind wieder instandgesetzt worden und werden zur Munitionslagerung benützt. In Jüterbog und Müritzen sollen deutsche Arbeitskräfte mit dem Putzen von Granaten beschäftigt sein. In der Rüstungsfabrik Waldesruh, einer ehemaligen Zweigstelle des Kupfer-Messingwerkes Pinow, soll die Munitionsherstellung mit 1 200 deutschen Arbeitern wieder aufgenommen worden sein. 40 km vor Berlin, bei Templin, wird seit Wochen an einer militärischen Anlage gebaut, die ursprünglich als Feldflugplatz deklariert war. In Wahrheit soll es sich um einen Teilausschnitt einer militärischen Verteidigungslinie handeln, die nach Behauptung desarteter sowj. Offiziere im Raum zwischen Stralsund und Boerswalde errichtet wird.

Städt. Ztg. vom 31. März 1949

Gegen kommunistische Propaganda. In den Westsektoren werden Maßnahmen vorbereitet, um die kommunistische Propaganda unmöglich zu machen. Die Berliner Reklamegesellschaft ist angewiesen worden, Aufträge der vom Stadtsowjet anerkannten Bühnen, des sowjetischen Exportfilms, des Kulturbundes und ähnlicher Einrichtungen abzulehnen. Auch von Ostdeutschen Instituten, die der DMK, der SMA usw. untergeordnet sind, dürfen Reklameaufträge für die Westsektoren nicht mehr angenommen werden.

Allgem. Ztg. vom 31. März 1949

Polizeidienstpflicht? Nach einem Gesetzentwurf der "Verwaltung des Innern" in der Ostzone soll für jüngere Jahrgänge die Polizeidienstpflicht eingeführt werden. Grund für diese Gesetzesvorlage sei der Mangel an Bewerbern für die von der SMA geforderten Polizeibataillone.

Die Welt vom 31. März 1949

KdT. Eine Berliner Organisation der Kammer der Technik (KdT) soll in Kürze gebildet werden. Vorbereitende Maßnahmen dazu wurden bereits von den Bezirksverwaltungen durch den Aufbau von Bezirksgruppen der KdT geleistet. Der Berliner Organisation sollen im Rahmen des Aufbaus der Friedenswirtschaft bedeutende Aufgaben zufallen.

Neues Deutschland vom 23. März 1949

Aufbauanleihe überzeichnet. Die erste 4 fache Aufbauanleihe Sachsen-Anhalts in Höhe von 50 Mill. DM, die zur Zeichnung freigegeben wurde, ist bis zum 14. März schon um 8 Mill. DM überzeichnet worden. Aus diesem Grunde wurde ab sofort eine weitere Auflage in Höhe von 25 Mill. DM zur Zeichnung freigegeben.

Tgl. Rundschau vom 18. März 1949

SMA verlagert. Die Verwaltungsstellen der SMA in Deutschland, die bisher zentralisiert in Karlshorst untergebracht waren, sollen auf verschiedene Orte östlich Berlins verteilt werden. In Wald-Sieversdorf bei Buckow-Mark sind kürzlich Villen beschlagnahmt worden. In ihnen werden die Archive der SMA, die bereits auf mehreren Güterwagen eingetroffen sind, untergebracht.

Telegraf vom 22. März 1949

No. 105

Auszüge aus Presseberichten

Volkswirtschaftsplan. Bruno LEUSCHNER, stellvertretender Vorsitzender der DDK, erklärte, der Plan sei in Anlehnung an den Zweijahresplan ausgearbeitet worden. Der Plan sehe eine Steigerung der industriellen Bruttoproduktion um sechzehn Prozent im Vergleich zum Vorjahre vor. Zur Finanzpolitik der Ostzone sagte Leuschner, der Haushalt habe mit einem Überschuss abgeschlossen. - Der stellvertretende Vorsitzende der SED, ULBRICH, bezeichnete als besonders bedeutsam die Ankündigungen, daß die sowjetische Besatzungsmacht 1949 keine Reparationslieferungen von Konsumgütern beanspruchen wolle. Während im vergangenen Jahr für Reparationen und Besatzungskosten 14,6 % einschließlich der Produktion der SAG's hätten aufgebracht werden müssen, betrage in diesem Jahr der Prozentsatz nur 12,4 %.

Allgem. Ztg. vom 1. April 1949

Frühjahrsmanöver. Die sowjetischen Frühjahrsmanöver in der Ostzone sollen dazu benützt werden, bedeutende Waffentransporte und eine Verstärkung der militärischen Position in der Ostzone zu tarnen. Geschlossene Güter- und Kesselwagen durchfahren als "Manövertransporte" die Zone. Verschiedene alte Munitionsanstalten aus Hitlers Zeit sind wieder instandgesetzt worden und werden zur Munitionslagerung benützt. In Jüterbog und Müritzenwäldchen sollen deutsche Arbeitskräfte mit dem Putzen von Granaten beschäftigt sein. In der Rüstungsfabrik Waldesruh, einer ehemaligen Zweigstelle des Kupfer-Messingwerkes Pinow, soll die Munitionsherstellung mit 1 200 deutschen Arbeitern wieder aufgenommen worden sein. 40 km vor Berlin, bei Templin, wird seit Wochen an einer militärischen Anlage gebaut, die ursprünglich als Feldflugplatz deklariert war. In Wahrheit soll es sich um einen Teilabschnitt einer militärischen Verteidigungslinie handeln, die nach Behauptung deserierter sowj. Offiziere im Raum zwischen Stralsund und Boerswalde errichtet wird.

Süddt. Ztg. vom 31. März 1949

Gegen kommunistische Propaganda. In den Westsektoren werden Maßnahmen vorbereitet, um die kommunistische Propaganda unmöglich zu machen. Die Berliner Reklamegesellschaft ist angewiesen worden, Aufträge der vom Stadtsowjet anerkannten Bühnen, des sowjetischen Exportfilms, des Kulturbundes und ähnlicher Einrichtungen abzulehnen. Auch von Ostberliner Instituten, die der DDK, der SMA usw. untergeordnet sind, dürfen Reklameaufträge für die Westsektoren nicht mehr angenommen werden.

Allgem. Ztg. vom 31. März 1949

Polizeidienstpflicht? Nach einem Gesetzentwurf der "Verwaltung des Innern" in der Ostzone soll für jüngere Jahrgänge die Polizeidienstpflicht eingeführt werden. Grund für diese Gesetzesvorlage sei der Mangel an Bewerbern für die von der SMA geforderten Polizeibataillone.

Die Welt vom 31. März 1949

KdF. Eine Berliner Organisation der Kammer der Technik (KdF) soll in Kürze gebildet werden. Vorbereitende Maßnahmen dazu wurden bereits von den Bezirksverwaltungen durch den Aufbau von Bezirksgruppen der KdF geleistet. Der Berliner Organisation sollen im Rahmen des Aufbaus der Friedenswirtschaft bedeutende Aufgaben zufallen.

Neues Deutschland vom 23. März 1949

Aufbauanleihe überzeichnet. Die erste 4 %ige Aufbauanleihe Sachsen-Anhalts in Höhe von 50 Mill. DM, die zur Zeichnung freigegeben wurde, ist bis zum 14. März schon um 8 Mill. DM überzeichnet worden. Aus diesem Grunde wurde ab sofort eine weitere Auflage in Höhe von 25 Mill. DM zur Zeichnung freigegeben.

Zfl. Rundschau vom 18. März 1949

SMA verlagert. Die Verwaltungsstellen der SMA in Deutschland, die bisher zentralisiert in Karlshorst untergebracht waren, sollen auf verschiedene Orte östlich Berlins verteilt werden. In Wald-Sieversdorf bei Buckow-Mark sind kürzlich Villen beschlagnahmt worden. In ihnen werden die Archive der SMA, die bereits auf mehreren Güterwagen eingetroffen sind, untergebracht.

Telegraf vom 22. März 1949

No. 106

Auszüge aus Presseberichten

Volkskongreß. Für die Wahlen zum dritten "Volkskongreß" wurde in der Ostzone eine Einheitsliste der Parteien aufgestellt, in der auch die kommunistischen Massenorganisationen vertreten sind. Die Wahlen sollen am 15. und 16. Mai stattfinden. Das Wahlverfahren für die Bestimmung der 500 für die westlichen Besatzungszonen vorgesehenen Abgeordneten wird "den Parteien und Organisationen in den Westzonen überlassen". Der Volkskongreß soll bei seinem Zusammentritt eine vom Deutschen Volksrat ausgearbeitete Verfassung annehmen, die dieser als "gesamtdeutsch" bezeichnet.

Kontrollen. Auf verschiedenen Bahnhöfen in der Umgebung Berlins wurden von der Ostzonen-Polizei überraschend umfangreiche Gepäck- und Ausweiskontrollen durchgeführt. Reisende des Ostsektors und der Ostzone konnten ihre Fahrt fortsetzen, während Westberliner auf Lastwagen in die Polizeireviere gebracht wurden. Dort wurden ihre Ausweise mit Listen verglichen, auf denen die Namen "sowjetfeindlicher Personen" vermerkt sein sollen. Zahlreiche Personen wurden in Haft behalten. Im übrigen wurden ihnen mitgeführte Lebensmittel und das Westgeld abgenommen.
Süddt. Ztg. vom 2. April 1949

Kultur. Das Plenum der DWK nahm eine Verordnung an, die die Lage der Intelligenz verbessern und ihre Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben fördern soll. Sie sieht eine Erhöhung der Lebensmittelrationen und die Gewährung von Krediten vor. Die Kredite sollen zur Beschaffung von Eigenheimen dienen. Außerdem ist eine Herabsetzung der Steuern, der Ausbau von Universitäten und die Vorbereitung von Arbeitern und Bauern zum Hochschulstudium geplant, denen großzügige Stipendien gewährt werden sollen. - Hervorragende Lehrer und Spezialärzte des öffentlichen Gesundheitswesens werden der Aufmerksamkeit, Fürsorge und Achtung des gesamten Volkes empfohlen. Zur Auszeichnung für ihre Verdienste werden Ehrenbezeichnungen eingeführt. Außerdem sollen sie über die normalen Vergünstigungen als Intellektuelle noch weitere Bevorzugungen genießen. Für Träger der Nationalpreise auf wissenschaftlichem und technischem Gebiet werden goldene, sichtbar zu tragende Ehrenzeichen, für Träger der nationalen Preise auf dem Gebiete der Literatur und Kunst goldene Ehrenringe gestiftet. Die Preise hierfür heißen "Goethe-Preis".

Allgem. Ztg. vom 2./3. April 1949

West-KP. Dieser Tage traf aus der Spezialschule Orgre bei Riga der erste geschlossene Transport kommunistischer Aktivisten in den Westzonen ein. Diese können keineswegs mit den bisher nach Westdeutschland gekommenen "antifa-Leuten" verglichen werden. Während diese schon beim Übertritt in die Westzonen ihre Zugehörigkeit zum Lager aktiv verweigerten, gaben die jetzt angekommenen Spezialisten offen zu, überzeugte Kommunisten zu sein. Es ist ihre Aufgabe, in Westdeutschland mit der KP Fühlung aufzunehmen, Einflußnahme auf deren Entscheidungen zu gewinnen, sie zu informieren, die Mitgliederschulung im Leninismus und Stalinismus zu übernehmen und Propaganda für die SU zu treiben. Sie erwarten, mit der bisherigen KP mit Sicherheit ernste Auseinandersetzungen zu bekommen, da die West-KP schlapp sei und erst wieder auf die klare östliche Linie zurückgebracht werden müsse.

Die erfolgreichsten Lehrgangsteilnehmer sind bereits in Rußland Parteimitglieder geworden. Sie mußten in einer großen Parteimitgliederversammlung ihren Lebenslauf vortragen, dann erst erfolgte durch Abstimmung die Entscheidung über die Aufnahme des Antragstellers. Aus Gesprächen mit Aktivisten ist zu ersehen, daß sie auch in Westdeutschland unter sowjetischer Kontrolle stehen. Den halbjährigen Speziallehrgang konnten sie erst besuchen, wenn sie zuvor Antifa-Schulen absolviert hatten. Der russische Kommunismus ist die politische Linie, die sie bei allen ihren persönlichen Entscheidungen genau einzuhalten haben. Sie erühen einen sehr intensiven Unterricht über Geheimhaltung.
Süddt. Ztg. vom 2. April 1949

Das Sekretariat der DWK beschloß eine Anordnung über Verzugszuschläge für Steuerrückstände, über Stundungszinsen und über die Erhöhung der Vollstreckungsgebühren. Danach wird von einer Steuerschuld in der Ostzone, die erst innerhalb der ersten fünf Tage nach dem Fälligkeitstage gezahlt wird, ein Verzugszuschlag von 3 % des Rückstandes, und wenn die Zahlung erst innerhalb der ersten 15 Tage erfolgt, ein Verzugszuschlag von 5 % erhoben, der sich für jeden weiteren halben Monat der Versäumnis um 1 % erhöht. Soweit ein Steuerschuldner wirtschaftlich nicht in der Lage ist, seine Steuerschuld pünktlich zu zahlen, muß er bereits vor dem Fälligkeitstag Stundung durch das Steueramt beantragen. In diesem Fall hat er lediglich Stundungszinsen in Höhe von 5 % jährlich zu zahlen.

No. 106

Auszüge aus Presseberichten

Volkskongreß. Für die Wahlen zum dritten "Volkskongreß" wurde in der Ostzone eine Einheitsliste der Parteien aufgestellt, in der auch die kommunistischen Massenorganisationen vertreten sind. Die Wahlen sollen am 15. und 16. Mai stattfinden. Das Wahlverfahren für die Bestimmung der 500 für die westlichen Besatzungszonen vorgesehenen Abgeordneten wird "den Parteien und Organisationen in den Westzonen überlassen". Der Volkskongreß soll bei seinem Zusammentritt eine vom Deutschen Volksrat ausgearbeitete Verfassung annehmen, die dieser als "gesamtdeutsch" bezeichnet.

Kontrollen. Auf verschiedenen Bahnhöfen in der Umgebung Berlins wurden von der Ostzonen-Polizei überraschend umfangreiche Gepäck- und Ausweiskontrollen durchgeführt. Reisende des Ostsektors und der Ostzone konnten ihre Fahrt fortsetzen, während Westberliner auf Lastwagen in die Polizeireviere gebracht wurden. Dort wurden ihre Ausweise mit Listen verglichen, auf denen die Namen "sowjetfeindlicher Personen" vermerkt sein sollen. Zahlreiche Personen wurden in Haft behalten. Im übrigen wurden ihnen mitgeführte Lebensmittel und das Westgeld abgenommen.

Süddt. Ztg. vom 2. April 1949

Kultur. Das Plenum der DWK nahm eine Verordnung an, die die Lage der Intelligenz verbessern und ihre Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben fördern soll. Sie sieht eine Erhöhung der Lebensmittelrationen und die Gewährung von Krediten vor. Die Kredite sollen zur Beschaffung von Eigenheimen dienen. Außerdem ist eine Herabsetzung der Steuern, der Ausbau von Universitäten und die Vorbereitung von Arbeitern und Bauern zum Hochschulstudium geplant, denen großzügige Stipendien gewährt werden sollen. - Hervorragende Lehrer und Spezialärzte des öffentlichen Gesundheitswesens werden der Aufmerksamkeit, Fürsorge und Achtung des gesamten Volkes empfohlen. Zur Auszeichnung für ihre Verdienste werden Ehrenbezeichnungen eingeführt. Außerdem sollen sie über die normalen Vergünstigungen als Intellektuelle noch weitere Bevorzugungen genießen. Für Träger der Nationalpreise auf wissenschaftlichem und technischem Gebiet werden goldene, sichtbar zu tragende Ehrenzeichen, für Träger der nationalen Preise auf dem Gebiete der Literatur und Kunst goldene Ehrenringe gestiftet. Die Preise hierfür heißen "Goethe-Preis".

Allgem. Ztg. vom 2./3. April 1949

West-KP. Dieser Tage traf aus der Spezialschule Orgre bei Riga der erste geschlossene Transport kommunistischer Aktivisten in den Westzonen ein. Diese können keineswegs mit den bisher nach Westdeutschland gekommenen "antifa-Leuten" verglichen werden. Während diese schon beim Übertritt in die Westzonen ihre Zugehörigkeit zum Lager aktiv verweigerten, gaben die jetzt angekommenen Spezialisten offen zu, überzeugte Kommunisten zu sein. Es ist ihre Aufgabe, in Westdeutschland mit der KP Fühlung aufzunehmen, Einflußnahme auf deren Entscheidungen zu gewinnen, sie zu informieren, die Mitgliederschulung im Leninismus und Stalinismus zu übernehmen und Propaganda für die SU zu treiben. Sie erwarten, mit der hiesigen KP mit Sicherheit ernste Auseinandersetzungen zu bekommen, da die West-KP schlapp sei und erst wieder auf die klare östliche Linie zurückgebracht werden müsse.

Die erfolgreichsten Lehrgangsteilnehmer sind bereits in Rußland Parteimitglieder geworden. Sie mußten in einer großen Parteimitgliederversammlung ihren Lebenslauf vortragen, dann erst erfolgte durch Abstimmung die Entscheidung über die Aufnahme des Antragstellers. Aus Gesprächen mit Aktivisten ist zu ersehen, daß sie auch in Westdeutschland unter sowjetischer Kontrolle stehen. Den halbjährigen Speziallehrgang konnten sie erst besuchen, wenn sie zuvor Antifa-Schulen absolviert hatten. Der russische Kommunismus ist die politische Linie, die sie bei allen ihren persönlichen Entscheidungen genau einzuhalten haben. Sie erruhren einen sehr intensiven Unterricht über Geheimhaltung.

Süddt. Ztg. vom 2. April 1949

Das Sekretariat der DWK beschloß eine Anordnung über Verzugszuschläge für Steuerrückstände, über Stundungszinsen und über die Erhöhung der Vollstreckungsgebühren. Danach wird von einer Steuerschuld in der Ostzone, die erst innerhalb der ersten fünf Tage nach dem Fälligkeitstage gezahlt wird, ein Verzugszuschlag von 3 % des Rückstandes, und wenn die Zahlung erst innerhalb der ersten 15 Tage erfolgt, ein Verzugszuschlag von 5 % erhoben, der sich für jeden weiteren halben Monat der Versäumnis um 1 % erhöht. Soweit ein Steuerschuldner wirtschaftlich nicht in der Lage ist, seine Steuerschuld pünktlich zu zahlen, muß er bereits vor dem Fälligkeitstag Stundung durch das Steueramt beantragen. In diesem Fall hat er lediglich Stundungszinsen in Höhe von 5 % jährlich zu zahlen.

No. 106

Auszüge aus Presseberichten

Volkskongreß. Für die Wahlen zum dritten "Volkskongreß" wurde in der Ostzone eine Einheitsliste der Parteien aufgestellt, in der auch die kommunistischen Massenorganisationen vertreten sind. Die Wahlen sollen am 15. und 16. Mai stattfinden. Das Wahlverfahren für die Bestimmung der 500 für die westlichen Besatzungszonen vorgesehenen Abgeordneten wird "den Parteien und Organisationen in den Westzonen überlassen". Der Volkskongreß soll bei seinem Zusammentritt eine vom Deutschen Volksrat ausgearbeitete Verfassung annehmen, die dieser als "gesamtdeutsch" bezeichnet.

Kontrollen. Auf verschiedenen Bahnhöfen in der Umgebung Berlins wurden von der Ostzonen-Polizei überraschend umfangreiche Gepäck- und Ausweiskontrollen durchgeführt. Reisende des Ostsektors und der Ostzone konnten ihre Fahrt fortsetzen, während Westberliner auf Lastwagen in die Polizeireviere gebracht wurden. Dort wurden ihre Ausweise mit Listen verglichen, auf denen die Namen "sowjetfeindlicher Personen" vermerkt sein sollen. Zahlreiche Personen wurden in Haft behalten. Im Übrigen wurden ihnen mitgeführte Lebensmittel und das Westgeld eingenommen.
Süddt. Ztg. vom 2. April 1949

Kultur. Das Plenum der DDK nahm eine Verordnung an, die die Lage der Intelligenz verbessern und ihre Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben fördern soll. Sie sieht eine Erhöhung der Lebensmittelrationen und die Gewährung von Krediten vor. Die Kredite sollen zur Beschaffung von Eigenheimen dienen. Außerdem ist eine Herabsetzung der Steuern, der Ausbau von Universitäten und die Vorbereitung von Arbeitern und Bauern zum Hochschulstudium geplant, denen großzügige Stipendien gewährt werden sollen. - Hervorragende Lehrer und Spezialärzte des öffentlichen Gesundheitswesens werden der Aufmerksamkeit, Fürsorge und Achtung des gesamten Volkes empfohlen. Zur Auszeichnung für ihre Verdienste werden Ehrenbezeichnungen eingeführt. Außerdem sollen sie über die normalen Vergünstigungen als Intellektuelle noch weitere Bevorzugungen genießen. Für Träger der Nationalpreise auf wissenschaftlichem und technischem Gebiet werden goldene, sichtbar zu tragende Ehrenzeichen, für Träger der nationalen Preise auf dem Gebiete der Literatur und Kunst goldene Ehrenringe gestiftet. Die Preise hierfür heißen "Goethe-Preis".
Allgem. Ztg. vom 2./3. April 1949

West-KP. Dieser Tage traf aus der Spezialschule Orgre bei Riga der erste geschlossene Transport kommunistischer Aktivisten in den Westzonen ein. Diese können keineswegs mit den bisher nach Westdeutschland gekommenen "antifa-Leuten" verglichen werden. Während diese schon beim Übertritt in die Westzonen ihre Zugehörigkeit zum Lager aktiv verleugneten, gaben die jetzt angekommenen Spezialisten offen zu, überzeugte Kommunisten zu sein. Es ist ihre Aufgabe, in Westdeutschland mit der KP Fühlung aufzunehmen, Einflußnahme auf deren Entscheidungen zu gewinnen, sie zu informieren, die Mitgliederschulung im Leninismus und Stalinismus zu übernehmen und Propaganda für die SU zu treiben. Sie erwarten, mit der hiesigen KP mit Sicherheit ernste Auseinandersetzungen zu bekommen, da die West-KP schlapp sei und erst wieder auf die klare östliche Linie zurückgebracht werden müsse.

Die erfolgreichsten Lehrgangsteilnehmer sind bereits in Rußland Parteimitglieder geworden. Sie mußten in einer großen Parteimitgliederversammlung ihren Lebenslauf vortragen, dann erst erfolgte durch Abstimmung die Entscheidung über die Aufnahme des Antragstellers. Aus Gesprächen mit Aktivisten ist zu ersehen, daß sie auch in Westdeutschland unter sowjetischer Kontrolle stehen. Den halbjährigen Speziallehrgang konnten sie erst besuchen, wenn sie zuvor Antifa-Schulen absolviert hatten. Der russische Kommunismus ist die politische Linie, die sie bei allen ihren persönlichen Entscheidungen genau einzuhalten haben. Sie erfuhr einen sehr intensiven Unterricht über Geheimhaltung.
Süddt. Ztg. vom 2. April 1949

Das Sekretariat der DDK beschloß eine Anordnung über Verzugszuschläge für Steuerrückstände, über Stundungszinsen und über die Erhöhung der Vollstreckungsgebühren. Danach wird von einer Steuerschuld in der Ostzone, die erst innerhalb der ersten fünf Tage nach dem Fälligkeitstage gezahlt wird, ein Verzugszuschlag von 3 % des Rückstandes, und wenn die Zahlung erst innerhalb der ersten 15 Tage erfolgt, ein Verzugszuschlag von 5 % erhoben, der sich für jeden weiteren halben Monat der Versäumnis um 1 % erhöht. Soweit ein Steuerschuldner wirtschaftlich nicht in der Lage ist, seine Steuerschuld pünktlich zu zahlen, muß er bereits vor dem Fälligkeitstag Stundung durch das Steueramt beantragen. In diesem Fall hat er lediglich Stundungszinsen in Höhe von 5 % jährlich zu zahlen.

No. 106

Auszüge aus Presseberichten

Volkskongreß. Für die Wahlen zum dritten "Volkskongreß" wurde in der Ostzone eine Einheitsliste der Parteien aufgestellt, in der auch die kommunistischen Massenorganisationen vertreten sind. Die Wahlen sollen am 15. und 16. Mai stattfinden. Das Wahlverfahren für die Bestimmung der 500 für die westlichen Besatzungszonen vorgesehenen Abgeordneten wird "den Parteien und Organisationen in den Westzonen überlassen". Der Volkskongreß soll bei seinem Zusammentritt eine vom Deutschen Volksrat ausgearbeitete Verfassung annehmen, die dieser als "gesamtdeutsch" bezeichnet.

Kontrollen. Auf verschiedenen Bahnhöfen in der Umgebung Berlins wurden von der Ostzonen-Polizei überraschend umfangreiche Gepäck- und Ausweiskontrollen durchgeführt. Reisende des Ostsektors und der Ostzone konnten ihre Fahrt fortsetzen, während Westberliner auf Lastwagen in die Polizeireviere gebracht wurden. Dort wurden ihre Ausweise mit Listen verglichen, auf denen die Namen "sowjetfeindlicher Personen" vermerkt sein sollen. Zahlreiche Personen wurden in Haft behalten. Im übrigen wurden ihnen mitgeführte Lebensmittel und das Westgeld abgenommen.

Süddt. Ztg. vom 2. April 1949

Kultur. Das Plenum der DDK nahm eine Verordnung an, die die Lage der Intelligenz verbessern und ihre Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben fördern soll. Sie sieht eine Erhöhung der Lebensmittelrationen und die Gewährung von Krediten vor. Die Kredite sollen zur Beschaffung von Eigenheimen dienen. Außerdem ist eine Herabsetzung der Steuern, der Ausbau von Universitäten und die Vorbereitung von Arbeitern und Bauern zum Hochschulstudium geplant, denen großzügige Stipendien gewährt werden sollen. - Hervorragende Lehrer und Spezialärzte des öffentlichen Gesundheitswesens werden der Aufmerksamkeit, Fürsorge und Achtung des gesamten Volkes empfohlen. Zur Auszeichnung für ihre Verdienste werden Ehrenbezeichnungen eingeführt. Außerdem sollen sie über die normalen Vergünstigungen als Intellektuelle noch weitere Bevorzugungen genießen. Für Träger der Nationalpreise auf wissenschaftlichem und technischem Gebiet werden goldene, sichtbar zu tragende Ehrenzeichen, für Träger der nationalen Preise auf dem Gebiete der Literatur und Kunst goldene Ehrenringe gestiftet. Die Preise hierfür heißen "Goethe-Preis".

Allgem. Ztg. vom 2./3. April 1949

West-KP. Dieser Tage traf aus der Spezialschule Orgre bei Riga der erste geschlossene Transport kommunistischer Aktivisten in den Westzonen ein. Diese können keineswegs mit den bisher nach Westdeutschland gekommenen "antifa-Leuten" verglichen werden. Während diese schon beim Übertritt in die Westzonen ihre Zugehörigkeit zum Lager aktiv verleugneten, gaben die jetzt angekommenen Spezialisten offen zu, überzeugte Kommunisten zu sein. Es ist ihre Aufgabe, in Westdeutschland mit der KP-Führung aufzunehmen, Einflussnahme auf deren Entscheidungen zu gewinnen, sie zu informieren, die Mitgliederschulung im Leninismus und Stalinismus zu übernehmen und Propaganda für die SU zu treiben. Sie erwarten, mit der hiesigen KP mit Sicherheit ernste Auseinandersetzungen zu bekommen, da die West-KP schlapp sei und erst wieder auf die klare östliche Linie zurückgebracht werden müsse.

Die erfolgreichsten Lehrgangsteilnehmer sind bereits in Rußland Parteimitglieder geworden. Sie mußten in einer großen Parteimitgliederversammlung ihren Lebenslauf vortragen, dann erst erfolgte durch Abstimmung die Entscheidung über die Aufnahme des Antragstellers. Aus Gesprächen mit Aktivisten ist zu ersehen, daß sie auch in Westdeutschland unter sowjetischer Kontrolle stehen. Den halbjährigen Speziallehrgang konnten sie erst besuchen, wenn sie zuvor Antifa-Schulen absolviert hatten. Der russische Kommunismus ist die politische Linie, die sie bei allen ihren persönlichen Entscheidungen genau einzuhalten haben. Sie erfuhren einen sehr intensiven Unterricht über Geheimhaltung.

Süddt. Ztg. vom 2. April 1949

Das Sekretariat der DDK beschloß eine Anordnung über Verzugszuschläge für Steuerrückstände, über Stundungszinsen und über die Erhöhung der Vollstreckungsgebühren. Danach wird von einer Steuerschuld in der Ostzone, die erst innerhalb der ersten fünf Tage nach dem Fälligkeitstage gezahlt wird, ein Verzugszuschlag von 3 % des Rückstandes, und wenn die Zahlung erst innerhalb der ersten 15 Tage erfolgt, ein Verzugszuschlag von 5 % erhoben, der sich für jeden weiteren halben Monat der Versäumnis um 1 % erhöht. Soweit ein Steuerschuldner wirtschaftlich nicht in der Lage ist, seine Steuerschuld pünktlich zu zahlen, muß er bereits vor dem Fälligkeitstag Stundung durch das Steueramt beantragen. In diesem Fall hat er lediglich Stundungszinsen in Höhe von 5 %

No. 107

Auszüge aus Presseberichten

Neue Uranfunde. Grenzgänger aus der Ostzone berichteten in letzter Zeit, daß die Sowjets im Gebiet von Oelsnitz (Vogtland), etwa 25 km von der Zonengrenze entfernt, umfangreiche Uranvorkommen festgestellt haben sollen. Die ganze Gegend sei bereits zum Sperrgebiet erklärt und mit dem Abbau begonnen worden.

Das Material werde aus äußerst primitiven Schachtauflagen, in die die Bergleute mit Hilfe von Strickleitern hinabsteigen, über primitive Winden mit Eimern an die Oberfläche befördert. Die Funde würden in Kisten verpackt und zur Prüfung in die SU verschickt. Ein großer Teil der Bewohner sei bereits zum Schachtdienst verpflichtet worden.
Die Welt vom 2. April 1949

Keine Exilregierung der Ostzone. Die Bestrebungen prominenter politischer Flüchtlinge aus der Ostzone, eine Art Exilregierung für die Ostzone in Westdeutschland zu bilden, sind endgültig aufgegeben worden. Der Kreis der ursprünglich Beteiligten hat in Frankfurt eine neue Vereinigung unter dem Namen "Hilfswerk Ost" gegründet, die sich aber jeder politischen Betätigung enthalten und auf rein caritative, finanzielle und geistige Betreuungsarbeit für Flüchtlinge beschränken will.

Süddt. Ztg. vom 26. März 1949

Zementwerke. Für 1949 ist eine Produktionssteigerung von 40 000 auf 45 000 t vorgesehen. Diese Menge soll im folgenden Jahr um weitere 9 000 t erhöht werden. Da die vorhandenen zwei Kohlenmühlen einer Mehrbeanspruchung nicht gewachsen sind, wurde die Errichtung einer neuen leistungsfähigen Kohlenmühle beschlossen. Der Kohlenverbrauch ist von bisher 40 % auf 32 % im Verhältnis zur Gesamtproduktion gesenkt und die monatliche Durchschnittsleistung jedes Betriebsangehörigen von 22 auf über 30 t gesteigert worden. - Die ständige Verzögerung der Freigabe der Fertigproduktion durch die Landesregierung Sachsen-Anhalts und der Mangel an Transportraum hatten zur Folge, daß die Silos überquollen und die Maschinen stillstehen mußten.
Tgl. Rundschau vom 24. März 1949

Junge Pioniere. Am 20. 3. wurde der Berliner Verband der "Jungen Pioniere" gegründet. Leiter ist STASSFURTH. 7 000 Jungen und Mädchen sind in Berlin bereits im Verband organisiert.

Neues Deutschland vom 22. März 1949

Ostzone braucht Siemens-Artikel. Ostzone und Ostsektor brauchen dringend die Erzeugnisse der Firmen Siemens und AEG, führte der Vorsitzende der IG Metall des FDGB, Fritz RETTMANN, auf einer Versammlung von Siemens-Angehörigen im Haus Vaterland (Ostsektor) aus. "Ernstgemeinten Verhandlungen über Lieferungsabschlüsse und Aufträge" stünde nichts entgegen; meinte Rettmann und dementierte, daß der sowjetische Stadtkommandant in Verhandlungen zwischen der DWK und der Firma Siemens eingegriffen habe.

Telegraf vom 27. März 49

Lebertran. Die Fischkonservenfabrik KRÜGER in Barth hat seit dem Okt. v.J. 10 000 kg Lebertran für medizinische Zwecke hergestellt. Die Barther Fabrik ist der einzige Betrieb dieser Art in der Ostzone. Die Produktion steht unter wissenschaftlicher Kontrolle. Das Rohmaterial bildet die Leber an der Ostküste gefangener Dorsche. Nach der Arbeitspause während der Sommermonate sollen im Herbst des laufenden Jahres weitere 10 000 kg Lebertran erzeugt werden.

Neues Deutschland vom 23. März 1949

Sicherstellung von Volkseigentum. Der im Herbst von allen Privatbetrieben geforderte Nachweis ihres Eigentumsrechtes an den in ihrem Besitz befindlichen Produktionsmitteln ergab, daß 3 774 Objekte, vorwiegend landwirtschaftliche Maschinen und Werkzeugmaschinen, unrechtmäßig erworben waren. Davon stammen 2378 Maschinen aus landwirtschaftlichen Betrieben, die durch die Bodenreform enteignet wurden und illegal von Privatpersonen in Besitz genommen oder von örtlichen Verwaltungsorganen ungesetzlich verkauft worden sind. Diese Maschinen werden jetzt den MAS zur Verfügung gestellt.

Neues Deutschland vom 26. März 1949

REGISTRY COPY

No. 107

Auszüge aus Presseberichten

Neue Uranfunde. Grenzgänger aus der Ostzone berichteten in letzter Zeit, daß die Sowjets im Gebiet von Oelsnitz (Vogtland), etwa 25 km von der Zonengrenze entfernt, umfangreiche Uranvorkommen festgestellt haben sollen. Die ganze Gegend sei bereits zum Sperrgebiet erklärt und mit dem Abbau begonnen worden. Das Material werde aus äußerst primitiven Schachtanlagen, in die die Bergleute mit Hilfe von Strickleitern hinabsteigen, über primitive Winden mit Eimern an die Oberfläche befördert. Die Runde würden in Kisten verpackt und zur Prüfung in die SU verschickt. Ein großer Teil der Bewohner sei bereits zum Schachtdienst verpflichtet worden.
Die Welt vom 2. April 1949

Keine Exilregierung der Ostzone. Die Bestrebungen prominenter politischer Flüchtlinge aus der Ostzone, eine Art Exilregierung für die Ostzone in Westdeutschland zu bilden, sind endgültig aufgegeben worden. Der Kreis der ursprünglich Beteiligten hat in Frankfurt eine neue Vereinigung unter dem Namen "Hilfswerk Ost" gegründet, die sich aber jeder politischen Betätigung enthalten und auf rein caritative, finanzielle und geistige Betreuungsarbeit für Flüchtlinge beschränken will.
Städt. Ztg. vom 26. März 1949

Zementwerke. Für 1949 ist eine Produktionssteigerung von 40 000 auf 45 000 t vorgesehen. Diese Menge soll im folgenden Jahr um weitere 9 000 t erhöht werden. Da die vorhandenen zwei Kohlenmühlen einer Mehrbeanspruchung nicht gewachsen sind, wurde die Errichtung einer neuen leistungsfähigen Kohlenmühle beschlossen. Der Kohlenverbrauch ist von bisher 40 % auf 32 % im Verhältnis zur Gesamtproduktion gesenkt und die monatliche Durchschnittsleistung jedes Betriebsangehörigen von 22 auf über 30 t gesteigert worden. - Die ständige Verzögerung der Freigabe der Fertigproduktion durch die Landesregierung Sachsen-Anhalts und der Mangel an Transportraum hatten zur Folge, daß die Silos überquollen und die Maschinen stillstehen mußten.
Tgl. Rundschau vom 24. März 1949

Junge Pioniere. Am 20. 3. wurde der Berliner Verband der "Jungen Pioniere" gegründet. Leiter ist STASSFURTH. 7 000 Jungen und Mädchen sind in Berlin bereits im Verband organisiert.
Neues Deutschland vom 22. März 1949

Ostzone braucht Siemens-Artikel. Ostzone und Ostsektor brauchen dringend die Erzeugnisse der Firmen Siemens und AEG, führte der Vorsitzende der IG Metall des FDGB, Fritz KETTMANN, auf einer Versammlung von Siemens-Angehörigen im Haus Vaterland (Ostsektor) aus. "Ernstgemeinten Verhandlungen über Lieferungsabschlüsse und Aufträge" stünde nichts entgegen, meinte Kettmann und demontierte, daß der sowjetische Stadtkommandant in Verhandlungen zwischen der DWK und der Firma Siemens eingegriffen habe.
Telegraf vom 27. März 49

Lebertran. Die Fischkonservenfabrik KRÜGER in Barth hat seit dem Okt. v.J. 10 000 kg Lebertran für medizinische Zwecke hergestellt. Die Barther Fabrik ist der einzige Betrieb dieser Art in der Ostzone. Die Produktion steht unter wissenschaftlicher Kontrolle. Das Rohmaterial bildet die Leber an der Ostküste gefangener Dorsche. Nach der Arobeitspause während der Sommermonate sollen im Herbst des laufenden Jahres weitere 10 000 kg Lebertran erzeugt werden.
Neues Deutschland vom 23. März 1949

Sicherstellung von Volkseigentum. Der im Herbst von allen Privatbetrieben geforderte Nachweis ihres Eigentumsrechtes an den in ihrem Besitz befindlichen Produktionsmitteln ergab, daß 3 774 Objekte, vorwiegend landwirtschaftliche Maschinen und Werkzeugmaschinen, unrechtmäßig erworben waren. Davon stammen 2378 Maschinen aus landwirtschaftlichen Betrieben, die durch die Bodenreform enteignet wurden und illegal von Privatpersonen in Besitz genommen oder von örtlichen Verwaltungsorganen ungesetzlich verkauft worden sind. Diese Maschinen werden jetzt den MAS zur Verfügung gestellt.
Neues Deutschland vom 26. März 1949

No. 107

Auszüge aus Presseberichten

Neue Uranfunde. Grenzgänger aus der Ostzone berichteten in letzter Zeit, daß die Sowjets im Gebiet von Oelsnitz (Vogtland), etwa 25 km von der Zonengrenze entfernt, umfangreiche Uranvorkommen festgestellt haben sollen. Die ganze Gegend sei bereits zum Sperrgebiet erklärt und mit dem Abbau begonnen worden.

Das Material werde aus äußerst primitiven Schachtanlagen, in die die Bergleute mit Hilfe von Strickleitern hinabsteigen, über primitive Winden mit Eimern an die Oberfläche befördert. Die Funde würden in Kisten verpackt und zur Prüfung in die SU verschickt. Ein großer Teil der Bewohner sei bereits zum Schachtdienst verpflichtet worden.

Die Welt vom 2. April 1949

Keine Exilregierung der Ostzone. Die Bestrebungen prominenter politischer Flüchtlinge aus der Ostzone, eine Art Exilregierung für die Ostzone in Westdeutschland zu bilden, sind endgültig aufgegeben worden. Der Kreis der ursprünglich Beteiligten hat in Frankfurt eine neue Vereinigung unter dem Namen "Hilfswerk Ost" gegründet, die sich aber jeder politischen Betätigung enthalten und auf rein caritative, finanzielle und geistige Betreuungsarbeit für Flüchtlinge beschränken will.

Städt. Ztg. vom 26. März 1949

Zementwerke. Für 1949 ist eine Produktionssteigerung von 40 000 auf 45 000 t vorgesehen. Diese Menge soll im folgenden Jahr um weitere 9 000 t erhöht werden. Da die vorhandenen zwei Kohlenmühlen einer Mehrbeanspruchung nicht gewachsen sind, wurde die Errichtung einer neuen leistungsfähigen Kohlenmühle beschlossen. Der Kohlenverbrauch ist von bisher 40 % auf 32 % im Verhältnis zur Gesamtproduktion gesenkt und die monatliche Durchschnittsleistung jedes Betriebsangehörigen von 22 auf über 30 t gesteigert worden. Die ständige Verzögerung der Freigabe der Fertigproduktion durch die Landesregierung Sachsen-Anhalts und der Mangel an Transportraum hatten zur Folge, daß die Silos überquollen und die Maschinen stillstehen mußten.

Tgl. Rundschau vom 24. März 1949

Junge Pioniere. Am 20. 3. wurde der Berliner Verband der "Jungen Pioniere" gegründet. Leiter ist STASSFURTH. 7 000 Jungen und Mädchen sind in Berlin bereits im Verband organisiert.

Neues Deutschland vom 22. März 1949

Ostzone braucht Siemens-Artikel. Ostzone und Ostsektor brauchen dringend die Erzeugnisse der Firmen Siemens und AEG, führte der Vorsitzende der IO Metall des FDGB, Fritz KETTMANN, auf einer Versammlung von Siemens-Angehörigen im Haus Vaterland (Ostsektor) aus. "Ernstgemeinten Verhandlungen über Lieferungsabschlüsse und Aufträge" stünde nichts entgegen, meinte Kettmann und dementierte, daß der sowjetische Stadtkommandant in Verhandlungen zwischen der DWK und der Firma Siemens eingegriffen habe.

Telegraf vom 27. März 49

Lebertran. Die Fischkonservenfabrik KRÜGER in Barth hat seit dem Okt. v. J. 10 000 kg Lebertran für medizinische Zwecke hergestellt. Die Barther Fabrik ist der einzige Betrieb dieser Art in der Ostzone. Die Produktion steht unter wissenschaftlicher Kontrolle. Das Rohmaterial bildet die Leber an der Ostküste gefangener Dorsche. Nach der Arbeitspause während der Sommermonate sollen im Herbst des laufenden Jahres weitere 10 000 kg Lebertran erzeugt werden.

Neues Deutschland vom 23. März 1949

Sicherstellung von Volkseigentum. Der im Herbst von allen Privatbetrieben geforderte Nachweis ihres Eigentumsrechtes an den in ihrem Besitz befindlichen Produktionsmitteln ergab, daß 3 774 Objekte, vorwiegend landwirtschaftliche Maschinen und Werkzeugmaschinen, unrechtmäßig erworben waren. Davon stammen 2378 Maschinen aus landwirtschaftlichen Betrieben, die durch die Bodenreform enteignet wurden und illegal von Privatpersonen in Besitz genommen oder von örtlichen Verwaltungsorganen ungesetzlich verkauft worden sind. Diese Maschinen werden jetzt den MAS zur Verfügung gestellt.

Neues Deutschland vom 26. März 1949

No. 108

Auszüge aus Presseberichten

Entführungen u. Verhaftungen. Die in den letzten Tagen sich häufenden Grenzverletzungen, Entführungen und Verhaftungen an den Westberliner Stadtrandgebieten durch sowjetische Besatzungsangehörige oder durch die Ostzonenpolizei lassen darauf schließen, daß man von sowjetischer Seite neben der eigentlichen Blockade gegen die Westberliner Bevölkerung nun auch noch einen Nervenkrieg führen will. Politische Kreise Berlins sind der Meinung, daß die Alliierten allen weiteren Störungsversuchen von Anfang an mit Nachdruck entgegenzutreten müßten.

Allgem. Ztg. vom 5. April 1949

CDU Auf dem Landesparteitag der Berliner CDU wurde der bisherige Landesvorsitzende Dr. Walther SCHREIBER für dieses Amt wiedergewählt. Jakob Kaiser erklärte in einer Ansprache, der Umweg über Bonn sei der Weg zur Einheit Deutschlands. Er forderte, daß das Wort "Weststaat" aus dem politischen Wortschatz der Deutschen gestrichen werde. "Wir wollen einen deutschen Kernstaat, der durch Einfluß Berlins seinen gesamtdeutschen Charakter beweist". Der Versuch, vom Westen aus Deutschland zu einigen, sei die vom Terror des Kommunismus mit Notwendigkeit herausgeforderte Antwort auf die Teilung Deutschlands durch den Osten. Dr. SCHREIBER wandte sich scharf gegen die SPD, der er in der Personalpolitik der Stadtverwaltung Mißbrauch ihrer Macht vorwarf. Dr. FRIEDENSBURG stellte demgegenüber die Gemeinschaft aller Freiheitsliebenden Kräfte Berlins in den Vordergrund. In einer Entschliebung wurde die unverzügliche Fertigstellung des Grundgesetzes in Bonn gefordert. Friedensburg befaßte sich auch mit der "todernsten Situation" der Stadt Berlin. Er gab bekannt, daß täglich rund 5 000 t für die Versorgung der Deutschen nach Berlin gebracht würden und nur 110 t Industriegüter im Tag die Stadt verlassen. Unter Berücksichtigung der verminderten Einwohnerzahl sei heute für Westberlin eine tägliche Einfuhr von 25 000 Tonnen nötig, um ein normales Leben wieder herzustellen. Wenn Berlin durchhalten solle, sei es unerlässlich, die Leistung der Luftrücke weiter zu erhöhen.

Süddt. Ztg. vom 5. April 1949

Ein Betriebsmitglied der Textima in Stollberg (Sachsen) hat einen Halbautomaten zur Herstellung von Wirknadeln konstruiert, der eine Leistungssteigerung gegenüber dem bisherigen Verfahren um das Vier- bis Fünffache gestattet. Während in bisher üblicher Handarbeit sechs Mann monatlich 670 000 Nadeln herstellten, werden mit der neuen Maschine, von denen zwei durch je zwei Arbeiter bedient werden, monatlich eine Million Nadeln gefertigt. Das neue Herstellungsverfahren bringt auch eine wesentliche Qualitätssteigerung mit sich.

Wirtschaftsrev. vom 1. April 1949

Ostmagistrat. Der Ostmagistrat der Stadt Berlin hielt kürzlich eine außerordentliche Sitzung ab. Der neuernannte Polizeivizepräsident CYPTNER verlangte eine Ausrüstung der Volkspolizei, die es ermögliche, in Berlin "Chicagoer oder New-Yorker Zustände zu verhindern". Auf den Zweijahresplan eingehend behauptete der Vorsitzende der FDJ FREY, vor "dem gigantischen Plan müßten die Fragen der abendländischen Kultur in diesen Tagen versinken". EBERT kündigte abschließend an, daß die Stunde kommen werde, in der die SED gemeinsam mit den übrigen Parteien des demokratischen Blocks in Berlin in die künstlich errichtete Mauer um Berlin eine Bresche schlagen werde.

Allgem. Ztg. vom 5. April 1949

Die Glashütte Torgau in Torgau will mit der Montage einer 3. Schmelzwanne beginnen; sie soll im nächsten Jahr in Betrieb genommen werden. Der monatliche Fensterglasausstoß vergrößerte sich 1948 von 200 000 auf 450 000 qm; die Jahresherzeugung erreichte 5,2 Mill. qm. Für das laufende Jahr ist eine Produktion von 5,5 Mill. qm vorgesehen. Der Absatz im In- und Ausland soll gesteigert werden. Torgau exportierte 1948 für 900 000 Ostmark Fensterglas.

Wirtschaftsrev. vom 1. April 1949

Die Volkspolizei in Halle hat sich verpflichten müssen, 10 % ihres Gehaltes für die Aufbauanleihe des Landes Sachsen-Anhalt und 4 % für die Organisation "Freies Griechenland" zu zeichnen.

Allgem. Ztg. v. 5. April 49

REGISTRY COPY

No. 108

Auszüge aus Presseberichten

Entführungen u. Verhaftungen. Die in den letzten Tagen sich häufenden Grenzverletzungen, Entführungen und Verhaftungen an den westberliner Stadtrandgebieten durch sowjetische Besatzungsangehörige oder durch die Ostzonenpolizei lassen darauf schließen, daß man von sowjetischer Seite neben der eigentlichen Blockade gegen die westberliner Bevölkerung nun auch noch einen Nervenkrieg führen will. Politische Kreise Berlins sind der Meinung, daß die Alliierten allen weiteren Störungsversuchen von Anfang an mit Nachdruck entgegenzutreten müßten.
Allgem. Ztg. vom 5. April 1949

CDU Auf dem Landesparteitag der Berliner CDU wurde der bisherige Landesvorsitzende Dr. Walther SCHREIBER für dieses Amt wiedergewählt. Jakob Kaiser erklärte in einer Ansprache, der Umweg über Bonn sei der Weg zur Einheit Deutschlands. Er forderte, daß das Wort "Weststaat" aus dem politischen Wörterbuch der Deutschen gestrichen werde. "Wir wollen einen deutschen Kernstaat, der durch Einschluss Berlins seinen gesamtdeutschen Charakter beweist". Der Versuch, vom Westen aus Deutschland zu einigen, sei die vom Terror des Kommunismus mit Notwendigkeit herausgeforderte Antwort auf die Teilung Deutschlands durch den Osten. Dr. SCHREIBER wandte sich scharf gegen die SPD, der er in der Personalpolitik der Stadtverwaltung Mißbrauch ihrer Macht vorwarf. Dr. FRIEDENSBURG stellte demgegenüber die Gemeinschaft aller freiheitsliebenden Kräfte Berlins in den Vordergrund. In einer Entschließung wurde die unverzügliche Fertigstellung des Grundgesetzes in Bonn gefordert. Friedensburg befaßte sich auch mit der "todernsten Situation" der Stadt Berlin. Er gab bekannt, daß täglich rund 5 000 t für die Versorgung der Deutschen nach Berlin gebracht würden und nur 110 t Industriegüter im Tag die Stadt verlassen. Unter Berücksichtigung der verminderten Einwohnerzahl sei heute für Westberlin eine tägliche Einfuhr von 25000 Tonnen nötig, um ein normales Leben wieder herzustellen. Wenn Berlin durchhalten solle, sei es unerlässlich, die Leistung der Luftbrücke weiter zu erhöhen.

Süddt. Ztg. vom 5. April 1949

Ein Betriebsmitglied der Textima in Stollberg (Sachsen) hat einen Halbautomaten zur Herstellung von Wirknadeln konstruiert, der eine Leistungssteigerung gegenüber dem bisherigen Verfahren um das Vier- bis Fünffache gestattet. Während in bisher üblicher Handarbeit sechs Mann monatlich 670 000 Nadeln herstellten, werden mit der neuen Maschine, von denen zwei durch je zwei Arbeiter bedient werden, monatlich eine Million Nadeln gefertigt. Das neue Herstellungsverfahren bringt auch eine wesentliche Qualitätssteigerung mit sich.
Wirtschaftsrev. vom 1. April 1949

Ostmagistrat. Der Ostmagistrat der Stadt Berlin hielt kürzlich eine außerordentliche Sitzung ab. Der neuernannte Polizeivizepräsident GYPTNER verlangte eine Ausrüstung der Volkspolizei, die es ermögliche, in Berlin "Chicagoer oder New-Yorker Zustände zu verhindern". Auf den Zweijahresplan eingehend behauptete der Vorsitzende der FDJ FREY, vor dem gigantischen Plan müßten die Fragen der abendländischen Kultur in diesen "Jahren versinken". EBERT kündigte abschließend an, daß die Stunde kommen werde, in der die SED gemeinsam mit den übrigen Parteien des demokratischen Blocks in Berlin in die künstlich errichtete Mauer um Berlin eine Bresche schlagen werde.

Allgem. Ztg. vom 5. April 1949

Die Glashütte Torgau in Torgau will mit der Montage einer 3. Schmelzwanne beginnen; sie soll im nächsten Jahr in Betrieb genommen werden. Der monatliche Fensterglasaustoß vergrößerte sich 1948 von 200 000 auf 450 000 qm; die Jahreserzeugung erreichte 5,2 Mill. qm. Für das laufende Jahr ist eine Produktion von 5,5 Mill. qm vorgesehen. Der Absatz in In- und Ausland soll gesteigert werden. Torgau exportierte 1948 für 900000 Ostmark Fensterglas.

Wirtschaftsrev. vom 11. April 1949

Die Volkspolizei in Halle hat sich verpflichten müssen, 10 % ihres Gehaltes für die Aufbauanleihe des Landes Sachsen-Anhalt und 4 % für die Organisation "Freies Griechenland" zu zeichnen.
Allgem. Ztg. v. 5. April 49

No. 108

Auszüge aus Presseberichten

Entführungen u. Verhaftungen. Die in den letzten Tagen sich häufenden Grenzverletzungen, Entführungen und Verhaftungen an den Westberliner Stadtrandgebieten durch sowjetische Besatzungsangehörige oder durch die Ostzonenpolizei lassen darauf schließen, daß man von sowjetischer Seite neben der eigentlichen Blockade gegen die Westberliner Bevölkerung nun auch noch einen Nervenkrieg führen will. Politische Kreise Berlins sind der Meinung, daß die Alliierten allen weiteren Störungsversuchen von Anfang an mit Nachdruck entgegenzutreten müßten.

Allgem. Ztg. vom 5. April 1949

ODU Auf dem Landesparteitag der Berliner ODU wurde der bisherige Landesvorsitzende Dr. Walther SCHREIBER für dieses Amt wiedergewählt. Jakob Kaiser erklärte in einer Ansprache, der Umweg über Bonn sei der Weg zur Einheit Deutschlands. Er forderte, daß das Wort "Weststaat" aus dem politischen Wortschatz der Deutschen gestrichen werde. "Wir wollen einen deutschen Kernstaat, der durch Einbruch Berlins seinen gesamtdeutschen Charakter beweist". Der Versuch, vom Westen aus Deutschland zu einigen, sei die vom Terror des Kommunismus mit Notwendigkeit herausgeforderte Antwort auf die Teilung Deutschlands durch den Osten. Dr. SCHREIBER wandte sich scharf gegen die SPD, der er in der Personalpolitik der Stadtverwaltung Mißbrauch ihrer Macht vorwarf. Dr. FRIEDENSBURG stellte demgegenüber die Gemeinschaft aller Freiheitsliebenden Kräfte Berlins in den Vordergrund. In einer Entschliebung wurde die unverzügliche Fertigstellung des Grundgesetzes in Bonn gefordert. Friedensburg befaßte sich auch mit der "todernsten Situation" der Stadt Berlin. Er gab bekannt, daß täglich rund 5 000 t für die Versorgung der Deutschen nach Berlin gebracht würden und nur 110 t Industriegüter im Tag die Stadt verlassen. Unter Berücksichtigung der verminderten Einwohnerzahl sei heute für Westberlin eine tägliche Einfuhr von 25000 Tonnen nötig, um ein normales Leben wieder herzustellen. Wenn Berlin durchhalten solle, sei es unerlässlich, die Leistung der Luftbrücke weiter zu erhöhen.

Süddt. Ztg. vom 5. April 1949

Ein Betriebsmitglied der Textima in Stollberg (Sachsen) hat einen Halbautomaten zur Herstellung von Wirknadeln konstruiert, der eine Leistungssteigerung gegenüber dem bisherigen Verfahren um das Vier- bis Fünffache gestattet. Während in bisher üblicher Handarbeit sechs Mann monatlich 670 000 Nadeln herstellten, werden mit der neuen Maschine, von denen zwei durch je zwei Arbeiter bedient werden, monatlich eine Million Nadeln gefertigt. Das neue Herstellungsverfahren bringt auch eine wesentliche Qualitätssteigerung mit sich.

Wirtschaftsrev. vom 1. April 1949

Ostmagistrat. Der Ostmagistrat der Stadt Berlin hielt kürzlich eine außerordentliche Sitzung ab. Der neuernannte Polizeivizepräsident GYPTNER verlangte eine Ausrüstung der Volkspolizei, die es ermögliche, in Berlin "Chicagoer oder New-Yorker Zustände zu verhindern". Auf den Zweijahresplan eingehend behauptete der Vorsitzende der PDJ FREY, vor "dem gigantischen Plan müßten die Fragen der abendländischen Kultur in diesen Tagen versinken". EBERT kündigte abschließend an, daß die Stunde kommen werde, in der die SED gemeinsam mit den übrigen Parteien des demokratischen Blocks in Berlin in die künstlich errichtete Mauer um Berlin eine Bresche schlagen werde.

Allgem. Ztg. vom 5. April 1949

Die Glashütte Torgau in Torgau will mit der Montage einer 3. Schmelzwanne beginnen; sie soll im nächsten Jahr in Betrieb genommen werden. Der monatliche Fensterglasausstoß vergrößerte sich 1948 von 200 000 auf 450 000 qm; die Jahreserzeugung erreichte 5,2 Mill. qm. Für das laufende Jahr ist eine Produktion von 5,5 Mill. qm vorgesehen. Der Absatz im In- und Ausland soll gesteigert werden. Torgau exportierte 1948 für 900000 Ostmark Fensterglas.

Wirtschaftsrev. vom 1. April 1949

Die Volkspolizei in Halle hat sich verpflichten müssen, 10 % ihres Gehaltes für die Aufbauanleihe des Landes Sachsen-Anhalt und 4 % für die Organisation "Freies Griechenland" zu zeichnen.

Allgem. Ztg. v. 5. April 49

No. 108

Auszüge aus Presseberichten

Entführungen u. Verhaftungen. Die in den letzten Tagen sich häufenden Grenzverletzungen, Entführungen und Verhaftungen an den westberliner Stadtrandgebieten durch sowjetische Besatzungsangehörige oder durch die Ostzonenpolizei lassen darauf schließen, daß man von sowjetischer Seite neben der eigentlichen Blockade gegen die Westberliner Bevölkerung nun auch noch einen Nervenkrieg führen will. Politische Kreise Berlins sind der Meinung, daß die Alliierten allen weiteren Störungsversuchen von Anfang an mit Nachdruck entgegenzutreten müßten.

Allgem. Ztg. vom 5. April 1949

CDU Auf dem Landesparteitag der Berliner CDU wurde der bisherige Landesvorsitzende Dr. Walther SCHREIBER für dieses Amt wiedergewählt. Jakob Kaiser erklärte in einer Ansprache, der Umweg über Bonn sei der Weg zur Einheit Deutschlands. Er forderte, daß das Wort "Weststaat" aus dem politischen Wortschatz der Deutschen gestrichen werde. "Wir wollen einen deutschen Kernstaat, der durch Einschluß Berlins seinen gesamtdeutschen Charakter beweist". Der Versuch, vom Westen aus Deutschland zu einigen, sei die vom Terror des Kommunismus mit Notwendigkeit herausgeforderte Antwort auf die Teilung Deutschlands durch den Osten. Dr. SCHREIBER wandte sich scharf gegen die SPD, der er in der Personalpolitik der Stadtverwaltung Mißbrauch ihrer Macht vorwarf. Dr. FRIEDENSBURG stellte demgegenüber die Gemeinschaft aller Freiheitsliebenden Kräfte Berlins in den Vordergrund. In einer Entschließung wurde die unverzügliche Fertigstellung des Grundgesetzes in Bonn gefordert. Friedensburg befaßte sich auch mit der "todernsten Situation" der Stadt Berlin. Er gab bekannt, daß täglich rund 5 000 t für die Versorgung der Deutschen nach Berlin gebracht würden und nur 110 t Industriegüter im Tag die Stadt verlassen. Unter Berücksichtigung der verminderten Einwohnerzahl sei heute für Westberlin eine tägliche Einfuhr von 25000 Tonnen nötig, um ein normales Leben wieder herzustellen. Wenn Berlin durchhalten solle, sei es unerlässlich, die Leistung der Luftbrücke weiter zu erhöhen.

Süddt. Ztg. vom 5. April 1949

Ein Betriebsmitgl. der Textima in Stollberg (Sachsen) hat einen Halbautomaten zur Herstellung von Wirknadeln konstruiert, der eine Leistungssteigerung gegenüber dem bisherigen Verfahren um das Vier- bis Fünffache gestattet. Während in bisher üblicher Handarbeit sechs Mann monatlich 670 000 Nadeln herstellen, werden mit der neuen Maschine, von denen zwei durch je zwei Arbeiter bedient werden, monatlich eine Million Nadeln gefertigt. Das neue Herstellungsverfahren bringt auch eine wesentliche Qualitätssteigerung mit sich.

Wirtschaftsrev. vom 1. April 1949

Ostmagistrat. Der Ostmagistrat der Stadt Berlin hielt kürzlich eine außerordentliche Sitzung ab. Der neuernannte Polizeivizepräsident CYPTNER verlangte eine Ausrüstung der Volkspolizei, die es ermögliche, in Berlin "Chicagoer oder New-Yorker Zustände zu verhindern". Auf den Zweijahresplan eingehend behauptete der Vorsitzende der FDJ FREY, vor "dem gigantischen Plan müßten die Fragen der abendländischen Kultur in diesen Tagen versinken". EBERT kündigte abschließend an, daß die Stunde kommen werde, in der die SED gemeinsam mit den übrigen Parteien des demokratischen Blocks in Berlin in die künstlich errichtete Mauer um Berlin eine Bresche schlagen werde.

Allgem. Ztg. vom 5. April 1949

Die Glashütte Torgau in Torgau will mit der Montage einer 3. Schmelzwanne beginnen; sie soll im nächsten Jahr in Betrieb genommen werden. Der monatliche Fensterglasausstoß vergrößerte sich 1948 von 200 000 auf 450 000 qm; die Jahreserzeugung erreichte 5,2 Mill. qm. Für das laufende Jahr ist eine Produktion von 5,5 Mill. qm vorgesehen. Der Absatz in In- und Ausland soll gesteigert werden. Torgau exportierte 1948 für 900000 Ostmark Fensterglas.

Wirtschaftsrev. vom 1. April 1949

Die Volkspolizei in Halle hat sich verpflichten müssen, 10 % ihres Gehaltes für die Aufbauanleihe des Landes Sachsen-Anhalt und 4 % für die Organisation "Freies Griechenland" zu zeichnen.

Allgem. Ztg. v. 5. April 49

No. 109

Auszüge aus Presseberichten

Verkehrsspaltung? Anzeichen deuten darauf hin, daß mit der Spaltung der Berliner Verkehrs-Gesellschaft (BVG) gerechnet werden muß. Im Ostsektor werden Räume frei gemacht, die allem Anschein nach die Ostberliner BVG-Direktion nach der Spaltung aufnehmen sollen. Bisher hatte der Ostmagistrat von einer Spaltung abgesehen, da 70 % des U-Bahnnetzes und 80 % der Hauptwerkstätten in den Westsektoren liegen. Von Ostberliner Dienststellenleitern ist eine Flugblattkampagne gegen die Anordnungen der rechtmäßigen BVG-Direktion eingeleitet worden. Die Wärgäste werden in den Straßenbahnen aufgefordert, keine Westmarkfahrgeelder zu entrichten. Auch die kommunistische Reichsbahndirektion Berlin, die ihren Amtssitz im amerikanischen Sektor hat, erklärte endgültig, daß sie sich niemals bereitfinden werde, den Lohn der Westberliner Eisenbahner in Westgeld zu zahlen. Für den Fall eines Streiks sind sämtliche ostzonalen Eisenbahndirektionen angewiesen worden, ein bestimmtes Kontingent erfahrener Eisenbahner zusammenzustellen, das im Bedarfsfalle sofort als Streikbrecher auf den Weg nach Berlin gebracht werden kann.

Allgem. Ztg. vom 7. April 1949

Naheimer Kreis. ADN veröffentlichte dieser Tage den Wortlaut einer Rede, die Professor NOACK nach ADN auf der in Aschaffenburg beabsichtigten Zusammenkunft des Naheimer Kreises zu halten beabsichtigt habe. In der Rede hieß es u.a.: Unser Plan der Sicherung des Friedens durch Neutralisierung Deutschlands ist gegen niemanden gerichtet. Er wirkt für den Frieden, für einen dauerhaften Ausgleich, für den Gewinn einer Zeitspanne ... "Kürzlich sind wir von einer kommunistischen Zeitung wegen unserer Besonnenheit gelobt worden. Das wurde - auf anderer Seite - als zweifelhafter Applaus bezeichnet. Ein Lob aus solchem Munde scheint heute das Schlimmste zu sein, was einem anständigen Westeuropäer passieren kann. Wir sind unbefangen genug, zu meinen, daß ein Gedanke, der richtig ist, nicht deswegen falsch ist, weil er auch von andern gelobt oder geillt wird.

Ein Volksentscheid gegen jeden Separatstaat und für die deutsche Einheit gegen die Beteiligung Deutschlands an jedem einseitigen Pakt und für seine Neutralität, gegen jeden Kriegsdienst, für wen immer er auch sei, und für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit jedem ist das Gebot der Stunde."

In den von ADN ebenfalls veröffentlichten Leitsätzen wird die Weigerung westdeutscher Politiker, sich mit ostdeutschen Delegierten in Braunschweig auszusprechen, als "unpolitisch, undemokratisch und undeutsch" bezeichnet.

Die Welt vom 5. April 1949

Zentrale für Landtechnik. Luitpold STEIDLE erklärte kürzlich, daß das Bündnis zwischen Verwaltung und der MAS die Zentrale für Landtechnik sein werde, die bei der Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft der DWK gebildet wird. Der Zentrale obliegen die Bedarfs-, Produktions- und Verteilungsplanung, die technischen Vorbereitungsarbeiten, die Preisprüfung und Überwachung sowie die Einfuhrplanung und -lenkung. Er äußerte ferner, daß den Bauern in Zukunft nur solche Maschinen direkt verkauft werden sollen; die sie auch amortisieren können, alle anderen Maschinen werden über die MAS gehen.

Neues Deutschland vom 16. März 1949

Die in der VVB Pharma, Halle a.d. Saale, zusammengefaßte volkseigene pharmazeutische Industrie Sachsen-Anhalts will die Typisierung verstärken und ein Gütezeichen einführen, außerdem der Erzeugung von Heilmitteln für den Veterinärdienst besondere Aufmerksamkeit widmen. Der VVB Pharma gehören 13 Betriebe mit 2460 Arbeitskräften an. Ihr Produktionswert belief sich im zweiten Halbjahr 1948 auf insgesamt 8,43 Mill. DM.

Wirtschaftsrev. vom 18. März 1949

Eine Feinwalzenstraße soll im Reichsbahnausbesserungswerk Dresden-Friedrichstadt errichtet werden, um 30 verschiedene Profile Rund- und Sechskanteisen von 75 bis auf 10 mm Durchmesser herunter zu walzen. Ferner ist der Bau einer Vorwalzenstraße sowie einer Straße zum Walzen von Eisenbahnschienen vorgesehen. Nach Fertigstellung soll das RAW Dresden die gesamte Reichsbahn mit Profil- und Flacheisen sowie mit Schrauben, Splinten und ähnlichem Kleinmaterial beliefern.

Wirtschaftsrev. vom 1. April 1949

REGISTRY COPY

No. 109

Auszüge aus Presseberichten

Verkehrsspaltung? Anzeichen deuten darauf hin, daß mit der Spaltung der Berliner Verkehrs-Gesellschaft (BVG) gerechnet werden muß. Im Ostsektor werden Räume frei gemacht, die allem Anschein nach die Ostberliner BVG-Direktion nach der Spaltung aufnehmen sollen. Bisher hatte der Ostmagistrat von einer Spaltung abgesehen, da 70 % des U-Bahnnetzes und 80 % der Hauptwerkstätten in den Westsektoren liegen. Von Ostberliner Dienststellenleitern ist eine Flugblattkampagne gegen die Anordnungen der rechtmäßigen BVG-Direktion eingeleitet worden. Die Wahrgäste werden in den Straßenbahnen aufgefordert, keine Westmarkfahrergelder zu entrichten. Auch die kommunistische Reichsbahndirektion Berlin, die ihren Amtssitz im amerikanischen Sektor hat, erklärte endgültig, daß sie sich niemals bereitfinden werde, den Lohn der Westberliner Eisenbahner in Westgeld zu zahlen. Für den Fall eines Streiks sind sämtliche ostzonalen Eisenbahndirektionen angewiesen worden, ein bestimmtes Kontingent erfahrener Eisenbahner zusammenzustellen, das im Bedarfsfall sofort als Streikbrecher auf den Weg nach Berlin gebracht werden kann.

Allgem. Ztg. vom 7. April 1949

Naheimer Kreis. ADN veröffentlichte dieser Tage den Wortlaut einer Rede, die Professor KOACK nach ADN auf der in Aschaffenburg beabsichtigten Zusammenkunft des Naheimer Kreises zu halten beabsichtigt habe. In der Rede hieß es u.a.: Unser Plan der Sicherung des Friedens durch Neutralisierung Deutschlands ist gegen niemanden gerichtet. Er wirkt für den Frieden, für einen dauerhaften Ausgleich, für den Gewinn einer Zeitspanne ... "Kürzlich sind wir von einer kommunistischen Zeitung wegen unserer Besonnenheit gelobt worden. Das wurde - auf anderer Seite - als zweifelhafter Applaus bezeichnet. Ein Loo aus solchem Munde scheint heute das Schlimmste zu sein, was einem anständigen Westeuropäer passieren kann. Wir sind unbelangen genug, zu meinen, daß ein Gedanke, der richtig ist, nicht deswegen falsch ist, weil er auch von andern gelobt oder geillt wird. Ein Volksentscheid gegen jeden Separatstaat und für die deutsche Einheit gegen die Beteiligung Deutschlands an jedem einseitigen Pakt und für seine Neutralität, gegen jeden Kriegsdienst, für wen immer er auch sei, und für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit jedem ist das Geot der Stunde."

In den von ADN ebenfalls veröffentlichten Leitsätzen wird die Weigerung westdeutscher Politiker, sich mit ostdeutschen Delegierten in Braunschweig auszusprechen, als "unpolitisch, undemokratisch und undeutsch" bezeichnet.

Die Welt vom 5. April 1949

Zentrale für Landtechnik. Luitpold STEIDLE erklärte kürzlich, daß das Bänderglied zwischen Verwaltung und der MAS die Zentrale für Landtechnik sein werde, die bei der Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft der DNK gebildet wird. Der Zentrale obliegen die Bedarfs-, Produktions- und Verteilungsplanung, die technischen Vorbereitungsarbeiten, die Preisprüfung und Überwachung sowie die Einfuhrplanung und -lenkung. Er äußerte ferner, daß den Bauern in Zukunft nur solche Maschinen direkt verkauft werden sollen, die sie auch amortisieren können, alle anderen Maschinen werden über die MAS gehen.

Neues Deutschland vom 16. März 1949

Die in der VVB Pharma, Halle a.d. Saale, zusammengefaßte volkseigene pharmazeutische Industrie Sachsen-Anhalts will die Typisierung verstärken und ein Gütezeichen einführen, außerdem der Erzeugung von Heilmitteln für den Veterinärdienst besondere Aufmerksamkeit widmen. Der VVB Pharma gehören 13 Betriebe mit 2460 Arobeitskräften an. Ihr Produktionswert belief sich im zweiten Halbjahr 1948 auf insgesamt 8,43 Mill. DM.

Wirtschaftsrev. vom 18. März 1949

Eine Feinwalzenstraße soll im Reichsbahnausbesserungswerk Dresden-Friedrichstadt errichtet werden, um 30 verschiedene Profile kund- und Sechskanteisen von 75 bis auf 10 mm Durchmesser herunter zu walzen. Ferner ist der Bau einer Vorwalzenstraße sowie einer Straße zum Walzen von Eisenbahnschienen vorgesehen. Nach Fertigstellung soll das RAW Dresden die gesamte Reichsbahn mit Profil- und Flacheisen sowie mit Schrauben, Splinten und ähnlichem Kleinmaterial beliefern.

Wirtschaftsrev. vom 1. April 1949

No. 109

Auszüge aus Presseberichten

Verkehrsspaltung? Anzeichen deuten darauf hin, daß mit der Spaltung der Berliner Verkehrs-Gesellschaft (BVG) gerechnet werden muß. Im Ostsektor werden Räume frei gemacht, die allem Anschein nach die Ostberliner BVG-Direktion nach der Spaltung aufnehmen sollen. Bisher hatte der Ostmagistrat von einer Spaltung abgesehen, da 70 % des U-Bahnnetzes und 80 % der Hauptwerkstätten in den Westsektoren liegen. Von Ostberliner Dienststellenleitern ist eine Flugblattkampagne gegen die Anordnungen der rechtmäßigen BVG-Direktion eingeleitet worden. Die Fahrgäste werden in den Straßenbahnen aufgefordert, keine Westmarkfahrge-
 lder zu entrichten. Auch die kommunistische Reichsbahndirektion Berlin, die ihren Amtssitz im amerikanischen Sektor hat, erklärte endgültig, daß sie sich niemals bereitfinden werde, den Lohn der Westberliner Eisenbahner in Westgeld zu zahlen. Für den Fall eines Streiks sind sämtliche ostzonalen Eisenbahndirektionen angewiesen worden, ein bestimmtes Kontingent erfahrener Eisenbahner zusammenzustellen, das im Bedarfs-
 falle sofort als Streikbrecher auf den Weg nach Berlin gebracht werden kann.

Allgem. Ztg. vom 7. April 1949

Nauheimer Kreis. ADN veröffentlichte dieser Tage den Wortlaut einer Rede, die Professor NOACK nach ADN auf der in Aschaffenburg beabsichtigten Zusammenkunft des Nauheimer Kreises zu halten beabsichtigt habe. In der Rede hieß es u.a.: Unser Plan der Sicherung des Friedens durch Neutralisierung Deutschlands ist gegen niemanden gerichtet. Er wirkt für den Frieden, für einen dauerhaften Ausgleich, für den Gewinn einer Zeitspanne ... "Kürzlich sind wir von einer kommunistischen Zeitung wegen unserer Besonnenheit gelobt worden. Das wurde - auf anderer Seite - als zweifelhafter Applaus bezeichnet. Ein Lob aus solchem Munde scheint heute das Schlimmste zu sein, was einem anständigen Westeuropäer passieren kann. Wir sind unbefangen genug, zu meinen, daß ein Gedanke, der richtig ist, nicht deswegen falsch ist, weil er auch von andern gelobt oder gebilligt wird. Ein Volksentscheid gegen jeden Separatstaat und für die deutsche Einheit gegen die Beteiligung Deutschlands an jedem einseitigen Pakt und für seine Neutralität, gegen jeden Kriegsdienst, für wen immer er auch sei, und für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit jedem ist das Gebot der Stunde."

In den von ADN ebenfalls veröffentlichten Leitsätzen wird die Weigerung westdeutscher Politiker, sich mit ostdeutschen Delegierten in Braunschweig auszusprechen, als "unpolitisch, undemokratisch und undeutsch" bezeichnet.

Die Welt vom 5. April 1949

Zentrale für Landtechnik. Luitpold STEIDLE erklärte kürzlich, daß das Bündnis zwischen Verwaltung und der MAS die Zentrale für Landtechnik sein werde, die bei der Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft der VVK gebildet wird. Der Zentrale obliegen die Bedarfs-, Produktions- und Verteilungsplanung, die technischen Vorbereitungsarbeiten, die Preisprüfung und Überwachung sowie die Einfuhrplanung und -lenkung. Er äußerte ferner, daß den Bauern in Zukunft nur solche Maschinen direkt verkauft werden sollen, die sie auch amortisieren können, alle anderen Maschinen werden über die MAS gehen.

Neues Deutschland vom 16. März 1949

Die in der VVB Pharma, Halle a.d. Saale, zusammengefaßte volkseigene pharmazeutische Industrie Sachsen-Anhalts will die Typisierung verstärken und ein Gütezeichen einführen, außerdem der Erzeugung von Heilmitteln für den Veterinärdienst besondere Aufmerksamkeit widmen. Der VVB Pharma gehören 13 Betriebe mit 2460 Arbeitskräften an. Ihr Produktionswert belief sich im zweiten Halbjahr 1948 auf insgesamt 8,43 Mill. DM.

Wirtschaftsrev. vom 18. März 1949

Eine Feinwalzenstraße soll im Reichsbahnausbesserungswerk Dresden-Friedrichstadt errichtet werden, um 30 verschiedene Profile kund- und Sechskanteisen von 75 bis auf 10 mm Durchmesser herunter zu walzen. Ferner ist der Bau einer Vorwalzenstraße sowie einer Straße zum Walzen von Eisenbahnschienen vorgesehen. Nach Fertigstellung soll das RAW Dresden die gesamte Reichsbahn mit Profil- und Placheisen sowie mit Schrauben, Splinten und ähnlichem Kleinmaterial beliefern.

Wirtschaftsrev. vom 1. April 1949

No. 109

Auszüge aus Presseberichten

Verkehrsspaltung? Anzeichen deuten darauf hin, daß mit der Spaltung der Berliner Verkehrs-Gesellschaft (BVG) gerechnet werden muß. Im Ostsektor werden Räume frei gemacht, die allem Anschein nach die Ostberliner BVG-Direktion nach der Spaltung aufnehmen sollen. Bisher hatte der Ostmagistrat von einer Spaltung abgesehen, da 70 % des U-Bahnnetzes und 80 % der Hauptwerkstätten in den Westsektoren liegen. Von Ostberliner Dienststellenleitern ist eine Flugblattkampagne gegen die Anordnungen der rechtmäßigen BVG-Direktion eingeleitet worden. Die Fahrgäste werden in den Straßenbahnen aufgefordert, keine Westmarkfahrge-
 gelder zu entrichten. Auch die kommunistische Reichsbahndirektion Berlin, die ihren Amtssitz im amerikanischen Sektor hat, erklärte endgültig, daß sie sich niemals bereitfinden werde, den Lohn der Westberliner Eisenbahner in Westgeld zu zahlen. Für den Fall eines Streiks sind sämtliche ostzonalen Eisenbahndirektionen angewiesen worden, ein bestimmtes Kontingent erfahrener Eisenbahner zusammenzustellen, das im Bedarfs-
 falle sofort als Streikbrecher auf den Weg nach Berlin gebracht werden kann.

Allgem. Ztg. vom 7. April 1949

Naheimer Kreis. ADN veröffentlichte dieser Tage den Wortlaut einer Rede, die Professor NOACK nach ADN auf der in Aschaffenburg beabsichtigten Zusammenkunft des Naheimer Kreises zu halten beabsichtigt habe. In der Rede hieß es u.a.: Unser Plan der Sicherung des Friedens durch Neutralisierung Deutschlands ist gegen niemanden gerichtet. Er wirkt für den Frieden, für einen dauerhaften Ausgleich, für den Gewinn einer Zeitspanne ... "Kürzlich sind wir von einer kommunistischen Zeitung wegen unserer Besonnenheit gelobt worden. Das wurde - auf anderer Seite - als zweifelhafter Applaus bezeichnet. Ein Lob aus solchem Munde scheint heute das Schlimmste zu sein, was einem anständigen Westeuropäer passieren kann. Wir sind unbefangen genug, zu meinen, daß ein Gedanke, der richtig ist, nicht deswegen falsch ist, weil er auch von andern gelobt oder gebilligt wird. Ein Volksentscheid gegen jeden Separatstaat und für die deutsche Einheit gegen die Beteiligung Deutschlands an jedem einseitigen Pakt und für seine Neutralität, gegen jeden Kriegsdienst, für wen immer er auch sei, und für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit jedem ist das Gebot der Stunde."

In den von ADN ebenfalls veröffentlichten Leitsätzen wird die Weigerung westdeutscher Politiker, sich mit ostdeutschen Delegierten in Braunschweig auszusprechen, als "unpolitisch, undemokratisch und undeutsch" bezeichnet.

Die Welt vom 5. April 1949

Zentrale für Landtechnik. Luitpold STEIDLE erklärte kürzlich, daß das Bindeglied zwischen Verwaltung und der MAS die Zentrale für Landtechnik sein werde, die bei der Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft der DNK gebildet wird. Der Zentrale obliegen die Bedarfs-, Produktions- und Verteilungsplanung, die technischen Vorbereitungsarbeiten, die Preisprüfung und Überwachung sowie die Einfuhrplanung und -lenkung. Er äußerte ferner, daß den Bauern in Zukunft nur solche Maschinen direkt verkauft werden sollen, die sie auch amortisieren können, alle anderen Maschinen werden über die MAS gehen.

Neues Deutschland vom 16. März 1949

Die in der VVB Pharma, Halle a. d. Saale, zusammengefaßte volkseigene pharmazeutische Industrie Sachsen-Anhalts will die Typisierung verstärken und ein Gütezeichen einführen, außerdem der Erzeugung von Heilmitteln für den Veterinärmedizin besondere Aufmerksamkeit widmen. Der VVB Pharma gehören 13 Betriebe mit 2460 Arbeitskräften an. Ihr Produktionswert belief sich im zweiten Halbjahr 1948 auf insgesamt 8,43 Mill. DM.

Wirtschaftsrev. vom 18. März 1949

Eine Feinwalzenstraße soll im Reichsbahnausbesserungswerk Dresden-Friedrichstadt errichtet werden, um 30 verschiedene Profile Rund- und Sechskanteisen von 75 bis auf 10 mm Durchmesser herunter zu walzen. Ferner ist der Bau einer Vorwalzenstraße sowie einer Straße zum Walzen von Eisenbahnschienen vorgesehen. Nach Fertigstellung soll das RAW Dresden die gesamte Reichsbahn mit Profil- und Placheisen sowie mit Schrauben, Splinten und ähnlichem Kleinmaterial beliefern.

Wirtschaftsrev. vom 1. April 1949

FREE



No. 110

Auszüge aus Presseberichten
=====

Polens Kohlenexport. Unter den europäischen Produktionsländern für Steinkohle stand 1948 Polen mit einer Förderung von reichlich 70 Mill. Tonnen an vierter Stelle. Als Kohlenexporteur stand aber Polen 1948 in Europa mit rund 26 Mill. Tonnen an erster Stelle. Der Kohlenexport repräsentiert zur Zeit noch mehr als 50 % des gesamten polnischen Exportwertes. Die Steigerung des Kohlenexports ist mit einer teilweisen Umstellung der Exportrichtung erreicht worden. War in den ersten Nachkriegsjahren die SU der größte Abnehmer von polnischer Kohle, so standen 1948 erstmalig die nordischen Länder, die auf dem billigen Seeweg erreicht werden können, mit über 32 % des gesamten polnischen Kohlenexports an der Spitze. Die Lieferungen an die Sowjets, teilweise von diesen mit deutschen Reparationswaren bezahlt, gingen 1948 auf etwas über 28 % des poln. Kohlenexports zurück. Die Exportpreise für poln. Kohle liegen gegenwärtig ab polnische Landesgrenze je nach Sortierung zwischen 12 und 15 Dollar je Tonne.

Wirtschafts-Ztg. vom 6. April 1949

Sine Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte von West- nach Ost-Berlin wird befürchtet, wenn die zu niedrig bemessene "Sektorengängerquote" von 10 % nicht erhöht werde. Auch die 60 %ige Quote der im Ostsektor arbeitenden, aber im Westsektor wohnenden Arbeitskräfte wird als zu niedrig angesehen. Im Kürschnerhandwerk der Westsektoren macht sich Neigung zur Betriebsverlegung nach dem Ostsektor bemerkbar.

RPZ vom 1. April 1949

Ostzone verstärkt Handel mit Polen. Die Ostzone hat eine Handelsvereinbarung mit Polen getroffen, die den gegenwärtigen Warenverkehr beträchtlich erhöht. Im einzelnen ist ein Gütertausch von 152 Mill. Dollar vorgesehen. Die Ostzone wird von Polen Kohle, Koks, Benzol, Naphthalin, Gußeisen, Metallwalzerzeugnisse und Lebensmittel beziehen und dagegen Kalisalze, Chemikalien, Maschinen, insbesondere Bergbau- und Buchdruckmaschinen, sowie feinmechanische und optische Erzeugnisse liefern.

Städt. Ztg. vom 5. April 1949

Ein Verfahren zur Herstellung von Leim aus Rückständen der fischverarbeitenden Industrie hat das Forschungsinstitut für angewandte Meeresbiologie in Warnemünde ausgearbeitet. Die Konstoffe sind Gräten, Kopfknochen, Kiemen usw. Der Leim ist geruchlos und wurde vom Tischler- und Malerhandwerk erprobt.

Wirtschaftsrev. vom 1. April 1949

Konsumgenossenschaften. Die Berliner Konsumgenossenschaften haben trotz der Währungsreform ihre Umsätze 1948 nicht unbeträchtlich steigern können. Das Verteilungsstellen-Netz wurde im Berichtsjahr weiter ausgebaut. Im Rahmen des Zweijahresplanes soll die Produktion in den eigenen Betrieben gesteigert und die Qualität der Erzeugnisse nach Möglichkeit verbessert werden. Die Konsumgenossenschaften bemühen sich, ihre Selbstkosten zu senken. Die Einsparungen sollen in Form von Preisermäßigungen der werktätigen Bevölkerung zugute kommen.

Neues Deutschland vom 27. März 1949

Bau von Kriegsmaterial. Im Zusammenhang mit den Aktionen zur Remilitarisierung steht auch der verstärkte Bau von Kriegsmaterial in der Ostzone. In den sowjetischen Awtowel-Werken in Eisenach wird ein gepanzerter Geländewagen hergestellt, dessen Fahrgestell mit Hauben versehen ist, mit dem 20 Mann befördert werden können. Ferner werden in Eisenach in großem Umfang Flugmotoren hergestellt, die zwar angeblich der russ. Luftfahrtgesellschaft Aero-Flot dienen sollen, in Wirklichkeit jedoch an die sowjetische Luftwaffe geliefert werden. Wie bekannt wird, werden außerdem in den volkseigenen Lokomotiv- und Waggonfabriken der Ostzone zahlreiche Panzerlokomotiven hergestellt. Dazu sind jetzt auch gepanzerterte Waggon in Auftrag gegeben worden, die mit Maschinengewehren bestückt sind.

Telegraf vom 2. April 1949

REGISTRY COPY

No. 110

Auszüge aus Presseberichten

Polens Kohlenexport. Unter den europäischen Produktionsländern für Steinkohle stand 1948 Polen mit einer Förderung von reichlich 70 Mill. Tonnen an vierter Stelle. Als Kohlenexporteur stand aber Polen 1948 in Europa mit rund 26 Mill. Tonnen an erster Stelle. Der Kohlenexport repräsentiert zur Zeit noch mehr als 50 % des gesamten polnischen Exportwertes. Die Steigerung des Kohlenexports ist mit einer teilweisen Umstellung der Exportrichtung erreicht worden. War in den ersten Nachkriegsjahren die SU der größte Abnehmer von polnischer Kohle, so standen 1948 erstmalig die nordischen Länder, die auf dem billigen Seeweg erreicht werden können, mit über 32 % des gesamten polnischen Kohlenexports an der Spitze. Die Lieferungen an die Sowjets, teilweise von diesen an deutschen Reparationswaren bezahlt, gingen 1948 auf etwas über 28 % des poln. Kohlenexports zurück. Die Exportpreise für poln. Kohle liegen gegenwärtig ab polnische Landesgrenze je nach Sortierung zwischen 12 und 15 Dollar je Tonne.

Wirtschafts-Ztg. vom 6. April 1949

Eine Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte von West- nach Ost-Berlin wird befürchtet, wenn die zu niedrig bemessene "Sektorengängerquote" von 10 % nicht erhöht werde. Auch die 60 %ige Quote der im Ostsektor arbeitenden, aber im Westsektor wohnenden Arbeitskräfte wird als zu niedrig angesehen. Im Kürschnerhandwerk der Westsektoren macht sich Neigung zur Betriebsverlegung nach dem Ostsektor bemerkbar.

WFZ vom 1. April 1949

Ostzone verstärkt Handel mit Polen. Die Ostzone hat eine Handelsvereinbarung mit Polen getroffen, die den gegenwärtigen Warenverkehr beträchtlich erhöht. Im einzelnen ist ein Gütertausch von 152 Mill. Dollar vorgesehen. Die Ostzone wird von Polen Kohle, Koks, Benzol, Naphthalin, Gußeisen, Metallwalzerzeugnisse und Lebensmittel beziehen und dagegen Kalisalze, Chemikalien, Maschinen, insbesondere Bergbau- und Buchdruckmaschinen, sowie feinmechanische und optische Erzeugnisse liefern.

Städt. Ztg. vom 5. April 1949

Ein Verfahren zur Herstellung von Leim aus Rückständen der fischverarbeitenden Industrie hat das Forschungsinstitut für angewandte Meeresbiologie in Warnemünde ausgearbeitet. Die Rohstoffe sind Gräten, Kopfknochen, Kiemen usw. Der Leim ist geruchlos und wurde vom Tischler- und Malerhandwerk erprobt.

Wirtschaftsrev. vom 1. April 1949

Konsumgenossenschaften. Die Berliner Konsumgenossenschaften haben trotz der Währungsreform ihre Umsätze 1948 nicht unbeträchtlich steigern können. Das Verteilungstellen-Netz wurde im Berichtsjahr weiter ausgebaut. Im Rahmen des Zweijahresplanes soll die Produktion in den eigenen Betrieben gesteigert und die Qualität der Erzeugnisse nach Möglichkeit verbessert werden. Die Konsumgenossenschaften bemühen sich, ihre Selbstkosten zu senken; Die Einsparungen sollen in Form von Preisermäßigungen der werktätigen Bevölkerung zugute kommen.

Neues Deutschland vom 27. März 1949

Bau von Kriegsmaterial. Im Zusammenhang mit den Aktionen zur Remilitarisierung steht auch der verstärkte Bau von Kriegsmaterial in der Ostzone. In den sowjetischen Awtowelo-Werken in Eisenach wird ein gepanzerter Geländewagen hergestellt, dessen Fahrgestell mit Hauben versehen ist, mit dem 20 Mann befördert werden können. Ferner werden in Eisenach in großem Umfang Flugmotoren hergestellt, die zwar angeblich der russ. Luftfahrtgesellschaft Aero-Flot dienen sollen, in Wirklichkeit jedoch an die sowjetische Luftwaffe geliefert werden. Wie bekannt wird, werden außerdem in den volkeigenen Lokomotiv- und Waggonfabriken der Ostzone zahlreiche Panzerlokomotiven hergestellt. Dazu sind jetzt auch gepanzerter Waggon in Auftrag gegeben worden, die mit Maschinengewehren bestückt sind.

Telegraf vom 2. April 1949

No. 110

Auszüge aus Presseberichten

Polens Kohlenexport. Unter den europäischen Produktionsländern für Steinkohle stand 1948 Polen mit einer Förderung von reichlich 70 Mill. Tonnen an vierter Stelle. Als Kohlenexporteur stand aber Polen 1948 in Europa mit rund 26 Mill. Tonnen an erster Stelle. Der Kohlenexport repräsentiert zur Zeit noch mehr als 50 % des gesamten polnischen Exportwertes. Die Steigerung des Kohlenexports ist mit einer teilweisen Umstellung der Exportrichtung erreicht worden. War in den ersten Nachkriegsjahren die SU der größte Abnehmer von polnischer Kohle, so standen 1948 erstmalig die nordischen Länder, die auf dem billigen Seeweg erreicht werden können, mit über 32 % des gesamten polnischen Kohlenexports an der Spitze. Die Lieferungen an die Sowjets, teilweise von diesen mit deutschen Reparationswaren bezahlt, gingen 1948 auf etwas über 28 % des poln. Kohlenexports zurück. Die Exportpreise für poln. Kohle liegen gegenwärtig ab polnische Landesgrenze je nach Sortierung zwischen 12 und 15 Dollar je Tonne.

Wirtschafts-Ntz. vom 6. April 1949

Eine Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte von West- nach Ost-Berlin wird befürchtet, wenn die zu niedrig bemessene "Sektorengängerquote" von 10 % nicht erhöht werde. Auch die 60 %ige Quote der im Ostsektor arbeitenden, aber im Westsektor wohnenden Arbeitskräfte wird als zu niedrig angesehen. Im Kürschnerhandwerk der Westsektoren macht sich Neigung zur Betriebsverlegung nach dem Ostsektor bemerkbar.

WFZ vom 1. April 1949

Ostzone verstärkt Handel mit Polen. Die Ostzone hat eine Handelsvereinbarung mit Polen getroffen, die den gegenwärtigen Warenverkehr beträchtlich erhöht. Im einzelnen ist ein Gütertausch von 152 Mill. Dollar vorgesehen. Die Ostzone wird von Polen Kohle, Koks, Benzol, Naphthalin, Gußeisen, Metallwalzerzeugnisse und Lebensmittel beziehen und dagegen Kalisalze, Chemikalien, Maschinen, insbesondere Bergbau- und Buchdruckmaschinen, sowie feinmechanische und optische Erzeugnisse liefern.

Städt. Ztg. vom 5. April 1949

Ein Verfahren zur Herstellung von Leim aus Pflanzstoffen der fischverarbeitenden Industrie hat das Forschungsinstitut für angewandte Meeresbiologie in Warnemünde ausgearbeitet. Die Kunststoffe sind Gräten, Kopfknochen, Kiemen usw. Der Leim ist geruchlos und wurde vom Tischler- und Malerhandwerk erprobt.

Wirtschaftsrev. vom 1. April 1949

Konsumgenossenschaften. Die Berliner Konsumgenossenschaften haben trotz der Währungsreform ihre Umsätze 1948 nicht unbeträchtlich steigern können. Das Verteilungsstellen-Netz wurde im Berichtsjahr weiter ausgebaut. Im Rahmen des Zweijahresplanes soll die Produktion in den eigenen Betrieben gesteigert und die Qualität der Erzeugnisse nach Möglichkeit verbessert werden. Die Konsumgenossenschaften bemühen sich, ihre Selbstkosten zu senken. Die Einsparungen sollen in Form von Preisermäßigungen der werktätigen Bevölkerung zugute kommen.

Neues Deutschland vom 27. März 1949

Bau von Kriegsmaterial. Im Zusammenhang mit den Aktionen zur Remilitarisierung steht auch der verstärkte Bau von Kriegsmaterial in der Ostzone. In den sowjetischen Awtowelo-Werken in Bisenach wird ein gepanzerter Geländewagen hergestellt, dessen Fahrgestell mit Hauben versehen ist, mit dem 20 Mann befördert werden können. Ferner werden in Bisenach in großem Umfange Flugmotoren hergestellt, die zwar angeblich der russ. Luftfahrtgesellschaft Aero-Flot dienen sollen, in Wirklichkeit jedoch an die sowjetische Luftwaffe geliefert werden. Wie bekannt wird, werden außerdem in den volkseigenen Lokomotiv- und Waggonfabriken der Ostzone zahlreiche Panzerlokomotiven hergestellt. Dazu sind jetzt auch gepanzerter Waggonen in Auftrag gegeben worden, die mit Maschinengewehren bestückt sind.

Telegraf vom 2. April 1949

No. 110

Auszüge aus Presseberichten

Polens Kohlenexport. Unter den europäischen Produktionsländern für Steinkohle stand 1948 Polen mit einer Förderung von reichlich 70 Mill. Tonnen an vierter Stelle. Als Kohlenexporteur stand aber Polen 1948 in Europa mit rund 26 Mill. Tonnen an erster Stelle. Der Kohlenexport repräsentiert zur Zeit noch mehr als 50 % des gesamten polnischen Exportwertes. Die Steigerung des Kohlenexports ist mit einer teilweisen Umstellung der Exportrichtung erreicht worden. War in den ersten Nachkriegsjahren die SU der größte Abnehmer von polnischer Kohle, so standen 1948 erstmalig die nordischen Länder, die auf dem billigen Seeweg erreicht werden können, mit über 32 % des gesamten polnischen Kohlenexports an der Spitze. Die Lieferungen an die Sowjets, teilweise von diesen mit deutschen Reparationswaren bezahlt, gingen 1948 auf etwas über 28 % des poln. Kohlenexports zurück. Die Exportpreise für poln. Kohle liegen gegenwärtig ab polnische Landesgrenze je nach Sortierung zwischen 12 und 15 Dollar je Tonne.

Wirtschafts-Ztg. vom 6. April 1949

Eine Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte von West- nach Ost-Berlin wird befürchtet, wenn die zu niedrig bemessene "Sektorengängerquote" von 10 % nicht erhöht werde. Auch die 60 %ige Quote der im Ostsektor arbeitenden, aber im Westsektor wohnenden Arbeitskräfte wird als zu niedrig angesehen. Im Kürschnerhandwerk der Westsektoren macht sich Neigung zur Betriebsverlegung nach dem Ostsektor bemerkbar.

WPZ vom 1. April 1949

Ostzone verstärkt Handel mit Polen. Die Ostzone hat eine Handelsvereinbarung mit Polen getroffen, die den gegenwärtigen Warenverkehr beträchtlich erhöht. Im einzelnen ist ein Gütertausch von 152 Mill. Dollar vorgesehen. Die Ostzone wird von Polen Kohle, Koks, Benzol, Naphthalin, Gußeisen, Metallwalzerzeugnisse und Lebensmittel beziehen und dagegen Kalisalze, Chemikalien, Maschinen, insbesondere Bergbau- und Buchdruckmaschinen, sowie feinmechanische und optische Erzeugnisse liefern.

Städt. Ztg. vom 5. April 1949

Ein Verfahren zur Herstellung von Leim aus Rückständen der fischverarbeitenden Industrie hat das Forschungsinstitut für angewandte Meeresbiologie in Warnemünde ausgearbeitet. Die Rohstoffe sind Gräten, Kopfknochen, Kiemen usw. Der Leim ist geruchlos und wurde vom Tischler- und Malerhandwerk erprobt.

Wirtschaftsrev. vom 1. April 1949

Konsumgenossenschaften. Die Berliner Konsumgenossenschaften haben trotz der Währungsreform ihre Umsätze 1948 nicht unbeträchtlich steigern können. Das Verteilungsstellen-Netz wurde im Berichtsjahr weiter ausgebaut. Im Rahmen des Zweijahresplanes soll die Produktion in den eigenen Betrieben gesteigert und die Qualität der Erzeugnisse nach Möglichkeit verbessert werden. Die Konsumgenossenschaften bemühen sich, ihre Selbstkosten zu senken. Die Einsparungen sollen in Form von Preisermäßigungen der werktätigen Bevölkerung zugute kommen.

Neues Deutschland vom 27. März 1949

Bau von Kriegsmaterial. Im Zusammenhang mit den Aktionen zur Reaktivierung steht auch der verstärkte Bau von Kriegsmaterial in der Ostzone. In den sowjetischen Awtowelo-Werken in Eisenach wird ein gepanzerter Geländewagen hergestellt, dessen Fahrgestell mit Raupen versehen ist, mit dem 20 Mann befördert werden können. Ferner werden in Eisenach in großem Umfang Flugmotoren hergestellt, die zwar angeblich der russ. Luftfahrtgesellschaft Aero-Flot dienen sollen, in Wirklichkeit jedoch an die sowjetische Luftwaffe geliefert werden. Wie bekannt wird, werden außerdem in den volkseigenen Lokomotiv- und Waggonfabriken der Ostzone zahlreiche Panzerlokomotiven hergestellt. Dazu sind jetzt auch gepanzerter Waggon in Auftrag gegeben worden, die mit Maschinengewehren bestückt sind.

Telegraf vom 2. April 1949

No. 111 Auszüge aus Presseberichten

Volkswirtschaftsplan 1949. Bruno LEUSCHNER gab kürzlich einen Überblick über die Erfüllung des für die Wirtschaft der Ostzone aufgestellten Halbjahresplanes 1948. Die industrielle Produktion stieg gegenüber 1947 um 26,8 %. Die landwirtsch. Anbaufläche erreichte im vergangenen Jahr rund 95 % des Umfangs von 1938; Zwar wurden die Normalerträge der Zeit vor dem Kriege noch nicht erreicht, doch konnte eine Steigerung der Hektarerträge erzielt werden. Im Außenhandel hat sich der Umsatz 1948 im Vergleich zu 1947 vervierfacht; Im wesentlichen wurden Fertigwaren ausgeführt und Rohstoffe wie Kohle und Walzwerkserzeugnisse sowie Lebensmittel eingeführt.

Gemäß dem diesjährigen Volkswirtschaftsplan soll die industrielle Produktion im Vergleich zum Vorjahr um 16 % gesteigert werden. In der Braunkohlenförderung und in der Briketterzeugung will man das für 1950 gesteckte Ziel schon bis zum Ende dieses Jahres erreichen. Die Erzeugung von Elektroenergie soll von 14,5 Mrd. kWh im verg. Jahr auf 15 Mrd. kWh in diesem Jahr vermehrt werden. Vom Ausbau der Metallindustrie wird ebenfalls eine beträchtliche Produktionssteigerung erwartet; Die Maschinenproduktion soll gegenüber dem Vorjahr um 20%, die Herstellung von elektrotechnischen Geräten um 25 und die Produktion der Feinmechanik und Optik um 21 % wachsen. Außer den vorgesehenen Schleppern für die MAS ist in diesem Jahr eine Produktion landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte nebst Ersatzteilen im Werte von 59,6 Mill. DM vorgesehen. Fortschritte werden in diesem Jahr ferner in der chemischen, Holzbe- und verarbeitungs- sowie in der papiererzeugenden Industrie erhofft. Auch die Textilindustrie soll die Erzeugung beträchtlich erhöhen. - Im Landwirtschaftsplan ist der Aufforstung besondere Aufmerksamkeit gewidmet. - auch dem Verkehrswesen stellt der Plan große Aufgaben. Die Transportleistung soll 1949 um 13 % gegenüber der vorjährigen steigen; Leuschner betonte, daß die geplanten Arbeiten nicht nur von der Bereitstellung des Materials und der Geldmittel - es werden 1 384 Mill. DM investiert -, sondern auch von der richtigen Lenkung der Arbeitskräfte abhängen.

Die Hebung des Lebensstandards hängt im wesentlichen davon ab, ob der Außenhandel die in der Wirtschaft der Ostzone erforderlichen Rohstoffe und Industriewaren heranschaffen kann. Das Schwergewicht der Ausfuhr liegt bei den Erzeugnissen der Maschinen-, Chemikalien- und Kaliindustrie. Eingeführt werden dafür außer Lebensmitteln vor allem Steinkohle, Koks, Metalle und andere Rohstoffe.

Um den Plan trotz aller Schwierigkeiten und Mängel zu erfüllen, müßten noch neue Methoden dafür gefunden werden, die Leistung durch Normung und Työisierung zu heben, die Materialverteilung durch Einsatzmittel zu verbessern, um die Arbeitsweise der Betriebe durch klare Bilanzen besser zu beurteilen und zu vergleichen.

Wilh. MOENIG bezeichneste die seit derährungsreform durchgeführte Kürzung der Besoldungsmittel in der Verwaltung der Ostzone um ein Fünftel als unzureichend. Er fordert für das Rechnungsjahr 1949 eine Senkung des Besoldungsaufwandes um weitere 10 %; außerdem eine starke Vermeidung auch der sachlichen Verwaltungskosten.

Energiwirtschaft. Nach dem Wiederaufbau der Energiewirtschaft in den von Polen verwalteten alten deutschen Ostgebieten erreicht die Leistung der Elektrizitätswerke gegenwärtig 57 und die Erzeugung 66 % des Standes von 1936. Nach Ausführung der geplanten Investitionen würde die Friedensleistung der Kraftwerke um ein Fünftel überschritten werden. Verschiedene neue Kraftwerke sollen gebaut werden, dagegen wird der Wiederaufbau der alten Kraftwerke nicht fortgesetzt. Die Kraftwerke längs der Oder sollen durch 110-kV-Leitungen mit Niederschlesien sowie mit Altolen verbunden werden, auf diese Weise soll ein Verbundnetz zwischen den alten deutschen Provinzen und Altolen entstehen.

Wirtschaftsrevue vom 8. April 1949

Frühjahrsmesse in Berlin. Am 8. wurde eine Frühjahrsmesse eröffnet. Auf ihr treten vor allem die Elektroindustrie, die Möbelindustrie, die Spielzeug- und die Musikinstrumentenindustrie hervor. Die Absatzmöglichkeiten sind mit der Umstellung auf Westmark zunächst auf ein Minimum zusammengeschrumpft. Der Geldmangel der Bevölkerung hat beispielsweise auf dem Gebiet des Pressewesens Auflagenschrumpfungen bis zu 50 % und darüber gebracht.

Allgem. vom 9./10. April 49

No. 111

Auszüge aus Presseberichten

Volkswirtschaftsplan 1949. Bruno LEUSCHNER gab kürzlich einen Überblick über die Erfüllung des für die Wirtschaft der Ostzone aufgestellten Halbjahresplanes 1948. Die industrielle Produktion stieg gegenüber 1947 um 26,8 %. Die landwirtsch. Anbaufläche erreichte im vergangenen Jahr rund 95 % des Umfangs von 1938. Zwar wurden die Normalerträge der Zeit vor dem Kriege noch nicht erreicht, doch konnte eine Steigerung der Hektarerträge erzielt werden. Im Außenhandel hat sich der Umsatz 1948 im Vergleich zu 1947 vervierfacht. Im wesentlichen wurden Fertigwaren ausgeführt und Rohstoffe wie Kohle und Walzwerkserzeugnisse sowie Lebensmittel eingeführt.

Gemäß dem diesjährigen Volkswirtschaftsplan soll die industrielle Produktion im Vergleich zum Vorjahr um 16 % gesteigert werden. In der Braunkohlenförderung und in der Briketterzeugung will man das für 1950 gesteckte Ziel schon bis zum Ende dieses Jahres erreichen. Die Erzeugung von Elektroenergie soll von 14,5 Mrd. kWh im verg. Jahr auf 15 Mrd. kWh in diesem Jahr vermehrt werden. Vom Ausbau der Metallindustrie wird ebenfalls eine beträchtliche Produktionssteigerung erwartet. Die Maschinenproduktion soll gegenüber dem Vorjahr um 20 %, die Herstellung von elektrotechnischen Geräten um 25 und die Produktion der Feinmechanik und Optik um 21 % wachsen. Außer den vorgesehenen Schleppern für die MAS ist in diesem Jahr eine Produktion landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte nebst Ersatzteilen im Werte von 59,6 Mill. DM vorgesehen. Fortschritt werden in diesem Jahr ferner in der chemischen, Holzbe- und verarbeitungs- sowie in der papiererzeugenden Industrie erhofft. Auch die Textilindustrie soll die Erzeugung beträchtlich erhöhen. - Im Landwirtschaftsplan ist der Aufforstung besondere Aufmerksamkeit gewidmet. - auch dem Verkehrswesen stellt der Plan große Aufgaben. Die Transportleistung soll 1949 um 13 % gegenüber der vorjährigen steigen. Leuschner betonte, daß die geplanten Arbeiten nicht nur von der Bereitstellung des Materials und der Geldmittel - es werden 1 384 Mill. DM investiert -, sondern auch von der richtigen Lenkung der Arbeitskräfte abhängen.

Die Hebung des Lebensstandards hängt im wesentlichen davon ab, ob der Außenhandel die in der Wirtschaft der Ostzone erforderlichen Rohstoffe und Industriewaren heranschaffen kann. Das Schwergewicht der Ausfuhr liegt bei den Erzeugnissen der Maschinen-, Chemikalien- und Kaliindustrie. Eingeführt werden dafür außer Lebensmitteln vor allem Steinkohle, Koks, Metalle und andere Rohstoffe.

Um den Plan trotz aller Schwierigkeiten und Mängel zu erfüllen, müßten noch neue Methoden dafür gefunden werden, die Leistung durch Normung und Typisierung zu heben, die Materialverteilung durch Einsatzschlüssel zu verbessern, um die Arbeitsweise der Betriebe durch klare Bilanzen besser zu beurteilen und zu vergleichen.

Wilh. MOENIG bezeichnete die seit der Währungsreform durchgeführte Kürzung der Besoldungsmittel in der Verwaltung der Ostzone um ein Fünftel als unzureichend. Er fordert für das Rechnungsjahr 1949 eine Senkung des Besoldungsaufwandes um weitere 10 %; außerdem eine starke Verminderung auch der sachlichen Verwaltungskosten.

Energiewirtschaft. Nach dem Wiederaufbau der Energiewirtschaft in den von Polen verwalteten alten deutschen Ostgebieten erreicht die Leistung der Elektrizitätswerke gegenwärtig 57 und die Erzeugung 55 % des Standes von 1936. Nach Ausföhrung der geplanten Investitionen würde die Friedensleistung der Kraftwerke um ein Fünftel überschritten werden. Verschiedene neue Kraftwerke sollen gebaut werden, dagegen wird der Wiederaufbau der alten Kraftwerke nicht fortgesetzt. Die Kraftwerke längs der Oder sollen durch 110-kV-Leitungen mit Niederschlesien sowie mit Altpolen verbunden werden. Auf diese Weise soll ein Verbundnetz zwischen den alten deutschen Provinzen und Altpolen entstehen.

Wirtschaftsrevue vom 8. April 1949

Erstjahrsmesse in Berlin. Am 8. wurde eine Erstjahrsmesse eröffnet. Auf ihr treten vor allem die Elektroindustrie, die Möbelindustrie, die Spielzeug- und die Musikinstrumentenindustrie hervor. Die Absatzmöglichkeiten sind mit der Umstellung auf Westmark zunächst auf ein Minimum zusammengeschrumpft. Der Geldmangel der Bevölkerung hat beispielsweise auf dem Gebiet des Pressewesens Auflagenschrumpfungen bis zu 50 % und darüber gebracht.

Allgem. vom 9./10. April 49

No. 111 Auszüge aus Presseberichten

Volkswirtschaftsplan 1949. Bruno LEUSCHNER gab kürzlich einen Überblick über die Erfüllung des für die Wirtschaft der Ostzone aufgestellten Halbjahresplanes 1948. Die industrielle Produktion stieg gegenüber 1947 um 26,8 %. Die landwirtsch. Anbaufläche erreichte im vergangenen Jahr rund 95 % des Umfangs von 1938. Zwar wurden die Normalerträge der Zeit vor dem Krise noch nicht erreicht, doch konnte eine Steigerung der Hektarerträge erzielt werden. Im Außenhandel hat sich der Umsatz, 1948 im Vergleich zu 1947 vervierfacht. Im wesentlichen wurden Fertigwaren ausgeführt und Rohstoffe wie Kohle und Walzwerkserzeugnisse sowie Lebensmittel eingeführt.

Gemäß dem diesjährigen Volkswirtschaftsplan soll die industrielle Produktion im Vergleich zum Vorjahr um 16 % gesteigert werden. In der Braunkohlenförderung und in der Briketterzeugung will man das für 1950 gesteckte Ziel schon bis zum Ende dieses Jahres erreichen. Die Erzeugung von Elektroenergie soll von 14,5 Mrd. kWh im verg. Jahr auf 15 Mrd. kWh in diesem Jahr vermehrt werden. Vom Ausbau der Metallindustrie wird ebenfalls eine beträchtliche Produktionssteigerung erwartet. Die Maschinenproduktion soll gegenüber dem Vorjahr um 20, die Herstellung von elektrotechnischen Geräten um 25 und die Produktion der Feinmechanik und Optik um 21 % wachsen. Außer den vorgesehenen Schleppern für die MAS ist in diesem Jahr eine Produktion landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte nebst Ersatzteilen im Werte von 59,6 Mill. DM vorgesehen. Fortschritte werden in diesem Jahr ferner in der chemischen, Holzbe- und verarbeitungs- sowie in der papiererzeugenden Industrie erhofft. Auch die Textilindustrie soll die Erzeugung beträchtlich erhöhen. - Im Landwirtschaftsplan ist der Aufforstung besondere Aufmerksamkeit gewidmet. - auch dem Verkehrswesen stellt der Plan große Aufgaben. Die Transportleistung soll 1949 um 13 % gegenüber der vorjährigen steigen. Leuschner betonte, daß die geplanten Arbeiten nicht nur von der Bereitstellung des Materials und der Geldmittel - es werden 1 384 Mill. DM investiert - sondern auch von der richtigen Lenkung der Arbeitskräfte abhängen.

Die Hebung des Lebensstandards hängt im wesentlichen davon ab, ob der Außenhandel die in der Wirtschaft der Ostzone erforderlichen Rohstoffe und Industriewaren heranschaffen kann. Das Schwergewicht der Ausfuhr liegt bei den Erzeugnissen der Maschinen-, Chemikalien- und Kaliindustrie. eingeführt werden dafür außer Lebensmitteln vor allem Steinkohle, Koks, Metalle und andere Rohstoffe.

Um den Plan trotz aller Schwierigkeiten und Mängel zu erfüllen, müßten noch neue Methoden dafür gefunden werden, die Leistung durch Normung und Typisierung zu heben, die Materialverteilung durch Einsatzwechsel zu verbessern, um die Arbeitsweise der Betriebe durch klare Bilanzen besser zu beurteilen und zu vergleichen.

Wilh. MOENIG bezeichnete die seit der Währungsreform durchgeführte Kürzung der Besoldungsmittel in der Verwaltung der Ostzone um ein Fünftel als unzureichend. Er fordert für das Rechnungsjahr 1949 eine Senkung des Besoldungsaufwandes um weitere 10 %; außerdem eine starke Vermeidung auch der sachlichen Verwaltungskosten.

Energiewirtschaft. Nach dem Wiederaufbau der Energiewirtschaft in den von Polen verwalteten alten deutschen Ostprovinzen erreicht die Leistung der Elektrizitätswerke gegenwärtig 57 und die Erzeugung 58 % des Standes von 1936. Nach Ausführung der geplanten Investitionen würde die Friedensleistung der Kraftwerke um ein Fünftel überschritten werden. Verschiedene neue Kraftwerke sollen gebaut werden, dagegen wird der Wiederaufbau der alten Kraftwerke nicht fortgesetzt. Die Kraftwerke längs der Oder sollen durch 110-kV-Leitungen mit Niederschlesien sowie mit Altpolen verbunden werden. Auf diese Weise soll ein Verbundnetz zwischen den alten deutschen Provinzen und Altpolen entstehen.

Wirtschaftsrevue vom 8. April 1949

Frühjahrsmesse in Berlin. Am 8. wurde eine Frühjahrsmesse eröffnet. Auf ihr treten vor allem die Elektroindustrie, die Möbelindustrie, die Spielzeug- und die Musikinstrumentenindustrie hervor. Die Absatzmöglichkeiten sind mit der Umstellung auf Westmark zunächst auf ein Minimum zusammengeschrumpft. Der Geldmangel der Bevölkerung hat beispielsweise auf dem Gebiet des Pressewesens Auflagenschränkungen bis zu 50 % und darüber gebracht.

Allgem. vom 9./10. April 49

No. 111

Auszüge aus Presseberichten

Volkswirtschaftsplan 1949. Bruno LEUSCHNER gab kürzlich einen Überblick über die Erfüllung des für die Wirtschaft der Ostzone aufgestellten Halbjahresplanes 1948. Die industrielle Produktion stieg gegenüber 1947 um 26,8 %. Die landwirtsch. Anbaufläche erreichte im vergangenen Jahr rund 95 % des Umfangs von 1938. Zwar wurden die Normalerträge der Zeit vor dem Kriege noch nicht erreicht, doch konnte eine Steigerung der Hektarerträge erzielt werden. Im Außenhandel hat sich der Umsatz, 1948 im Vergleich zu 1947 vervierfacht. Im wesentlichen wurden Fertigwaren ausgeführt und Rohstoffe wie Kohle und Walzwerkserzeugnisse sowie Lebensmittel eingeführt. Gemäß dem diesjährigen Volkswirtschaftsplan soll die industrielle Produktion im Vergleich zum Vorjahr um 16 % gesteigert werden. In der Braunkohlenförderung und in der Briketterzeugung will man das für 1950 gesteckte Ziel schon bis zum Ende dieses Jahres erreichen. Die Erzeugung von Elektroenergie soll von 14,5 Mrd. kWh im verg. Jahr auf 15 Mrd. kWh in diesem Jahr vermehrt werden. Vom Ausbau der Metallindustrie wird ebenfalls eine beträchtliche Produktionssteigerung erwartet. Die Maschinenproduktion soll gegenüber dem Vorjahr um 20, die Herstellung von elektrotechnischen Geräten um 25 und die Produktion der Feinmechanik und Optik um 21 % wachsen. Außer den vorgesehenen Schleppern für die MAS ist in diesem Jahr eine Produktion landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte nebst Ersatzteilen im Werte von 59,6 Mill. DM vorgesehen. Fortschritte werden in diesem Jahr ferner in der chemischen, Holz- und verarbeitungs- sowie in der papiererzeugenden Industrie erhofft. Auch die Textilindustrie soll die Erzeugung beträchtlich erhöhen. - Im Landwirtschaftsplan ist der Aufforderung besondere Aufmerksamkeit gewidmet, - auch dem Verkehrswesen stellt der Plan große Aufgaben. Die Transportleistung soll 1949 um 13 % gegenüber der vorjährigen steigen. Leuschner betonte, daß die geplanten Ausgaben nicht nur von der Bereitstellung des Materials und der Geldmittel - es werden 1 384 Mill. DM investiert -, sondern auch von der richtigen Lenkung der Arbeitskräfte abhängen.

Die Hebung des Lebensstandards hängt im wesentlichen davon ab, ob der Außenhandel die in der Wirtschaft der Ostzone erforderlichen Rohstoffe und Industriewaren heranschaffen kann. Das Schwergewicht der Ausfuhr liegt bei den Erzeugnissen der Maschinen-, Chemikalien- und Kaliindustrie. Eingeführt werden dafür außer Lebensmitteln vor allem Steinkohle, Koks, Metalle und andere Rohstoffe.

Um den Plan trotz aller Schwierigkeiten und Mängel zu erfüllen, müßten noch neue Methoden dafür gefunden werden, die Leistung durch Normung und Typisierung zu heben, die Materialverteilung durch Einsatzschlüssel zu verbessern, um die Arbeitsweise der Betriebe durch klare Bilanzen besser zu beurteilen und zu vergleichen.

Wilh. MOEWIG bezeichnete die seit der Währungsreform durchgeführte Kürzung der Besoldungsmittel in der Verwaltung der Ostzone um ein Fünftel als unzureichend. Er fordert für das Rechnungsjahr 1949 eine Senkung des Besoldungsaufwandes um weitere 10 %; außerdem eine starke Veränderung auch der sachlichen Verwaltungskosten.

Energiewirtschaft. Nach dem Wiederaufbau der Energiewirtschaft in den von Polen verwalteten alten deutschen Ostgebieten erreicht die Leistung der Elektrizitätswerke gegenwärtig 57 und die Erzeugung 66 % des Standes von 1936. Nach Ausführung der geplanten Investitionen würde die Friedensleistung der Kraftwerke um ein Fünftel überschritten werden. Verschiedene neue Kraftwerke sollen gebaut werden, dagegen wird der Wiederaufbau der alten Kraftwerke nicht fortgesetzt. Die Kraftwerke längs der Oder sollen durch 110-kV-Leitungen mit Niederschlesien sowie mit Altolen verbunden werden. Auf diese Weise soll ein Verbundnetz zwischen den alten deutschen Provinzen und Altolen entstehen.

Wirtschaftsrevue vom 8. April 1949

Frühjahrsmesse in Berlin. Am 8. wurde eine Frühjahrsmesse eröffnet. Auf ihr treten vor allem die Elektroindustrie, die Möbelindustrie, die Spielzeug- und die Musikinstrumentenindustrie hervor. Die Absatzmöglichkeiten sind mit der Umstellung auf Westmark zunächst auf ein Minimum zusammengeschrumpft. Der Geldmangel der Bevölkerung hat beispielsweise auf dem Gebiet des Pressewesens Auflagenschrumpfungen bis zu 50 % und darüber gebracht.

Allgem. vom 9./10. April 49